

8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Das ist das Ende der öffentlichen Tagesordnung und wir kommen zu den Dringlichen.

Der erste Dringliche ist die Petition der KPÖ an den Bundesgesetzgeber zur

Verbesserung des Diskriminierungsschutzes und die Frau Gemeinderätin Taberhofer ist die Berichterstatterin.

8.1 Petition an den Bundesgesetzgeber – Verbesserung des Diskriminierungsschutzes (GRⁱⁿ Mag.^a Ulrike Taberhofer, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**:

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Petition richtet sich eben an den Bundesgesetzgeber und es geht um eine Verbesserung des

Diskriminierungsschutzes. Eine Wohnung wird aufgrund der Herkunft nicht vergeben,

die Jobeinstellung wird verhindert aufgrund der Religion oder Werbung entwürdigt

eine Personengruppe aufgrund ihres Geschlechts. Das sind nur einige Beispiele für

Benachteiligungen oder Herabwürdigungen von Gruppen oder einzelner Personen

aufgrund verschiedener Merkmale oder Eigenschaften und bedeutet Diskriminierung.

Dieser Situation gilt es verstärkt auf allen Ebenen entgegenzuwirken. Um einen

umfassenden Schutz vor Diskriminierung in Österreich erzielen zu können, bedarf es in

verschiedenen Bereichen zahlreicher Verbesserungen – vor allem auch Anpassungen

auf der rechtlichen Ebene. So gibt es derzeit keinen gesetzlichen Schutz, wenn

Personen beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, des Alters, der Religion und Weltanschauung

benachteiligt oder belästigt und so in ihrer Würde verletzt werden. Das gilt auch für

den Bereich des Sozialschutzes, bei sozialen Vergünstigungen und bei der Bildung.

Wesentlich ist, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen keinen

Diskriminierungen und Belästigungen ausgesetzt werden dürfen. Darum braucht es

eine Vereinheitlichung des Gleichbehandlungsrechts. Denn die bestehende Kompetenzaufteilung in der Bundesverfassung führt dazu, dass es sehr viele unterschiedliche Rechtsgrundlagen für das Gleichbehandlungsrecht in Österreich gibt. So unterscheidet sich z.B. der Diskriminierungsschutz für die Privatwirtschaft von jenem des öffentlichen Dienstes. Zusätzlich gibt es auf Bundesländerebene zahlreiche unterschiedliche Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetze für die Landesbediensteten und für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Bildung sowie Güter und Dienstleistungen. Diese Zersplitterung zu 21 unterschiedlichen Gesetzen in Österreich führt somit auch zu Umsetzungslücken. Deshalb wäre es erforderlich, die zahlreichen Antidiskriminierungsgesetze zu vereinheitlichen und ein generelles Diskriminierungsverbot zu verankern, das gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung bietet und dadurch niederschweligen Zugang zum Recht ermöglicht. In Zusammenhang mit diesem Diskriminierungsverbot sollen auch Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung und Schadenersatzregelungen, ein erweiterter Schutz vor Belästigung sowie die Ausweitung der Kompetenzen der Gleichbehandlungskommission und der zuständigen Gleichbehandlungsanwält:innen umgesetzt werden. Hier bedarf es auch eines Klagsrechts- und Klagsbudgets, wie es auch von der Gleichbehandlungsanwaltschaft gefordert wird. Diese Vorgangsweise würde damit auch die Grundlage für die Arbeit der Gleichbehandlungsanwaltschaft verbessern und durch zusätzliche personelle, technische sowie finanzielle Ressourcen könnte sie auch den Anforderungen im Interesse der Menschen in den nächsten Jahren gerechter werden. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die zahlreichen Antidiskriminierungsgesetze zu vereinheitlichen und ein generelles Diskriminierungsverbot zu verankern, das, wie im Motiventext beschrieben, gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung bietet. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Eine Wohnung wird aufgrund der Herkunft nicht vergeben, die Jobeinstellung wird verhindert aufgrund der Religion oder Werbung entwürdigt eine Personengruppe aufgrund ihres Geschlechts. Das sind nur einige Beispiele für Benachteiligungen oder Herabwürdigungen von Gruppen oder einzelner Personen aufgrund verschiedener Merkmale oder Eigenschaften und bedeutet Diskriminierung. Dieser Situation gilt es verstärkt auf allen Ebenen entgegenzuwirken. Um einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung in Österreich erzielen zu können, bedarf es in verschiedenen Bereichen zahlreicher Verbesserungen – vor allem auch Anpassungen auf der rechtlichen Ebene. So gibt es derzeit keinen gesetzlichen Schutz, wenn Personen beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, des Alters, der Religion und Weltanschauung benachteiligt oder belästigt und so in ihrer Würde verletzt werden. Das gilt auch für den Bereich des Sozialschutzes, bei sozialen Vergünstigungen und bei der Bildung. Wesentlich ist, dass Menschen in unterschiedlichen Lebensbereichen keinen Diskriminierungen und Belästigungen ausgesetzt werden dürfen. Darum braucht es eine Vereinheitlichung des Gleichbehandlungsrechts. Denn die bestehende Kompetenzaufteilung in der Bundesverfassung führt dazu, dass es sehr viele unterschiedliche Rechtsgrundlagen für das Gleichbehandlungsrecht in Österreich gibt. So unterscheidet sich z.B. der Diskriminierungsschutz für die Privatwirtschaft von jenem des öffentlichen Dienstes. Zusätzlich gibt es auf Bundesländerebene zahlreiche unterschiedliche Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgesetze für die Landesbediensteten und für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Bildung sowie Güter und Dienstleistungen. Diese Zersplitterung zu 21 unterschiedlichen Gesetzen in Österreich führt somit auch zu Umsetzungslücken. Deshalb wäre es erforderlich, die zahlreichen Antidiskriminierungsgesetze zu vereinheitlichen und ein generelles Diskriminierungsverbot zu verankern, das gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung bietet und dadurch niederschweligen Zugang zum Recht ermöglicht. In Zusammenhang mit diesem Diskriminierungsverbot sollen auch Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung und Schadenersatzregelungen, ein erweiterter Schutz vor

Belästigung sowie die Ausweitung der Kompetenzen der Gleichbehandlungskommission und der zuständigen Gleichbehandlungsanwält:innen umgesetzt werden. Hier bedarf es auch eines Klagsrechts- und Klagsbudgets, wie es auch von der Gleichbehandlungsanwaltschaft gefordert wird (siehe: <https://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at/Gleichstellungspolitik>). Diese Vorgangsweise würde damit auch die Grundlage für die Arbeit der Gleichbehandlungsanwaltschaft verbessern und durch zusätzliche personelle, technische sowie finanzielle Ressourcen könnte sie auch den Anforderungen im Interesse der Menschen in den nächsten Jahren gerechter werden. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die zahlreichen Antidiskriminierungsgesetze zu vereinheitlichen und ein generelles Diskriminierungsverbot zu verankern, das, wie im Motiventext beschrieben, gleichen Schutz vor allen Formen der Diskriminierung bietet.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Taberhofer. In aller Kürze, ich kann mir vorstellen, in was für eine Richtung der Antrag geht, und er ist mit Sicherheit gut gemeint, aber aus unserer Sicht fehlt mit Sicherheit die Dringlichkeit bei diesem Antrag. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir in einem sehr, sehr gut ausgebauten Rechtsstaat uns befinden und dass es auch sehr, sehr gute Rechtsschutzmöglichkeiten gibt. Es gibt eine Unzahl von Diskriminierungs- bzw. Antidiskriminierungskommissionen, die diesbezüglich tätig sind, es ist in einer Vielzahl von Gesetzen bereits dieser Diskriminierungsschutz verwurzelt, und dieser Schutz ist auch historisch gewachsen und ist auch in diesem Sinne im Rahmen dieser 21-22

Gesetze, haben Sie genannt, auch zu interpretieren. Der zweite Punkt ist natürlich der inhaltliche. Da ist die Situation so, dass Sie konkret ein generelles Diskriminierungsverbot fordern und insofern ist festzustellen, dass ein derartiges generelles Diskriminierungsverbot bereits existiert, nämlich verfassungsmäßig verankert im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes, und da sagt die Rechtsprechung in herrschender Meinung, dass dieser Gleichheitssatz einem generellen Diskriminierungsverbot im Prinzip gleichkommt. Das heißt aus unserer Sicht, die Dringlichkeit ist, gerade in Zeiten wie diesen, wo wir viele völlig andere Probleme haben, so nicht gegeben und inhaltlich ist der Antrag zumindest teilobsolet, weil dieses generelle Diskriminierungsverbot bereits besteht. Danke (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Zuseher:innen im Livestream als auch hier auf der Galerie. Wir sind der Meinung, dass es sehr wohl dringlich ist, diese Gesetzesthematik anzusprechen, diesen Diskriminierungsschutz anzusprechen. Warum? Vielleicht sehen Sie das deswegen nicht, weil sie bei essentiellen Veranstaltungen, wie beispielsweise „WARE WOHNEN MENSCHENRECHT“ vom InterACT Forumtheater, die sehr gut dargestellt haben, wie Menschen diskriminiert, ausgeschlossen, schlecht behandelt werden im Falle von Mietverhältnissen, bei Wohnungen, wenn sich der Wohnbedarf zwangsweise ändert, weil sie vielleicht in eine Armutsfalle gerutscht sind, oder wie auch immer. Nachdem Sie bei solchen Veranstaltungen oft durch Fehlen glänzen, merken Sie das vielleicht nicht, dass dieser Diskriminierungsschutz doch wichtig wäre und gerade jetzt wichtig ist, wo es Menschen sehr schwierig haben und es Menschen schlechter geht als zuvor und viele Menschen in prekäre Situationen fallen. Und genau da kommt immer mehr Diskriminierung zutage, das eine bedingt hier oft das andere. Und wenn man sich dieses Forumtheater angesehen hat, wie beispielsweise bei Vermietungen dann mit derartigen Situationen umgegangen wird, dann ist das echt problematisch. Und das sind Leute, die das selbst erlebt haben, also das sind keine

Schauspieler im herkömmlichen Sinn, sondern das sind selbst Betroffene, die hier erzählen und ihre Geschichte vielfach erzählen, und das ist dann sehr authentisch, da stellt es einem dann teilweise die Gänsehaut auf und auch Wut und Ärger macht sich hier breit, weil man sich denkt, das darf ja wohl nicht wahr sein. Und deshalb glaube ich sehr wohl, dass dieser Diskriminierungsschutz sehr wichtig ist und diesen Diskriminierungsschutz von unterschiedlichsten Ebenen, ist mir klar, dass das unterschiedlichste Rechtsmaterien auch der Körperschaften sind, das ist mir völlig klar, aber der Versuch, das zu vereinheitlichen, hier Verbesserungen zu erreichen, ich denke nur an die Soho beispielsweise, die seit 30 Jahren im Bereich der LGBTQ+ hier Vorreiter eigentlich waren, diesen Diskriminierungsschutz hier einzuführen bzw. anzuwenden. Und deshalb, glaube ich, ist das nur konsequent, auch hier eine derartige Dringlichkeit zu geben und gleichzeitig natürlich auch dem Inhalt hier zuzustimmen. Also ich glaube, das sollte dieses Haus, gerade an dem heutigen Tag, wo wir endlich wieder in diesen schönen Räumlichkeiten das parlamentarische Geschehen erleben, und da wäre es ein gutes Zeichen, wenn wir hier dieser Verbesserung des Diskriminierungsschutzes zustimmen würden. Also in diesem Sinne, Dringlichkeit wie auch Inhalt Zustimmung. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist schon einiges gesagt worden, was sozusagen aus der Praxis kommt. InterACT ist, glaube ich, den meisten doch ein Begriff, und wir sind auch immer wieder bei diesen Veranstaltungen zugegen. Grundsätzlich sprechen wir uns auch dafür aus, dass die Haltung, die man gegenüber solchen Schwierigkeiten einnimmt, eine möglichst einheitliche ist, damit auch Vergleichbarkeit, Überprüfung, Kontrolle und all diese Dinge gewährleistet sind, das ist grundsätzlich sehr wichtig. Was allerdings schon zu hinterfragen ist, und das ist bereits angeklungen, was es bereits alles gibt. Wir haben bereits vom Gleichheitsgrundsatz und vom Gleichbehandlungsgesetz gehört, wo bereits einige Dinge klargelegt werden. Ich möchte auf einen einzelnen Punkt gesondert eingehen, weil es nämlich auch um die

Frage geht: Wo ist sozusagen die persönliche Freiheit darin gut verortet und welches Recht hat man als Individuum dann trotzdem? Da gibt es immer wieder Schwierigkeiten und eine Möglichkeit, das auseinanderzuidividieren, sollte auf jeden Fall gewährleistet sein bei aller Generalisierung von Zuständigkeiten und der Rechtslage. Wenn wir nämlich z.B. daran denken, wenn wir an das Thema Wohnen denken, das ist bereits vorher angesprochen worden, ist es schon die Frage, inwiefern man nicht auch hier eine gewisse Möglichkeit haben muss, dann eben entsprechend der persönlichen Neigungen oder Präferenzen vorzunehmen, wenn man z.B. eine Wohnung vermieten kann. Wir haben das Beispiel auch von einem unserer Kollegen gehört, wo jemand der in den 50er-Jahren auch aus Ungarn geflüchtet ist und sich hier angesiedelt hat, entsprechend auch zu Wohlstand gekommen ist, wenn der er z.B. niemandem aus einer Partei eine Wohnung vermieten möchte, von der sich in einem anderen Land verfolgt gefühlt hat, zu Recht ist das Frage, ob das nicht eine legitime Vorgehensweise ist, weil sie einfach auch in das persönliche Recht und letztendlich auch in ein persönliches Trauma in diesem Fall eingreift. Also diese Dinge sollte man auf jeden Fall überlegen. Es dürfte Ihnen auch allen bekannt sein, dass ein ähnlicher Antrag ja auch im Parlament auf Anfrage der SPÖ diskutiert wurde, also etwas, was sich, glaube ich, bei Ihnen jetzt quasi in der Koalition gut ergeben hat. Grundsätzlich regen wird an, obwohl wir dem Antrag zustimmen werden, dass dieser differenzierte Blick auf die Dinge auf jeden Fall gewährleistet sein muss, das ist besonders wichtig, darauf legen wir großen Wert und das deckt sich dementsprechend auch mit der Meinung, die an anderer Stelle dazu schon geäußert worden ist (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Uli und auch liebe Gäste auf der Galerie. Vielen Dank für den dringlichen Antrag. Wir finden ihn dringlich, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Der Michi Ehmann hat es jetzt auch schon sehr anschaulich berichtet, wie einigen von uns auch von InterACT in dem Forumtheater auch vermittelt wurde, wie alltäglich das ist, dass

Menschen eben z.B. auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung erfahren. Ich selbst kenne es auch aus meiner langjährigen Arbeit in der Caritas, wo wir geflüchteten Menschen dabei geholfen haben, ihre erste eigene Wohnung zu finden, eben nachdem sie aus der Grundversorgung entlassen wurden und das ganz oft ein großes Thema war, dass wir mit Vermietern geredet haben und dann mehr oder weniger offen gesagt wurde, dass eben an die Personen nicht vermietet wird. Ich freue mich auch insbesondere, dass die Claudia Unger gesagt hat, dass die ÖVP dem Antrag zustimmen wird, weil ich denke, es ist ein wichtiges Signal in Richtung Bund. Wir wissen, dass es dort seit vielen Jahren an der ÖVP scheitert, dass wir hier einen umfassenderen Diskriminierungsschutz verankern. Das wird seit Jahren immer wieder debattiert von Antidiskriminierungsstellen, von Gleichbehandlungsanwaltschaft usw. gefordert und ich würde mir wünschen, dass wir da als Land tatsächlich weiter sind und diesen umfassenden Diskriminierungsschutz, wie er schon lange überfällig ist, wie er auch von europäischer Ebene gefordert wird, endlich gesetzlich verankern (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ Hopper:

Frau Vizebürgermeisterin, vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, explizit auch liebe Manuela. Ganz kurz muss ich mich hier doch noch nach vorne bewegen. Die Claudia hat unsere Haltung dazu schon, finde ich, sehr, sehr klar festgehalten und auch die notwendige Differenzierung in dem Bereich ganz klar festgehalten. Ich meine, du sagst scheitern, wir sagen, dass es grundsätzlich nicht an uns gescheitert ist. Es war uns aber auf Bundesebene, und das möchte ich auch ganz klar sagen, wichtig, dass diese Differenzierung tatsächlich auch stattfindet, dass hier ganz klar festgestellt wird, dass in einem Gesetzestext gerade in diesem Bereich, in diesem sehr sensiblen Bereich, auch eine entsprechende Differenzierung da ist, die dann auch sicherstellt, nicht nur das Beispiel, das auch die Claudia angeführt hat, sondern dass beispielsweise auch sicherstellt, dass keine positive Diskriminierung in irgendeiner Art und Weise

vorkommt, weil das ist schon etwas, was in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat sehr wohl hervorgegangen ist, dass da die Möglichkeit auch ganz klar da war von positiver Diskriminierung. Und wenn jetzt irgendeine Seniorenorganisation, ob sie von deiner Partei ist, von unserer Partei oder überhaupt parteilos, einen Seniorenausflug ausschreibt, dann muss das möglich sein und dann sollte aus meiner Sicht der Staat nicht hergehen könne und sagen: Ok, passt, aber alle anderen, die unter 60 sind, fühlen sich jetzt dadurch diskriminiert. Und das ist eine ganz sensible Geschichte und deswegen muss man da umso genauer hinschauen. Wir haben uns auf Bundesebene nie dagegen gewehrt, dass man die Gesetzestexte genauer und spezifischer gestaltet. Diese Optimierung ist was, wo wir auch auf Bundesebene sehr dahinter sind, genauso wie es die Claudia auch gesagt hat, aber es ist notwendig und ganz, ganz wichtig, gerade in diesem sensiblen Bereich eine gewisse Sensibilisierung sicherzustellen und da nicht so pauschal einfach zu behaupten, dass ich irgendwer dagegenstellt, obwohl das nicht der Fall ist, was du ganz genau weißt. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (16.09 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte jetzt hier nur kurz richtigstellen, weil ich nämlich einige Jahre im Nationalrat war und dieses Thema dort sehr lange Thema war. Es ging um die EU-Richtlinie und den Vollzug dieser Richtlinie, und viele EU-Länder sind dem längst gefolgt und tatsächlich ist es so, dass es im Nationalrat immer daran gescheitert ist, dass die ÖVP, von der FPÖ möchte ich in dem Bezug gar nicht reden, die ÖVP diese Richtlinie blockiert hat. Also es liegt daran, dass das nicht unterstützt wurde im Nationalrat bis dato offensichtlich.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Hopper** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

... Wir machen jetzt keine Diskussion, in der Vergangenheit ist es einfach daran gescheitert, dass es nicht die Unterstützung der ÖVP gab.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.11 Uhr).

GRⁱⁿ **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Vorsitzende. Ich glaube, es ist wichtig, hier auch zu erwähnen, und wir sind ein paar Tage vor dem Pride-Monat, also ich glaube, ich kann mir das nicht verkneifen, das hier zu sagen, dieses Leveling-Up, wie es bei uns immer wieder genannt wurde in der LGBTIQ+-Community, also quasi einen gewissen Diskriminierungsschutz auch im privaten Bereich, im Bereich Dienstleistungen und anderen Bereichen in Verfassungsrang zu heben, dass es wirklich einen echten Diskriminierungsschutz gibt, das ist nicht erst seit einem Antrag an der ÖVP gescheitert oder da hat nicht nur einmal die ÖVP dagegen geschimpft, wie man das jetzt auch nennen mag, sondern viele, viele, viele Male. Und ich glaube, dass wir hier nicht diese Spaltungen aus dem Nationalrat hierherholen sollten, weil ich freue mich ganz besonders, dass auch die ÖVP mittlerweile da hier diesen Diskriminierungsschutz zustimmen kann. Aber dass es heutzutage, und heute haben wir auch schon gehört, es gibt ja eh schon einem Diskriminierungsschutz, nein, den gibt es nicht, weil ich stehe heute hier als bisexuelle Frau ...

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr** unverständlich (lacht).*

GRⁱⁿ **Robosch:**

... und wenn ich in einem Taxi quasi mit einer weiblich gelesenen Person Händchen halte, dann kann ich legal aus dem Taxi geschmissen werden. Das ist jetzt gerade die rechtliche Lage und das bedeutet, dieser Antrag ist erstens dringlich und auch inhaltlich richtig und notwendig, weil die Lage noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist, und dahin wollen wir bitte (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde gerne den Herrn Lohr zur Ordnung rufen, weil es nicht lustig ist eine solche Aussage. Darüber zu lachen, ist einfach nicht würdig dieses Hauses. Danke (*Appl.*).

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das halte ich aus.

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Also es scheint ja eine mehrheitliche Zustimmung zu geben. Ich freue mich darüber, ich finde, das Thema ist immer dringlich. Und 21 Gesetze zu vereinheitlichen und auch irgendwie eine Erweiterung auf Bereiche, die bis jetzt noch nicht erfasst sind, halte ich für eine ganz wichtige Entscheidung auf nationaler Ebene. Ich hoffe, sie wird getroffen, es ändert sich bald und dann wird es auch in den einzelnen Bundesländern leichtere Möglichkeiten im Zugang geben, zum Teil auch was das Klagsrecht oder diese Bereiche angeht. Und ich freue mich darüber, dass es da eine Mehrheit gibt und hoffe, dass es bald auf Bundesebene zu einer Verbesserung kommt. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

8.2 Innovatives Fahrradparken (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich, dass ich heute eine innovative Idee zu unserer aktuellen Mobilitätstrategie, die ja bestätigt wurde, dass Graz sich zur Fahrradhochburg und Zu-Fuß-Gängern entwickelt hat. Das ist ein Beweis dafür, dass die in der Vorperiode unter Bürgermeister Siegfried Nagl gestartete Radfahroffensive Erfolge verzeichnet und die Trendwende in der städtischen Mobilität eingeleitet hat. Gezielt will die Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner diesbezüglich auch „weiteres Wachstum schaffen“. Ein Ziel, das wir als ÖVP natürlich auch begrüßen, allerdings, und das sage ich hier nicht zum ersten Mal, wünsche ich mir dahingehend eine Gesamtplanung nicht nur hinsichtlich des zukünftigen Verkehrs dahingehend oder der Straßenraumgestaltungen, sondern auch dahingehend, dass die Anrainerinnen und Anrainer und auch die zunehmende Verparkung der Radfahrer in der Innenstadt auch geordnete Verhältnisse bekommt. Bislang behelfen sich Radfahrerinnen und -fahrer, die keinen offensichtlichen Radfahrparkplatz mehr bekommen, weil er überfüllt und voll ist, damit, dass sie an Hausmauern, Zäunen, an Verkehrsschildern oder einfach mitten am Platz, so wie auf unserem schönen Hauptplatz, ihr Fahrrad abstellen, und das schaut einfach nicht schön aus in einer touristisch schönen Stadt. Zudem schränken die derzeit angebotenen Abstellplätze und der behelfsmäßig zu einem Abstellplatz umfunktionierte öffentliche Raum Fußgängerinnen und Fußgänger ein, gefährden ältere Menschen und Kinder und selbstverständlich leider auch seh- oder mobil beeinträchtigte Personen. Dass häufig auf nicht mehr allzu fahrtüchtige Fahrräder zurückgegriffen wird, ist auch ein Umstand, dass wir keine wetterfesten Parkmöglichkeiten für Fahrräder anbieten können. Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch die Lastenräder, die ja auch zuhauf auf der Straße unterwegs sind, aufgrund ihrer Größe dabei als besonders beachtenswertes Problem aufzeigen. Vereinzelt gibt es Städte, die dahingehend schon aufgerüstet haben und wirklich

innovatives Parken anbieten, und da kann man sich auch im Internet dahingehend tolle Informationen und auch in optischen Bildern tolle Parkhäuser anschauen und muss nicht in diese Städte reisen. Es gibt dahingehend Vorzeigestädte, wie es die Stadt Groningen ist, wo man den motorisierten Verkehr sukzessive aus der Innenstadt verdrängt hat und den nicht motorisierten Verkehr gefördert hat. Allerdings war auch hier zu Beginn zu beobachten, dass dann der Fahrradverkehr ein überbordendes Aufkommen in der Innenstadt darstellte, sodass die Konsumenten nicht mehr die Geschäfte betreten konnten, und man musste einen sogenannten roten Teppich auflegen, um den Fußgängern auch das zu ermöglichen, dass sie sicher in die Geschäfte kommen. Zusätzlich begegnete man hier auch bei Veranstaltungen mit einem Angebot, dass man mobile Fahrradständer an den Plätzen aufgestellt hat, wenn sie tatsächlich gebraucht wurden. Die Stadt Apeldoorn, ebenfalls in den Niederlanden, bietet nicht nur diverse kostenlose überdachte und überwachte Fahrradstationen in der Stadt an, sie stellt auch ein 650 Fahrradabstellplätze fassendes Parkhaus im Innenstadtbereich zur Verfügung, das zur Folge hatte, dass noch öfter auf das Rad umgestiegen wurde und auch die Diebstähle signifikant zurückgingen. Ein weiteres Konzept, um Fußgängerinnen und Fußgänger nicht durch willkürlich abgestellte Fahrräder zu gefährden, ist die Integration von Fahrradabstellplätzen in Autoparkhäuser, auch das könnte man sich hier in der Stadt Graz überlegen. In Utrecht gibt es mittlerweile eine der größten Bike-Parkplatz-Anlagen der Welt und bietet Platz für unglaubliche 12.500 Fahrräder. Dieser „Bikepark“ ist zudem auch gleichzeitig eine Service- und Fahrradstelle für Reparaturen, Wartung, Ersatzteile und Zubehör. In diesem Sinne stelle ich für meine Fraktion folgenden

Antrag:

Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner wird im Sinne des Motivenberichts aufgefordert, einen sich an den dort bloß beispielhaft aufgezählten zukunftsweisenden Modellen orientierenden umfassenden Maßnahmen- und Projektkatalog bezüglich des innovativen innerstädtischen Fahrradparkens zu erstellen

und dem zuständigen Ausschuss für Verkehr, Stadtplanung und Grünraum bis zu seiner Sitzung im September als Diskussionsgrundlage vorzulegen. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Grazer Mobilitätserhebung zeigt, dass sich das Verkehrsverhalten in der Landeshauptstadt Graz verändert und bereits heute der Fuß- und Radanteil an der zurückgelegten Wegstrecke 20 % beträgt. Beweis dafür, dass Projekte, wie die unter Bürgermeister Siegfried Nagl gestartete Radfahroffensive, Erfolge verzeichnen und eine Trendwende in der städtischen Mobilität eingeleitet haben. Gezielt will die Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner diesbezüglich auch „weiteres Wachstum schaffen“. Ein Ziel, das zu begrüßen ist, wenn es denn nicht ohne gesamthafte Verkehrsplanung, Straßenraumgestaltung und auf Kosten der Anrainerinnen und Anrainer einhergeht. Mit der zunehmenden Fahrradnutzung wächst selbstverständlich auch der Bedarf an Flächen für das Fahrradparken. Bisher behelfen sich Radfahrerinnen und -fahrer, indem sie ihr Rad an Wänden, Verkehrsschildern, Zäunen oder aber auch einfach an jeweiliger Ort und Stelle abstellen – was wie beispielsweise am Hauptplatz zu einer für den als grundsätzlich als Aushängeschild einer Stadt geltenden Platz – unwürdigen und unschönen Situation und Kombination aus unkoordiniert abgestellten Rädern und zunehmend auch „Fahrradleichen“ führt. Zudem schränken die derzeit angebotenen Abstellplätze und der behelfsmäßig zu einem Abstellplatz umfunktionierte öffentliche Raum, Fußgängerinnen und Fußgänger ein, gefährden alte Menschen und Kinder und selbstverständlich leider auch seh- oder mobil beeinträchtigte Personen. Dass häufig auf nicht mehr allzu fahrtüchtige Fahrräder zurückgegriffen wird, weil sichere und wetterfeste Möglichkeiten des Fahrradparkens fehlen, führt außerdem dazu, dass die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer beeinflusst werden kann. Lastenräder sind in diesem Zusammenhang aufgrund ihrer Größe dabei ein besonders beachtenswertes Problem. Vereinzelt Städte in Deutschland und der Schweiz begegnen dieser Tatsache daher schon mit einzelnen Fahrradparkverbotszone oder empfindlichen Strafmandaten für Rad-Parker.

Andere Städte erweitern ihr Angebot an attraktiven Parkmöglichkeiten, setzen auf Bewusstseinsbildung und beseitigen „Fahrradleichen“ regelmäßig. Groningen, eine Stadt im Nordosten der Niederlande wurde von einer linksorientierten Regierung zur Fahrradhauptstadt gemacht. Hier wurde der motorisierte Verkehr sukzessive aus der Innenstadt verdrängt und der nicht-motorisierte Verkehr gefördert. Allerdings auch hier zu beobachten – ohne die Probleme, die mit dem hohen Radverkehrsaufkommen unweigerlich entstehen, im Vorfeld zu antizipieren und in der Konzeption zu berücksichtigen – entsteht Chaos, Unzufriedenheit, Gefahr und Unordnung. Groningens Zentrum erstickte im Fahrradverkehr, Geschäfte waren teilweise so verstellt, dass sie nicht mehr betreten werden konnten. Man behalf sich mit dem „Roten Teppich“, der Ladeneingänge freihalten und Fußgängerinnen und Fußgängern den Durchgang gewähren sollte. Zusätzlich begegnete man vermehrten Fahrradverkehr an Wochenende oder zu Veranstaltungs- und Festivalzeiten mit mobilen Fahrradständen, die nur dann Platz einnehmen, wenn sie auch tatsächlich gebraucht werden. Die Stadt Apeldoorn, ebenfalls in den Niederlanden, bietet nicht nur diverse kostenlose überdachte und überwachte Fahrradstationen in der Stadt an, sie stellt auch ein 650 Fahrradabstellplätze fassendes Parkhaus im Innenstadtbereich zur Verfügung, das zur Folge hatte, dass noch öfter auf das Rad umgestiegen wurde und auch die Diebstähle signifikant zurückgingen. Ein weiteres innovatives Konzept, um Fußgängerinnen und Fußgänger nicht durch willkürlich abgestellte Fahrräder zu gefährden, ist die Integration von Fahrradabstellplätzen in Autoparkhäuser, einige Städte betreiben diese Garagen sogar selbst als kommunale Parkhäuser. In Utrecht steht mittlerweile eine der größten Bike-Parkplatz Anlagen der Welt und bietet Platz für unglaubliche 12.500 Fahrräder. Dieser „Bikepark“ ist zudem rund um die Uhr geöffnet, bietet eine Fahrrad- und Servicestelle für Reparaturen, Wartung, Ersatzteile und Zubehör. Hier werden außerdem beispielhaft arbeitsmarktferne Personen und Langzeitbeschäftigungslose beschäftigt, die sonst vom Arbeitsmarkt benachteiligt, Perspektiven finden. Im asiatischen Raum wiederum erfreuen sich automatisierte unterirdische Fahrradparksysteme großer Beliebtheit, die sicherstellen, dass Fahrräder in wenigen Sekunden sicher abgestellt und wieder zu erhalten sind. Andere europäische Städten

stellen solarbetriebene Hochleistung-Fahrradständer zur Verfügung, die die Räder per Knopfdruck über eine App auf dem Smartphone sicher verschließen. Sie sehen also, dass neben Zürich auch andere europäische Städte innovative Lösungen des dezentralen Fahrradparkens anbieten, die man abseits von Lokalausweisen auch in diversen Fachzeitschriften und im Internet finden kann.

Diese Ideen und Konzeptionen haben jedenfalls gemein, dass sichere und übersichtliche Möglichkeiten des Fahrradparkens überzeugen und den Umstieg auf das Fahrrad wesentlich attraktiver machen, ohne den für andere Verkehrsteilnehmer störend oder gefährdend zu sein und sich auch optisch optimal ins Stadtbild zu integrieren. Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner wird im Sinne des Motivenberichts aufgefordert, einen sich an den dort bloß beispielhaft aufgezählten zukunftsweisenden Modellen orientierenden umfassenden Maßnahmen- und Projektkatalog bezüglich des innovativen innerstädtischen Fahrradparkens zu erstellen und dem zuständigen Ausschuss für Verkehr, Stadtplanung und Grünraum bis zu seiner Sitzung im September als Diskussionsgrundlage vorzulegen.

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, lieber Stadtsenat, werte Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher zuhause, werte Antragstellerin. Ich finde vieles richtig in diesem Antrag, anscheinend sind aber gerade Fahrradleichen entweder der ÖVP oder dir besonders ein Dorn im Auge nur auf dem prestigeträchtigen Hauptplatz. Ich glaube, dass es den Bewohnern in Andritz, in der Arlandsiedlung, in der Triester-Siedlung genauso auf den Wecker geht, wenn die Räder hier einfach rundherum irgendwo hingelehnt werden oder irgendwo hingeworfen werden. Das mit dem Parkhaus finde ich auch sehr spannende Initiative, würde mich wirklich freuen, wenn ich dann zum Kastner und

Öhler fahren darf und dann so quasi in der untersten Ebene dann alle fünf oder sechs Stockwerke hier schön vorausfort rauffahre, mir die Autokolonne hinterher wahrscheinlich, wenn sie mich draußen überholen, wenn sie mich dann überhaupt überleben lassen, dann vielleicht mich beim Rauffahren überholen.

Aber ist durchwegs ein netter Gedanke. Es braucht aber, denke ich, nicht die Dringlichkeit in diesem Antrag, weil vieles in der Radoffensive ja umgesetzt wird, sprich, es sind ja nicht nur für die Fahrradwege, sondern auch für die Parkplätze bzw. Abstellflächen dafür vorgesehen. Wenn man auch bedenkt, dass hier im Hof, im Rathaus, auch Abstellflächen neu gestaltet werden für die Fahrräder, gehört es umso mehr dazu, dass man sagt, gut, auch hier funktioniert es dann, wenn es umgesetzt ist, auch ein Teil aus der Radoffensive. Und aus diesem Grund können wir zwar der Dringlichkeit zustimmen, aber leider nicht dem Inhalt. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Liebe Kollegin Gmeinbauer, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke auch von unserer Seite für das Aufgreifen dieses doch sehr wichtigen Themas für Graz. Sie zeigen hier sehr schön einige Beispiele auf und natürlich nennen Sie auch viele Probleme, die einfach mit dieser Fahrradoffensive einhergehen können. Wir haben in Graz die Situation, dass die Nachfrage nach Radabstellplätzen oft größer ist als das Angebot und das ist natürlich besonders rund um den Hauptplatz sichtbar. Ob das jetzt schön oder weniger schön ist, ist Geschmackssache, gefährlich ist es auf jeden Fall nicht besonders, und es geht auch nicht auf Kosten der Anrainer:innen, wie es im Text steht. Im Gegenteil, also gut ausgebaute Radinfrastruktur, davon profitieren wir letzten Endes alle und gerade in der Innenstadt auch die Geschäftsleute, weil viele kommen ja mit dem Fahrrad auch zum Einkaufen oder zum Gastronomiebesuch. Insofern, ja, wir brauchen natürlich mehr sichere und wetterfeste Radabstellplätze auch und das zeigt auch die Radumfrage, die im Rahmen der Radoffensive gemacht worden ist, also da zeigt sich das sehr deutlich, deswegen werden wir auch dieser Dringlichkeit eben zustimmen. Inhaltlich ist es aber so, dass derzeit erstmals überhaupt

eine Bestandsaufnahme passiert auf Initiative der Vizebürgermeisterin, dass überhaupt einmal klar wird, wie viele öffentliche Radabstellplätze gibt es denn in Graz überhaupt. Das wurde bisher nicht erfasst in diesem Bereich. Daraus wird sich dann auch ein klarer Handlungsbedarf ergeben; im Koalitionsabkommen haben wir auch dieses erste Grazer Radhaus, nicht Rathaus, sondern Radhaus, wo wir eben genauso eine Radabstellfläche anbieten wollen, eine Art Fahrradgarage im Bereich der Innenstadt drinnen, und letzten Endes geht es darum aus unserer Sicht nicht, dass es besonders innovativ sein muss, es muss jetzt auch keinen extra Maßnahmen- und Projektkatalog geben. Es geht darum, das Ganze im Rahmen der Radoffensive voranzutreiben und umzusetzen. Die Radabstellplätze, die gebaut werden, sollen wettersicher sein, sollen eingangsnah sein und sollen auch barrierefrei zugänglich sein, also ebenerdig, dass man da gut hineinkommt, und vor allem sollen sie auch rasch umsetzbar sein und rasch umgesetzt werden letzten Endes, dass man da nicht wieder Verzögerungen hat, indem man langwierig Konzepte macht. Inhaltlich werden wir dem daher jetzt nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Ich sage einmal danke, dass du das Thema mit diesem Antrag hier aufs Tablett bringst. Also ich sehe das durchaus für dringlich an, dringlich zwecks der Reihenfolge, wenn ich den Radverkehr ausbaue, dann muss ich auch schauen, dass ich. Wenn ich mit dem Rad dann wo hinkomme, das ordentlich verwahren kann in der Zwischenzeit, und dringlich, weil wir am 17. Juni 2021 auch schon einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht haben. Da geht es darum zu prüfen, haben wir wo mögliche Standorte für Fahrradabstellboxen, ich sage einmal, vom System her wie Spinde aneinandergereiht, wo ich mein Fahrrad dann hineinsperren kann, vielleicht habe ich eine Lademöglichkeit, kann meinen Helm gleich dort lassen. Der Motivenbericht insgesamt allerdings, ich sage einmal, ist ein bisschen unglücklich formuliert, denn da sind ein paar Widersprüche für mich drinnen. Die Parkgarage eine Ebene darunter eignet sich meiner Meinung nach nicht so, also da sehe ich den

Kollegen in seiner Meinung bestätigt, dass das barrierefrei und eben sein sollte. Ich glaube auch, dass es immer noch näher an den Ort des Geschehens kommen sollte, denn wenn ich mit dem Rad in die Stadt hineinfahren will, um zur Arbeit zu gehen, dann will ich nicht weiter weg bei der nächsten Parkgarage, sondern so nah wie möglich dann dort hinkommen. Das Nächste waren die Strafmandate, die ich hier herauslese, finde ich auch interessant, die Kennzeichen brauchen wir nicht, ein Strafmandat brauchen wir. Also ich frage mich, ob wir dann daneben stehen bleiben und warten, bis wer dann kommt und kassiert, das wird nicht viel bringen. Außerdem kann ich mich erinnern, wie es letzte Sitzung um die Auwiesen ging und da höhere Strafen gefordert wurden, haben Sie das auch abgelehnt, also da kann ich auch nicht unbedingt mitgehen. Ich sehe eigentlich eher die Lösung, schon dort Möglichkeiten anzubieten, in Kempen gibt es solche Fahrradboxen, kann man sich im Internet ganz gut anschauen, wir haben auch in Graz so eine Firma, die solche Dinge produziert. Insgesamt sehe ich hier sehr viel Positives in dem Antrag und die große Gefahr ist nicht nur, dass eben die Leute, wenn es jetzt keinen geeigneten Abstellplatz gibt, keinen überdachten Abstellplatz gibt, dann nicht ein technisch nicht gut ausgerüstetes Fahrrad benutzen, sondern unter Umständen dann eben gar keines nehmen. Wenn man als Privater ein ordentliches Fahrrad fährt, das man hegt und pflegt oder sogar ein teures E-Bike hat, dann will man das nicht im Regen stehen lassen, weil das einfach dem Rad nicht guttut. Also ich glaube insgesamt ein guter Anstoß, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, werden auch dem Inhalt in dem Fall zustimmen, und ich beziehe mich natürlich beim Inhalt auf den Antragsinhalt und nicht auf den Motiventext. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Potzinger:**

Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin meiner Clubchefin sehr dankbar für diesen Antrag.

Aus persönlicher Erfahrung, mich hat gewundert, dass der Vorredner gemeint hat, es sei ja nicht gefährlich, es ist gefährlich. Wenn ich mit meiner gehbehinderten 90-jährigen Mutter unterwegs bin und kreuz und quer wirklich einem Fahrrad-Gulasch begegne am Hauptplatz und man dort nicht vorbeikommt, dann ist das gefährlich. Bitte, man kann jetzt nicht alle Bezirke aufzählen, selbstverständlich auch in Andritz, in St. Peter, am Lend ist es gefährlich, wenn Fahrräder so abgestellt sind, dass sie die Fußgängerinnen und Fußgänger beeinträchtigen. Es geht wirklich vor allem um hochbetagte, auch um sehbehinderte Menschen, natürlich auch wenn eine Mutter mit einem Zwillingsskinderwagen unterwegs ist und nicht vorbeikommt bei wild abgestellten Fahrrädern. Der Antrag ist wirklich dringlich. Warten wir nicht, bis noch Gröberes passiert und sich Menschen verletzen. Es geht um Rücksicht aufeinander und um den Appell auch an die Fahrradfahrer, dass sie auch Rücksicht nehmen auf andere Verkehrsteilnehmer; viele tun es, aber leider nicht alle, vielleicht kann man da auch stärker noch die Ordnungswache einbeziehen, dass die darauf aufmerksam macht, das muss nicht sofort gestraft werden, aber es braucht eine Bewusstseinsbildung. Das gute Miteinander funktioniert nur, wenn man aufeinander Rücksicht nimmt und das ist dringend notwendig auch für die Fahrradfahrer. Selbstverständlich brauchen sie ihre Abstellplätze, aber bitte, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, kann ich mich auch nicht irgendwo hinstellen, nur weil gerade kein Parkplatz frei ist. Und wenn es immer mehr Fahrräder gibt, ist das wertvoll und gut, aber auch hier muss es eine Ordnung geben, deswegen hoffe ich sehr, dass der Antrag breite Zustimmung findet. Danke (Appl.).

GR Mag. **Pointner:**

Wertes Kollegium, werter Stadtsenat, ich möchte jetzt einen Zusatzaspekt noch beleuchten, Dringlichkeit ist ja eh einstimmig. Ich glaube, wir haben wirklich einen starken Nachholbedarf an attraktiven und gut angebotenen Fahrradstellplätzen. Warum? Weil ich glaube, dass das noch ein Baustein sein könnte für die Förderung eines klimafreundlichen Verkehrsverhaltens. Unter dem Aspekt finde ich das schon

schade, dass die grüne Fraktion das offensichtlich nicht so ganz mittragen will den Antrag. Ich finde ihn hervorragend, ich finde auch die Idee von diesen Fahrradparkhäusern wunderbar. Ich kenne das aus Belgien und Holland, wo ich tätig bin. Da gibt es riesige Parkhäuser bei S-Bahn-Stationen, wo du halt wieder diese letzten drei, vier oder fünf Kilometer dann mit dem Fahrrad machst ins Zentrum hinein. Also ich glaube, der Antrag ist hervorragend aufgebaut und wir inhaltlich sehr, sehr gerne und auch leidenschaftlich gern zustimmen (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Pointner. Fahren wir einmal zum Hauptbahnhof, es gibt dort eine entsprechende Station für Fahrräder. Diese zu erweitern, ist ein Thema, und das, was du richtigerweise angerissen hast, zu verbessern und auszubauen, auch S-Bahnhöfe bieten sich an, nicht nur in Graz, auch in der Region, weil es eben genau diese multimodalen Bewegungen gibt und vermehrt geben soll. Nur irgendwie geht das aus dem Antrag Gemeinbauer, wenn ich jetzt einmal so formulieren darf, nicht so hervor, weil wir ja auch nicht unbedingt das Gefühl haben, dass wir in der Innenstadt ähnliche Situation brauchen. In der Innenstadt braucht es wahrscheinlich entsprechend geeignete kleinere dezentral organisierte oder zumindest mehrere solche Standpunkte und, weil es natürlich ein großer Vorteil des Fahrrades ist, sehr nahe an das eigentliche Ziel heranzukommen in dem Fall oder in dem Bereich, oder auch in anderen Bereichen, die solche Brennpunkte oder Knotenpunkte, wie auch immer, Zielorte sind. Das andere ist natürlich das Thema, was kann ich im öffentlichen Raum damit erledigen und wo brauche ich wirklich diese sogenannten innovativen Parkhäuser für Fahrräder und E-Bikes und wo kann ich das auf andere Art und Weise lösen, auch im Sinne der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit? Ich würde das schon auch so sehen und nicht unbedingt sagen, die Grünen verwehren sich dagegen, sondern wir sehen das eher als eine Möglichkeit unter vielen; aber wenn es billiger und einfacher und schneller geht, dann machen wir das eben billiger, einfach und schneller. Danke (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ich bin total überrascht, auch wenn ich jetzt ein Lächeln auf meinem Gesicht habe, aber daraus resultierend, wie die Grünen da jetzt reagieren und sich gegen einen schönen, mit Dach, Unterstellplatz für ihr Fahrzeug wehren. Und lieber Karl, ich bin schon gespannt, wie das billiger, hast du gesagt, und schöner gemacht werden kann. Ich meine, Entschuldigung, wer meinen Antrag wirklich ernsthaft in Betracht zieht und gelesen hat, das sind Beispiele aus anderen Städte, denen man ja folgen könnte. Wenn man jetzt wirklich ernstgenommen werden möchte als Fahrradhauptstadt Österreichs Graz und jetzt diesen Ausbau, wo man die Leute wirklich motivieren möchte, dass sie umsatteln und zu Fuß gehen und das Fahrrad nutzen und natürlich den Öffi-Verkehr, dann würde ich schon meinen, dass es wirklich im Trend ist, dass man auch ernsthaft über eine schöne Parkgarage für Zweiräder, Lastenräder und dergleichen, was da alles noch herumfährt auf der Straße ohne Nummertafel, endlich in die Gänge bringt ...

*Zwischenruf KO GR **Dreisiebner:** Deswegen sind wir auch der Frau Kahr so dankbar, dass sie in den letzten drei Jahren als zuständige Referentin alles vorbereitet hat.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

... ja eh, aber das könnt ihr ja jetzt gemeinsam besprechen, weil ihr seid ja jetzt in einer Regierung. Oder habe ich da etwas missverstanden? Aber ich würde auch den Kollegen von der SPÖ fragen wollen. Ich meine ja, in den Bezirken, wenn auch dort kreuz und quer geparkt wird, ist nicht schön, und ich habe es jetzt nicht nur auf den Hauptplatz abgesehen, weil du brauchst nur rübergehen zur Sporgasse und einmal schauen, wie da weitergeparkt wird, wenn der Parkplatz für die Fahrräder voll ist. Und da muss ich schon sagen, wenn man jetzt will, dass die Leute umsteigen, für dieses Klientel muss man dann auch vorsehen, dass sie dann adäquat parken können, dass auch der Fußgänger dann, unsere kleinen Kinder und auch unsere betagten Menschen oder beeinträchtigen Menschen nach wie vor auch noch Platz haben. Aber wenn das kein

Verständnis hat jetzt vom Inhalt her, muss ich ehrlich sagen, da gehe ich mit einem Lächeln von hier herunter, weil ich so überrascht bin, aber es gibt schon zu denken. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.

8.3 Nightline-Offensive für Graz (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

GR Brandstätter:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream. Ich freue mich sehr, heute meinen ersten dringlichen Antrag einbringen zu dürfen und umso mehr, dass dieser Antrag zu einem Thema ist, das mir ganz besonders am Herzen liegt, nämlich eine Nightline-Offensive für Graz. Sie werden mir wahrscheinlich Recht geben, die vergangenen zwei Jahre waren für junge Menschen enorm herausfordernd, über mehrere Monate war es nicht möglich, seine Freunde zu sehen, in die Schule oder in die Uni zu gehen. Vor allem aber auch das gemeinsame Feiern und die Freiheiten, die man als junger Mensch zu genießen beginnt, waren stark eingeschränkt. Aber auch die Gastro, insbesondere die Nachtgastronomie, hat stark gelitten. Und klar ist aber auch, dass die gesetzten Maßnahmen gesundheitspolitisch absolut notwendig waren. Nun ist es aber an der Zeit, Maßnahmen zu setzen, die die Situation der betroffenen Gruppen nachhaltig verbessert, und als Stadt Graz können wir hier z.B. unter anderem mit einer umfassenden Nightline-Offensive einen wichtigen Beitrag leisten, der direkt in unserem Gestaltungsbereich liegt. Vielleicht ganz kurz zu Ist-Situation. Zurzeit ist es so, dass die letzten Nightlines um 2.30 Uhr vom Jakominiplatz losfahren, und gerade für junge Menschen ist das oft zu früh und leider ist es oft dadurch auch eine Frage des Geldes. Nämlich kann ich mir das Taxi nachher noch leisten oder muss ich schon um

diese Uhrzeit meine Freunde und die Party, auf der ich gerade mit meinen Freunden bin, verlassen? Daher schlagen wir auf jeden Fall vor, dass es zu einer Ausweitung der Nightline kommen soll, bereits einige Vorschläge liegen am Tisch, ich weiß auch, dass die KPÖ damals z.B. für das Konzept eingetreten ist, um 3.30 Uhr und um 4.30 Uhr eine Ausweitung zu erwirken und damals auch Unterschriften dafür gesammelt hat. Unabhängig davon hätte es ganz viele positive Aspekte, diese Nightline-Offensive jetzt so bald wie möglich anzugehen im Sinne des Umweltschutzes, im Sinne junger Menschen, die sich Geld sparen wollen und die vor allem, und das ist auch ganz besonders wichtig, sicherer nach Hause kommen können, wenn es diese Angebote gibt. Zusätzlich kann die pandemie-geplagte Nachtgastronomie dadurch hoffentlich wieder aufatmen und einige Kundinnen und Kunden dazu gewinnen, länger zu verweilen. Aus diesem und vielen weiteren Gründen darf ich um Ihre Zustimmung zur Dringlichkeit und dann später auch zum Inhalt dieses Antrages bitten. Vielen Dank (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Gerade für junge Menschen waren die vergangenen zwei Jahre enorm herausfordernd. Über mehrere Monate war es nicht möglich, seine Freunde zu sehen oder in die Schule oder auf die Universität zu gehen. Auf die Öffnungen im Sommer folgte meist erneut ein Lockdown. Vor allem auch das gemeinsame Feiern und die Freiheit, die man als junger Mensch verspürt, sobald man endlich Teilhabe am Nachtleben haben darf, wurde vielen jungen Menschen verwehrt. Darüber hinaus haben die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus der Gastronomie im allgemeinen und der Nachtgastronomie im besonderen schwerwiegende Verluste beschert. Insbesondere die Ungewissheit über viele Monate, wann und ob und wenn ja, unter welchen Auflagen wieder aufgesperrt werden darf, hat die Planungssicherheit stark beeinträchtigt und es für die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch für die in diesem Bereich tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, äußerst schwer gemacht, ihrer Arbeit nachzugehen – trotz aller Unterstützungen und Hilfen von Bundesseite. Klar ist jedoch

auch, dass die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung notwendig und gerechtfertigt waren. Dies hat der VfGH erst unlängst auch für den zweiten Lockdown für Ungeimpfte bestätigt.¹

Nun ist es aber an der Zeit, Maßnahmen zu setzen, die die Situation der betroffenen Gruppen nachhaltig verbessert. Als Stadt Graz können wir in diesem Zusammenhang mit einer umfassenden Nightline-Offensive einen wichtigen Beitrag leisten, der direkt in unserem Gestaltungsbereich liegt.

Zurzeit haben alle Grazerinnen und Grazer sowie in Graz-Umgebung wohnhafte Personen die Möglichkeit, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln an Freitagen und Samstagen bzw. vor Feiertagen um 0.30 Uhr, 1.30 Uhr und 2.30 Uhr vom Jakominiplatz startend nach Hause zu fahren. Zunächst sei hierbei angemerkt, dass insbesondere die Ausweitung über die Stadtgrenzen hinaus als auch die stündliche Frequenz als äußerst positiv zu bewerten sind und vielen Menschen, unabhängig davon, ob sie sich mit Freunden getroffen haben oder gerade aus der Arbeit kommen, ein sicheres und einfaches nach Hause kommen ermöglicht. Gleichzeitig kann man bei näherer Beobachtung feststellen, dass gerade junge Menschen oft länger als bis ca. 2 Uhr in der Stadt oder in den verschiedenen Nachtgastronomiebetrieben verweilen möchten und dies auch tun. Insbesondere um 3.30 Uhr und um 4.30 Uhr wäre eine Erweiterung der Nightline von großem Vorteil. Auch eine Ausdehnung der Nightline auf den unter Partygängern begehrten Mittwoch ist jedenfalls anzudenken. Eine Ausweitung der Nightline hätte vielfache positive Aspekte. Diese hätte nicht nur den Vorteil, dass es für viele junge Menschen nicht mehr eine Frage des Geldes ist, ob sie sich schon früher von ihren Freunden verabschieden müssen, oder ob sie noch ein bisschen bleiben können, weil sie sich das teurere Taxi nicht leisten können oder wollen, sondern wäre jedenfalls auch eine umweltfreundlichere Lösung. Denn durch die Nachtbusse kann der CO₂- und

¹ https://www.vfgh.gv.at/medien/Lockdown_Jaenner_2022.php (Stand: 12.05.2022)

Feinstaubausstoß, der sonst durch viele einzelne Taxifahrten verursacht wird, stark reduziert werden. Darüber hinaus kann mit dieser Maßnahme die pandemiegeplagte Nachtgastronomie zusätzlich aufatmen und wohl einige neue Kundinnen und Kunden dazu gewinnen, länger zu verweilen. Aber auch die seit den letzten beiden Sommern besonders beliebten konsumfreien Räume in den Grazer Parkanlagen könnten besser erreicht werden. Außerdem garantieren öffentliche Verkehrsmittel einen sichereren Weg nach Hause als ein mit dem Auto, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegter Nachhauseweg. Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsreferenten werden beauftragt, ein Konzept für eine umfassende Nightline-Offensive zu erarbeiten, welches jedenfalls die im Motivenbericht angesprochenen Verbesserungen enthält. Dieses Konzept hat auch eine Aufstellung über potentiell notwendige budgetäre Mittel zu enthalten, die bei Umsetzung, in dem im Motivenbericht beschriebenen Ausmaß, anfallen würden. Gleichzeitig soll in dem Konzept erörtert werden, welche Vor- und Nachteile eine umfassende Nightline-Offensive für Graz bedeuten würde und welche Schritte notwendig wären, um einen Ausbau der Nightline so schnell wie möglich erwirken zu können. Dabei soll auch ein möglicher Zeitplan vorgestellt werden unter der Annahme, dass der Gemeinderat dazu bereit wäre, die notwendigen budgetären Mittel freizugeben. Dieses Konzept ist dem Gemeinderat in der im September stattfindenden Gemeinderatssitzung vorzulegen und davor in den zuständigen Ausschüssen vorzustellen.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Antragsteller. Ich bin sehr froh, dass ich mich noch gerade rechtzeitig aus der Isolation heraustesten konnte, um erstens die

erste Gemeinderatssitzung nach so langer Zeit im neurenovierten Gemeinderatssaal zu erleben und auch um einen Antrag zu diskutieren, der mich persönlich schon sehr lange begleitet. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass ich einen ähnlichen Antrag und dieses Thema schon mindestens dreimal in der letzten Periode aufgegriffen habe und die ÖVP/schwarz-blaue Mehrheit dreimal die Antwort gegeben hat, das ist nicht dringlich und es ist auch nicht wichtig. Schön, dass sich das geändert hat, aber am Ende des Tages denke ich mir trotzdem, sollte man dort bleiben, wo man herkommt und sollte man auch dahingehend Anträge stellen, wo man glaubwürdig ist. Ich glaube nicht, dass die ÖVP glaubwürdig ist, ich glaube auch nicht, dass die JVP glaubwürdig ist bei einem Thema, wo sie bis vor Kurzem noch gefordert hat, man soll doch jungen Menschen einfach Taxigutscheine geben, weil man braucht keine Nightline. Wir haben schon sehr, sehr oft hier in diesem Gemeinderat auch bei Budgetverhandlungen gesagt, wir wollen nicht nur die Nightline ausbauen, sondern wir wollen sehr wohl auch ein Angebot schaffen, dass es einen 24-Stunden-Öffi-Betrieb gibt. Weil das Öffi-Angebot, das wir jetzt gerade haben, ist sowohl der Jugend als auch der zweitgrößten Stadt in Österreich nicht würdig. Und deswegen können wir zu diesem Antrag eigentlich nur sagen, ja, schön, dass es euch jetzt endlich dringlich vorkommt, aber ein Schnellschuss wird in diesem Bereich sicher niemandem dienen. Wir brauchen ein gescheites Konzept für die jungen Menschen, die Party machen wollen, ein gescheites Konzept für junge Menschen, die sich von A nach B in der Stadt bewegen wollen und wir alle wissen, dass die Nightline derzeit eher zum Party-Hinfahren dient und nicht zum Party-Heimfahren. Und dieses gescheite Konzept, über das werden wir dann beim Inhaltsteil noch reden, aber die Dringlichkeit ist natürlich von unserer Seite gegeben (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat. Die Dringlichkeit sehen wir bei diesem Antrag durchaus gegeben und es freut mich ja durchaus, vom Kollegen Brandstätter hier Lobpreisungen zu hören, dass wir die Freiheit wiedergewonnen haben und dass

die Menschen jetzt wieder in Lokale gehen können und dass sie sich frei bewegen können und alles Mögliche. Das freut mich ja wirklich. Aber dass eine Partei wie die ÖVP, die durchaus christlich-soziale Wurzeln besitzt, sowas von scheinheilig sein kann, das grenzt an einen politischen Skandal und das ist wirklich in dem Punkt auch einmal zu unterstreichen (*Appl.*).

Wie gesagt, bei der Dringlichkeit gehen wir mit, wir sehen auch das Problem, inhaltlich wird der Kollege Pascuttini noch ausführen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Kurz und bündig. Ich habe nicht erwartet, dass es so schnell aus ist. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Klubobmann.

KO GR Dreisiebner:

Nun, da ja doch etwas Schwung in die Sache mit dem Nachtbus, mit der Nightline, gekommen ist, habe ich mir gedacht, ich melde mich doch schon jetzt.

Wie das jetzt genau geht, muss mir noch jemand erklären, ein anderes Mal, also mit hoch/tief (*bezieht sich das auf das höhenverstellbare Rednerpult*).

Der Punkt ist der, wir sehen die Dringlichkeit auch gegeben. Wir haben ja den leisen Verdacht, dass alles, was in den letzten 18 Jahren, wo die ÖVP den Bürgermeister und zumeist, oder eh immer, auch Finanzreferenten gestellt hat, ich glaube, die weibliche Form brauche ich hier nicht, gegen solche Ideen, Anna Robosch ist schon darauf eingegangen, die Nightline auszuweiten, bessere Intervalle zu fordern oder auch den Abendverkehr auszuweiten, wo ich selbst schon einige Anträge gestellt habe, nicht immer positiv darauf reflektiert hat, um nicht zu sagen, eindeutig negativ. Jetzt habt ihr unter Umständen gelesen, das ist die eine Option, dass der Koalitionsvertrag von KPÖ, Grünen und SPÖ die Ausweitung der Nightline vorsieht, dass hier auch eine Verbesserung des bereits ab 18.00 Uhr in Intervallausdünnung gehenden Vorabend- und Abendverkehrs der regulären Straßenbahnen und Buslinien betrifft, dass wir auch

dahingehend einiges vorhaben und das alles prüfen möchten, denn es hat sich, seitdem man das so eingeführt hat, nicht nur das Nachtleben verändert, es hat sich nicht nur der Einzugsbereich junger Menschen, und das wundert mich jetzt gerade bei jemandem, der sagt, er ist von einer Jugendorganisation, der jungen Menschen in Graz verändert, sondern es kommen ja auch aus der Region Menschen nach Graz mit S-Bahnen, die um Mitternacht in Graz ankommen und dann kommt man vom Bahnhof nicht mehr weiter. Es gibt auch Menschen, die spätnachts mit dem Zug wegfahren, mit Railjet irgendwohin, mit Nightjet irgendwohin, oder auch ankommen und es passen die Anknüpfungspunkte nicht mehr. Und früher am Abend ist es so, dass man teilweise noch in der Arbeit ist, und man hat mit einem Viertelstundentakt zu tun, einem sehr guten urbanen Takt und viel später dann wird es natürlich noch dünner und es betrifft das Freizeitverhalten von allen Menschen, nicht nur von jungen Menschen, und es betrifft das Arbeits- und Einkaufs- und Sonst-was-Verhalten bis hin zum sozialen Verhalten, wenn ich Freunde und Freundinnen treffen will. Das ist die eine Geschichte. Das heißt, das ist ein sehr einseitiger, sehr verkürzter Antrag, zu verkürzt aus unserer Sicht. Und zum anderen nehme ich eine Frist von vier Monaten um wirklich diese Dinge genau anschauen zu können, noch dazu in einer Post-Covid-Situation oder Zwischen-Covid-Situation, wir wissen es nicht, wo unter Umständen die Nachtlokale noch nicht so offen haben, wie sie es gehabt haben, wo das Ausgehverhalten unter Umständen etwas anders ist, da sehe ich das etwas wenig ernst, das in vier Monaten erledigt haben zu wollen. Deswegen ein

Abänderungsantrag,

der liegt euch vor, der die Frist bis Februar 2023 einerseits erstreckt und den gesamten Abendverkehr anschauen soll. Der eben diese Fahrplanausdünnung ab 18.00 Uhr bis zum Betriebsschluss sowie aber eben auch diesen Nachtbusverkehr anschauen soll, ob das jetzt zusätzlich zu Freitagen und Samstagen nur der Mittwoch sein oder was anderes auch, das werden wir dann ja alles feststellen und dazu soll es im zuständigen Fachausschuss im Februar einen Bericht geben. Ich hoffe, ihr könnt diesem

Abänderungsantrag, der ja etwas umfassender ist und wahrscheinlich alles gut angeht, auch nahetreten, liebe ÖVP. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

- 1) *Die zuständigen Stellen werden ersucht, bis Februar 2023 zu prüfen, in welcher Form und in welchem Ausmaß der Abendverkehr, beginnend mit der derzeit stattfindenden Fahrplanausdünnung ab 18 Uhr bis Betriebsschluss, im Sinne der Fahrgäste verbessert werden kann und wie dies budgetär darstellbar wäre.*
- 2) *Des Weiteren werden die zuständigen Fachabteilungen und die Graz Linien ersucht, eine Ausweitung des derzeitigen Nachtbus-Angebotes sowohl hinsichtlich einer Verbesserung der Fahrplan-Intervalle und der Angebotsdauer über 2:30 Uhr hinaus als auch hinsichtlich einer Ausweitung des Angebotes auf weitere Wochentage im Sinne der Angebotsverbesserung auf mögliche zusätzliche Fahrgast-Potenziale und auf deren budgetäre Auswirkungen zu prüfen.*
- 3) *Die Ergebnisse und fachlichen Empfehlungen dieser umfassenden Prüfung sollen dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung bis zu dessen Sitzung im Februar 2023 in Form eines schriftlichen Informationsberichtes zur weiteren Diskussion vorgelegt werden.*

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich möchte ganz kurz noch zur Dringlichkeit etwas sagen, und zwar bin ich natürlich voll dafür, werde das auch unterstützen und möchte daran erinnern, Anna, du hast letztes Jahr gekämpft um eine Erweiterung der Öffis am Abend und in der Nacht, also

die Nightline, und ich möchte nur noch einmal daran erinnern, das hat Niko Swatek schon gemacht, vor 2017 hat er sich schon eingesetzt. Niko Swatek war auch immer der Meinung, eine Universitätsstadt braucht auch eine entsprechende Nachtlinie oder Nightline, und darum werde ich der Dringlichkeit zustimmen und natürlich auch dem Stück selbst. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, zum einen danke dir, lieber Martin, für dieses Thema, das betrifft junge Menschen auf alle Fälle, deswegen haben wir hier auch die Dringlichkeit zugestanden und mitgestimmt. Es gibt in Graz durchaus verschiedene Möglichkeiten, nach dem Fortgehen heimzukommen. Ich habe dann auch gerätselt, wie lange die Nightline eigentlich fährt, aber meistens bin ich dann später einfach zu Fuß heimgegangen, dann war es schon hell, oder habe das Taxi genommen. Aber man muss eines dazusagen, der Bedarf außerhalb von Graz der ist sicherlich gegeben, das sagt auch die steirische Kinder- und Jugendanwältin, 14. Mai 2022. Wie das jetzt in Graz ist, das haben wir trotz Recherche nicht herausfinden können und deswegen finde ich den Abänderungsantrag der Grünen ganz vernünftig, dass man einmal über ein dreiviertel Jahr erhebt und dann in einem Jahr dann auch beurteilt. Ich bin bei meiner Recherche auch auf etwas Spannendes gestoßen, ihr habt das ja auch im Juni letzten Jahres schon gefordert. Da hätte man es dann auch umsetzen können, liebe ÖVP, weil da hat die JVP gesagt, sie wird jetzt an den Stadtrat herantreten und das dann umsetzen lassen. Dazu ist es nicht gekommen. Und wenn wir jetzt den Ausführungen Glauben schenken, war das immer wieder eine Idee der SPÖ, ich kenne es aus dem Murtal, da hat das auch durchaus die SPÖ vorangetrieben. Da wollen wir jetzt fair sein, dass wir wirklich sozusagen dem Schmied den Erfolg zugestehen und nicht dem Schmiedl, und werden wir deswegen der genauen Datenerhebung der

Grünen, also diesem Ansatz, folgen und dem Abänderungsantrag zustimmen. Danke
(Appl.).

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben noch ein paar Leute auf der Galerie. In aller Kürze, ich möchte mich beim Martin bedanken für den Antrag. Auch insbesondere aufgrund eines Aspektes, welcher hier noch nicht explizit erwähnt wurde, obwohl er doch in Anbetracht des Übergriffes Anfang dieser Woche, der im Stadtpark stattgefunden hat, schon eine ganz enorme Dringlichkeit auch hat. Weil es natürlich ein zusätzlicher Sicherheitsaspekt ist, wenn man weiß als junge Person oder völlig egal, in welchem Alter, danke, Karl für die Ergänzungen, dass man weiß, dass man natürlich mit dem öffentlichen Verkehr und anderen Personen auch sicher möglichst nah an sein Zuhause kommt. Ich möchte aber auch etwas anderes hier noch erwähnen, mir fehlt noch ein klingender Name dafür, aber derweil heißt die ganze Serie in meiner Denke noch: „Wichtig, aber so wichtig ist es dann auch wieder nicht.“ Das ist eine kleine Serie, die ich jetzt in der aktuellen Koalition beobachtet habe; wir hatten hier ein großartiges Beispiel letzte Gemeinderatssitzung mit der Bezirksdemokratie, wo es dann doch nicht ganz so wichtig ist, richtig zu recherchieren. Wir haben jetzt gerade vorher bei den Radabstellplätzen bei dem dringlichen Antrag von der Frau Clubobfrau Gmeinbauer gesehen, es wäre schon gescheit, aber so dringlich ist es auch wieder nicht. Und auch wenn das schon vorher erwähnt wurde, gehört auch dieser Antrag und das tatsächliche Bekenntnis zu einer Nightline-Offensive genau in diese gleiche Serie. Es wurde auch richtig angesprochen, dass es auch im Koalitionspapier drinnen steht, also gehe ich davon aus, zumindest haben das in den letzten Jahren die anderen Koalitionen an den Tag gelegt, dass natürlich mit Nachdruck an all diesen Dingen, die in einem Koalitionspapier drinnen stehen, auch gearbeitet wird. Das ist offensichtlich nicht der Fall, weil dann würde es nicht für eine totale Überforderung sorgen, wenn man da jetzt eine zeitige Deadline einsetzt. Ich glaube auch, und das möchte ich jetzt einfach so dalassen, dass ja doch die verschiedenen

Büros, beispielsweise von der Frau Vizebürgermeisterin, doch auch recht großzügig besetzt wurden personeller Natur. Und ich glaube, dass all diese Personen, und das würde ich mir wünschen, jetzt nicht auf einer langen Bank eine Sitzgelegenheit suchen, aber die lange Bank gibt es schon, weil da landen sukzessive Anträge, Ideen, die hier eingebracht werden, die einfach dorthin verschoben werden, weil sie zu der Serie gehören, wichtig, aber so wichtig dann auch wieder nicht. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Wertes Gremium. Zunächst vielleicht eine kleine überraschende Ansage. Ich möchte mich beim Kollegen Winter bedanken wegen der sauberen Trennung von Wortmeldung zur Dringlichkeit, die sich darauf beschränkt, und dann zur Sache, wenn es dann um die Sache geht. Das freut mich sehr und das holt mich sehr ab (*Appl.*).

Weil ja oft hier, aber da muss ich mich daran gewöhnen und da muss man auch rasch sein, wie oft ja geht es um die Dringlichkeit und alle reden schon um die Sache, aber wurscht. Ich rede jetzt zur Sache, weil zur Dringlichkeit haben wir ja schon geredet. In der Sache hat mir der Klubobmann Dreisiebner halt die Butter vom Brot genommen, weil wir sind sehr gerne bei dem Abänderer dabei. Für uns geht es halt auch nicht nur um die Jungen, sondern auch um den Karl und mich, die Junggebliebenen, und ein großes Konzept eben auch mit einem umfassenden Konzept, das auch die anderen Verkehrsmittel einbezieht und auch wie man über die Öffis über die Stadtgrenzen denkt und den Zentralraum usw. Ein kleiner Einwand und ein kleiner Zusatzaspekt, den ich hineinbringen will. Wir haben bei der Holding Graz bei den Linien einen akuten Fahrermangel und das ist etwas, was ich anregen würde, was in den Besprechungen auch um die Nightlines natürlich hineinspielen muss. Aber wir sind gerne dabei in abgeänderter Version. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Zum Inhalt ist schon sehr viele gesagt worden. Eines möchte ich hier nur nochmals zum Ausdruck bringen. Wie gesagt, ich glaube, wir wissen alle, dass es diesen Antrag und diesen Ausbau der Öffis und des Mobilitätsangebots braucht, vor allem in den Nachtstunden, vor allem in den Abendstunden, wo das Angebot derzeit einfach dieser großen Stadt und auch dieses großen Einzugsgebietes nicht würdig ist. Dennoch ist es relativ schwierig, finde ich, hier herauszugehen, liebe Anna Hopper, und zu sagen, nach dieser Zeit, in der die Koalition jetzt arbeitet, gibt es schon eine Serie, wo wir Dinge, die wir eigentlich selber auch wollen, nicht ernst nehmen. Ich glaube, das ist ein bisschen verfrüht und auch ein bisschen, ich würde sagen, zu weit gegriffen, vor allem wenn es vor allem deine Fraktion war, die uns fünf Jahre jetzt erklärt hat, was alles nicht dringlich ist, auch diese Dinge. 19 Jahre lang hat die ÖVP diese Stadt regiert und hat auch sehr viele Anträge in Bezug auf Mobilität einfach niedergestimmt. Und dann hier herzugehen und zu sagen, nein, wir wollen jetzt eine Deadline und das soll jetzt schnell, schnell, schnell passieren, ist einfach ein bisschen verquer, wenn man bedenkt, dass es auch nicht sinnvoll wäre, so schnell diesen Schnellschuss zu machen, weil wir alle auch wissen, dass das Mobilitätsverhalten von jungen Menschen und auch anderen Gruppen im Sommer relativ anders ist als im Winter, deswegen befürworten wir auch diese längere Testungs- und Begutachtungsfrist. Du kannst dir ganz, ganz sicher sein, dass diese Koalition dieses Thema wirklich ernst nehmen wird und auch umsetzen wird und nicht so wie die ÖVP zehnmal ankündigen und nie liefern (*Appl.*).

GR Mag. Dr. Kozina:

Ich möchte ganz kurz an die Kollegin Robosch anknüpfen. Also das ist uns wichtig, deswegen haben wir auch der Dringlichkeit zugestimmt und deswegen haben wir da auch einen Abänderer formuliert, der aber angemessen ist. Und er setzt ja nicht keine Deadline, sondern er setzt eine Deadline und zwar in einer angemessenen Frist, wo man jetzt diesen Bedarf erheben kann, wo man auch schauen kann, wie das mit Personal ausschaut, wie das mit Kosten ausschaut in diesem Bereich. Da werden wir

was Gutes finden. Und für alle anderen Punkte, die im Koalitionsprogramm drinnen stehen, ja, da stehen ja durchaus viele Punkte drinnen und das ist gut so, das ist ja auch bis zu einem gewissen Grad mutig, dass man da vieles hineinschreibt, und das fünf Jahre im Prinzip Zeit hat, das soll ja in diesen fünf Jahren abgearbeitet werden und ich bin überzeugt davon, dass wir da bei all diesen Punkten gute Schritte nach vorne machen werden, und abgerechnet wird dann eben nach fünf Jahren. Und ich glaube, da wird das Ganz dann sehr gut ausschauen. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Zunächst einmal danke an den Herrn Kollegen Winter für den Vorwurf der Scheinheiligkeit als politischen Skandal, das ist, glaube ich, aus Ihren Reihen gerade etwas unangebracht. Also vielleicht können wir doch in der Hinsicht auch ein bisschen lernen, dass man eine Verhältnismäßigkeit irgendwie anwendet. Ich möchte grundsätzlich sagen, es kommen jetzt natürlich immer die Erzählungen und das ist natürlich auch das gute Recht, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten passiert ist, geschenkt, das wird immer wieder kommen. Trotzdem ist die Koalition auch damit angetreten, Dinge anders zu machen, und selbstverständlich müssen wir jetzt, das ist unsere Aufgabe, darauf schauen, dass das auch passiert. Und dass das eben jetzt zur Debatte steht, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Sicherheitsaspekt, den die Kollegin Hopper angesprochen hat, überhaupt niemandem anderen eine weitere wirklich gehaltvolle Wortmeldung wert ist, das sagt auch einiges aus, es ist einfach auch ein gewisser Handlungsbedarf gegeben. Das steht natürlich auch einer Planungssicherheit und einer langfristigen Planung vielleicht in manchen Dingen entgegen, aber trotzdem ist die Frage berechtigt. Und es geht um ganz viele Leute. Wir haben gesagt, wir wollen die Stadt als einen belebten, partizipativen belebten Raum anbieten. Das ist, glaube ich, ein Narrativ, das bei ganz vielen Dingen im Zentrum steht, da gehört dazu Sicherheit und gerade für junge Leute, aber auch für alle anderen. Wir haben ja gerade auch über Diskriminierungsrichtlinien gesprochen, dass das möglichst sorgenfrei und ohne Ängste passiert, ist wichtig für die Entwicklung

von jungen Menschen, ist aber auch wichtig dafür, dass Leute sich als Teil einer Gesellschaft sehen können, und dafür ist die Teilnahme am öffentlichen Leben ganz wichtig. Aus diesem Grund hat dieser Antrag selbstverständlich seine Berechtigung. Wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen, aber ich bitte, diese Argumente auch noch einmal zu bedenken. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Oh, Entschuldigung, das Schlusswort, bitte Herr Gemeinderat.

GR Brandstätter:

Das ist der neue Stil, dass man nicht mehr reden darf, alles klar. Vielen lieben Dank, dass ich noch einmal reden darf, es ist mir nämlich ein Anliegen, weil da jetzt einfach Dinge behauptet wurden, die einfach nicht richtig sind. Frau Robosch, ich habe da einen Antrag vor mir liegen, auf dem steht, aus dem November 2017 einstimmig angenommen. Du hast gesagt, dreimal ist weder die Dringlichkeit noch dein Antrag angenommen worden, das ist nicht richtig. Und noch viel mehr, dieser Antrag ist nicht an die schwarz-blaue Regierung gerichtet gewesen, sondern was steht da: Stadträtin Elke Kahr möge Vorschläge ausarbeiten, inwieweit die Grazer Nachtbusse im Sinne der Sicherheit für die Grazerinnen und Grazer ausgeweitet werden können. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen. Wo ist der Bericht? Was ist seitdem passiert? Warum gibt es dieses Konzept nicht (*Appl.*)?

Und vor allem, du sagst, wir brauchen keine Schnellschlüsse. Alles klar, dieser Antrag ist im November 2017 eingereicht worden, deine Frist war bis März 2018. Jetzt frage ich mich schon, jetzt habe ich die Frist extra bis September ausgedehnt, damit man das Konzept, das es ja eigentlich schon geben sollte, sich noch einmal anschauen kann, überarbeiten kann mit neuen Rahmenbedingungen. Und danke, Karl, für deinen Abänderungsantrag, da sind ein paar Punkte drinnen, die wirklich zusätzlich mitbedacht

werden sollen und auch mitbedacht werden können, und dementsprechend werden wir dem auch zustimmen. Aber das heißt nicht, dass man seine Untätigkeit in dieser Regierung damit begründen kann, was alles unter Schwarz-Blau nicht funktioniert hat, vor allem, wenn die eigene Bürgermeisterin, mit der man jetzt in einer Koalition ist, eigentlich damit beauftragt war, dieses Konzept schon längst auszuarbeiten, übrigens ...

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: Das Konzept gibt es schon.*

GR Brandstätter:

... und wo ist das Konzept? Warum braucht das Konzept jetzt bis Februar 2023, wenn es das schon gibt und wenn Sie das schon ausgearbeitet haben?

Ich verstehe das nicht.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Robosch**: Im SharePoint ist es.*

GR Brandstätter:

Ja, dann muss man es doch nur noch mitübernehmen, oder? Also jetzt habe ich ein Regierungsbüro, das so viele Mitarbeiter wie noch nie ein Vizebürgermeister, eine Vizebürgermeisterin vorher hatte. Und was passiert dort? Anscheinend nicht, dass man sich um die Anliegen junger Menschen kümmert. Und das ist ärgerlich, weil keiner kann mir erzählen, dass es nicht möglich ist, wenn es dieses Konzept anscheinend eh schon im SharePoint gibt, sich damit in den nächsten Monaten, am besten eigentlich noch vor dem Sommer, auseinanderzusetzen.

Und vielleicht abschließend, man kann natürlich als Regierungsfraktion die, soweit ich das beurteilen kann, aber vielleicht können wir das nachher noch einmal genauer

erörtern, nicht einmal die Nightline in Ihrem Regierungsprogramm überhaupt in den Mund nimmt, sagen, wir werden das jetzt alles besser machen. Aber darum geht es ja gar nicht; es wird nur darüber geredet, was alles nicht gemacht wurde, um zu verteidigen, warum man selber untätig ist und das ist zu wenig, liebe Regierung. Bitte macht eure Arbeit. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch: (zur Berichtigung)

Lieber Herr Brandstätter, Recherchieren will gelernt sein. Es gibt diesen Informationsbereich im SharePoint abrufbar. Wenn man in die Jahre vor Ihrer Angelobung geht, kann man den dort finden, das Konzept liegt auf der Hand, das Konzept ist auch für das Frauen-Nachttaxi, das war nämlich ein gemeinsamer Antrag Frauen-Nachttaxi und Nightline. Dieses Konzept liegt dort im SharePoint, es hätte 300.000 Euro gekostet in der billigsten Variante. Diese 300.000 Euro hat man in drei schwarz-blauen Budgets nicht gefunden (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich gerne ein Wort sagen zum Büro der Vizebürgermeisterin. Es hat nämlich noch nie im Büro einer Vizebürgermeisterin einen Zuständigkeitsbereich der Vizebürgermeisterin, oder es hat noch nie eine Vizebürgermeisterin gegeben, außer Lisa Rücker damals, aber noch nie so ein großes Ressort gegeben, das besteht nämlich aus sieben Abteilungen, packt fest den ganzen Investitionsrahmen der Stadt Graz. Und dieses Büro mit der Besetzung des vorhergehenden, wo ich eine Referentin für Umwelt und eine für Frauen hatte, ist nicht bewältigbar. Und ich hätte das gerne hier ganz in der Offenheit einmal gesagt, weil das wäre sonst ein Burnout-Zustand für alle Mitarbeiter:innen in meinem Büro, weil die Anforderungen in dem Bereich, wir bekommen es heute mit, wie viele Verkehrsthemen heute im Gemeinderat zum Thema sind, das ist die Arbeit der Mitarbeiter:innen im Büro der Vizebürgermeisterin. Ich möchte das hier nur

festhalten, wenn wir uns auch zum Schutz von Mitarbeiter:innen im Haus Graz einsetzen, dann bitte auch das ernstzunehmen, dass die Menschen sehr viel arbeiten und das bitte auch wertzuschätzen. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Baumpflanzungen auf dem Areal Grazer Schulen (GR Tristan Ammerer, Grüne)

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream und auf der Tribüne. Wir haben eine Klimakrise. Diese Klimakrise trifft uns in der Stadt Graz, in den verbauten Bezirken wie auch in den weniger verbauten ganz besonders hart. Ich brauche wohl niemandem von Ihnen groß darlegen, wie zack die Hitzetage im Hochsommer werden können. Ich brauche wohl auch niemandem von Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir zunehmend mit kleinräumigen Überschwemmungen bei Starkniederschlagsereignissen zu kämpfen haben und diese Klimakrise uns in Graz auch bereits mit voller Wucht trifft. In den kommenden paar Jahren wird erwartet, dass wir in mehreren Jahren die Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad überschreiten. Wie steuern darauf zu, dass das 1,5-Grad-Ziel komplett verfehlt wird und das Einzige, das wir dagegen tun können als Kommune, sind räumliche Maßnahmen, die die Hitze, die die Niederschlagsereignisse auf unserem Gebiet bekämpfen bzw. die Situation verbessern innerhalb der Stadt. In den verbauten Bezirken haben wir zum Teil in Straßenzügen ohne Beschattung Gehsteigtemperaturen um die 60 Grad zu verzeichnen. Ich gehe da selbst immer gerne mit meinem Infrarotthermometer herum und messe. Sie alle kennen wahrscheinlich diese Bilder, die man öfters online sieht, wo die Temperaturen verglichen werden zwischen Asphalt, zwischen Wiese, zwischen

beschatteter Wiese und beschattetem Asphalt. Die Temperaturunterschiede sind im 20-Grad-Bereich. Es ist einfach klar, dass Pflanzungen von Sträuchern und Bäumen die Maßnahmen sind, die der Hitzeentwicklung im städtischen Gebiet irgendetwas entgegensetzen können. Weiters sind sie die wichtigste Maßnahme im Sinne des sogenannten „Schwammstadt“-Prinzips, um Rückhaltevolumen zu bilden, die Überschwemmungen vorbeugen. Die Gewitter werden zunehmend stärker und das Kanalsystem kann das nicht alles auf einmal abführen. Wir brauchen mehr Rückhaltevolumen im Sinne dieses Schwammstadtprinzips, um eben Überschwemmungen und Schäden, die durch die Klimakrise häufiger werden, vorzubeugen. Die Dringlichkeit von einem solchen Antrag ist durch die Klimakrise immer gegeben. Jetzt habe ich mir angeschaut, wie schaut es auf den Arealen Grazer Schulen aus, die relativ große Flächen bis in die Innenstadt eben hinein haben und brauchen, und es gibt eben verschiedenen Schulstandorte, wo es mal weniger, mal mehr Fläche gibt, um eben Baumpflanzungen vorzunehmen. Im Zuge der Recherchen hat sich eine Problematik ein bisschen hervorkristallisiert, weil es gibt Schulen, wo das ganz wunderbar funktioniert, bei anderen Schulen geht das etwas schleppender voran, und oft liegt das daran, dass Unklarheit besteht, wer denn jetzt für Pflege usw. verantwortlich ist. Aus diesem Grund habe ich eben diesen Antrag verfasst, wo ich den Bildungsstadtrat, den geschätzten Kurt Hohensinner, dazu auffordere, dass er sich stark machen möge für eine neue Ordnung dieser Pflegevereinbarungen bzw. sich stark machen möge, dass mehr Bäume gepflanzt werden und eben diese bestehenden Problematiken analysiert und verbessert werden. Ich stelle daher an den Gemeinderat den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, ein Konzept zu erstellen, in dem die Hindernisse und bisherigen Problemstellungen aus Sicht der Schulen benannt und geeignete Maßnahmen definiert werden, um künftig an allen Pflichtschulstandorten

Baum- und Strauchpflanzungen zu ermöglichen. Dem zuständigen Bildungsausschuss soll bis zu seiner Sitzung im Juli 2022 ein Bericht dazu vorgelegt werden. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Mit der zunehmenden Verschärfung der Klimakrise spüren wir auch in Graz immer stärkere Auswirkungen dieses Notstands: Gefährliche Hitzetage werden häufiger, ebenso nehmen Starkniederschlagsereignisse zu, die kleinräumige Überschwemmungen und Schäden verursachen. Die Pflanzung von möglichst vielen Bäumen im Stadtgebiet ist einerseits eine Notwendigkeit um kleinräumige Kühlungseffekte zu erzielen, Flächen, die sich erhitzen zu beschatten, aber auch um im Sinne des „Schwammstadt“-Prinzips Rückhaltevolumen für starke Niederschlagsereignisse zu bilden und der Überschwemmungsgefahr vorzubeugen. Die verschiedenen Grazer Schulstandorten bilden eine beträchtliche Fläche, auf der das Potenzial solcher Pflanzungen noch längst nicht ausgeschöpft ist. An manchen Schulstandorten wurden neue Pflanzungen bereits umgesetzt, an vielen anderen funktioniert dies nur schleppend. Recherchen zufolge liegt dies unter anderem auch an Unklarheiten bezüglich der Pflegevereinbarung dieser Bäume. Derzeit gibt es hierfür keine einheitliche Regelung: An manchen Standorten übernimmt die HOLDING Graz die Pflege, an anderen obliegt dies den Schulwarten. Oft zögern Schulleitungen deshalb solchen Pflanzungen zuzustimmen. Um diese Unklarheit auszuräumen und weitere Baum- und Strauchpflanzungen am Gelände Grazer Schulen zu ermöglichen, ist eine Betreuungsvereinbarung nötig, die die Pflege von Baum- und Strauchstandorten auf Schulgeländen einheitlich regelt.

Daher stelle ich im Namen der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, ein Konzept zu erstellen, in dem die Hindernisse und bisherigen Problemstellungen aus Sicht der Schulen benannt und

geeignete Maßnahmen definiert werden, um künftig an allen Pflichtschulstandorten Baum- und Strauchpflanzungen zu ermöglichen. Dem zuständigen Bildungsausschuss soll bis zu seiner Sitzung im Juli 2022 ein Bericht dazu vorgelegt werden.

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Und jetzt sage ich etwas überspitzt, es handelt sich offenbar um einen Hilferuf der zuständigen Vizebürgermeisterin über den Klub. Ein sehr sinnvolles Projekt, nämlich die Begrünung von Schulstandorten, wo es offensichtlich am Budget hapern könnte, denn es gibt ja ein großartiges Projekt, ich werde es dann noch einmal im Detail jetzt vorstellen, gerade wird auch ein Projekt fertig, das federführend von der Abteilung Grünraum betreut wurde und rund 130 Bäume sowie 100 Sträucher an Schulen gebracht wurden und dort auch gepflanzt werden. Ich darf mich hier auch ausdrücklich bei allen Beteiligten, insbesondere beim Abteilungsvorstand Robert Wiener für den Grünraum und Peter Bohn mit Team, aber natürlich auch beim Geschäftsbereichsleiter Winfried Ranz aus der ABI und den Kollegen im ABI bedanken, die hier hervorragend gearbeitet haben, es gibt also ein Projekt, das hier bereits umgesetzt wird. Derzeit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist ein Folgeprojekt geplant und deshalb auch sozusagen die Verbindung zur Finanzierung. Denn wie im Motivenbericht durchaus richtig festgestellt wurde, gibt es natürlich nach wie vor viele Schulen und Kindergärten, also nicht nur Schulen, sondern auch Kindergärten, die entsprechende Pflanzungen bekommen könnten. Wir wissen, dass dies dank der Vorarbeit der ABI, die vor eineinhalb Jahren in etwa alle Bildungseinrichtungen eingeschätzt hat und festgelegt hat, wo noch Potenzial für weitere Begrünung ist. Offensichtlich kann sich die Abteilung Grünraum und die Vizebürgermeisterin bei den Budgetverhandlungen nicht unbedingt durchsetzen und seitens des Finanzstadtrates wird allenfalls zu wenig Geld zur Verfügung stellt, dieses Projekt, das ja schon vorhanden ist, umzusetzen. Worum geht es jetzt konkret? Derzeit werden Kosten und Folgekosten von der Abteilung für

Grünraum und Gewässer für das Folgeprojekt erhoben, da braucht man nur dort nachfragen, diese beauftragen dazu im Vorfeld einen Landschaftsplaner, federführend ist, wie gesagt, die Abteilung Grünraum. Natürlich, jedes Projekt verursacht Folgekosten, das heißt, laufende Kosten, diese sollten natürlich auch budgetär bedeckt werden. Wenn die Baumpflege daher nicht gesichert ist, ganz gleich, welche Abteilung dann das macht, fehlt diese budgetäre Bedeckung und darauf wird im Antrag hingewiesen, im schlimmsten Fall kann dann das Projekt als Ganzes nicht fortgesetzt werden. Es ist schon etwas skurril, dass sozusagen ein Konzept von einer Abteilung, von Abteilungen zu erstellen ist, und dann im Bildungsausschuss hier sozusagen dieses Konzept beurteilt werden sollte. Also das ist etwas, aus meiner Sicht, skurril. Es gibt bereits ein entsprechendes Projekt, das sukzessive umgesetzt wird, es fehlt eigentlich die budgetäre Bedeckung insbesondere der Investition, aber auch natürlich die ganz klare Festlegung, wie die Folgekosten der Pflege, die notwendig ist, das hast du ja vollkommen richtig angesprochen, dann bewerkstelligt werden soll. Wir werden also der Dringlichkeit zustimmen, beim Inhalt sind wir sehr skeptisch (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.15 Uhr).

GR Ammerer:

Als abschließende Worte zur Dringlichkeit kann ich nur wieder auf die Tatsache der Klimakrise hinweisen. Es erfordert weitreichende Maßnahmen in allen Bereichen, in allen kommunalen Bereichen, und die Bildungsstandorte und Betreuungsstandorte für die wir als Schulerhalter, als Stadt zuständig sind, bilden einen Punkt, wo wir eben kleinräumige Kühlungseffekte erzielen können, die das Stadtklima maßgeblich kühlen können, die einen positiven Effekt haben können. Ich glaube, ich brauche zur Dringlichkeit deshalb nicht mehr viel sagen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Antragsteller. Danke für das Thematisieren dieses wichtigen Bereichs. Wir brauchen Bäume und Sträucher, dass wir auch was gegen den Klimawandel tun, aber auch etwas, es hat ja auch einen pädagogischen Effekt, wenn die Kinder erleben, wie sich Bäume und Sträucher in einer Schule entwickeln. Allerdings genügt es nicht, den Baum zu pflanzen, der muss auch gepflegt werden. Und wir können nicht jedem Lehrer zwei Gießkannen und eine Gartenschere geben, damit er regelmäßig gießt und die Bäume beschneidet. Das heißt, da brauche ich die budgetäre Bedeckung, dass z.B. seitens der Holding diese Baumpflege erfolgt. Schön, dass wir jetzt über ein paar 100 Bäume und Sträucher reden im Schul- und auch im Kindergartenbereich, möchte aber auch erinnern, dass unser Herr Familienstadtrat Kurt Hohensinner mit unserem geschätzten langjährigen Bürgermeister Siegfried Nagl seinerzeit umgesetzt hat, was eine großartige Idee des Kinderbüros war, und zwar, dass für jedes Neugeborene Kind in dieser Stadt ein Baum gepflanzt wird. Das ist keine Pflanzerei, das ist umgesetzt worden, und zwar sehr rasch. Jedes Jahr werden da über 3.000 Bäume in der Stadt gepflanzt und erinnern daran, dass wir eine pulsierende junge Stadt sind. Aber zum gegenständlichen Antrag, wie auch vom Kollegen Topf schon angemerkt, bestehen wirklich Bedenken, vor allem, was die Finanzierung betrifft der Pflege der Bäume und Sträucher, da ist noch nach zu justieren, deswegen werden wir jetzt in dieser Form dem Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörende im Livestream, ich habe gerade geschaut, oben sind leider nicht mehr so viele. Ich möchte vorweg nur auf deinen Vorschlag eingehen, liebe Gemeinderätin Potzinger. Ich finde das gar nicht so blöd zwei Gießkannen und eine Gartenschere, am Anfang sind die relativ klein, das hätte einen pädagogischen Mehrwert, wenn die Kinder darüber was lernen und beherrschbar wäre es auch noch. Sei es drum, ich glaube, ganz so durchsetzen werden

wir es nicht. Ich möchte trotzdem noch einiges, wir haben schon viel geredet über Klimaziele, über Erwärmung, ich komme von der Technik, Zahlen sind mir nicht ganz fremd, deswegen möchte ich auch noch nebenbei sagen, dass wir auch eine Tonne CO₂ mit 80 Bäumen sparen würden; heißt also, wenn wir 80 gesetzt haben, hätten wir das im ersten Jahr auch schon drinnen. Das zeigt, wie wirkungsvoll solche Initiativen sind, nicht nur sein können. Und losgelöst davon, glaube ich, ist es ein unglaublich wertvolles Erlebnis, Bäume zu haben am Schulgelände, abgesehen davon, dass man sie theoretisch hochkraxeln könnte, wenn die eine oder andere Pädagogin nicht jetzt sofort Alarm schreien würde, dass man das natürlich im schulischen Kontext eher schwerer durchsetzen könnte. Nichtsdestotrotz, wie du auch schon gesagt hast, am Baum den Jahreskreis zu beobachten, davon zu lernen, wie sich der entwickelt, wie sich der verändert, hat sehr, sehr viel Mehrwert für unsere Kinder, für unsere Pädagog:innen. Und auch das Erlebnis, im Schatten zu sitzen, hat nicht nur einen Schönheitswert, es ist nicht nur toll, dort mit seinen Freund:innen spielen zu können, es ist nicht nur super, eine Unterrichtsstunde im Freien zu haben, sondern es ist auch manchmal wesentlich kühler. Und deswegen absolut ja von unserer Seite zum Inhalt, und ich freue mich darauf, dann auf den Schulgeländen, vor allem auf dem meiner Tochter, den einen oder anderen Baum auch persönlich zu gießen, das würde ich machen, und freue mich, die wachsen zu sehen. Danke (*Appl.*).

GR Ammerer:

Ja, Herr Kollege Topf, die Abteilung hat bereits ein Projekt am Laufen, das habe ich mir angeschaut, und mich auch damit auseinandergesetzt. Wo hapert es denn jetzt noch und wie kann man dieses Projekt möglichst gut weiterführen und ausbauen? Eben diese nicht vereinheitliche Regelung der Pflege ist das, woran es hapert und das ist auch das Ziel meines Antrages, eine Vereinheitlichung hier zu erreichen, die dafür sorgen kann, dass dieses erfolgreiche Projekt, das die Abteilung, die zuständig ist, sehr gut führt und ausgearbeitet hat, weiter ausgebaut werden kann. Denn aktuell zögern halt gewisse Schulleitungen, solchen Pflanzungen zuzustimmen, solange nicht klar ist,

wer zuständig ist für den Erhalt und die Pflege dieser Bäume bzw. man hat ja auf Schulgeländen natürlich auch diverse Sportplätze usw., dass die halt vom Laub befreit werden, weil sonst kann man nichts darauf machen, weil es gefährlich ist, im Herbst auf nassem Laub zu spielen. Diese Pflege, die gehört vereinheitlicht und da braucht es eine klare Vorgabe, wer denn jetzt zuständig ist. Weil solange eben Schulleitungen zögern, solchen Pflanzungen auf ihrem Gelände zuzustimmen, solange gibt es auch etwas zu verbessern. Nicht mehr und nicht weniger hat dieser Antrag halt zum Ziel, hier eine Verbesserung zu erreichen, damit dieses gute und erfolgreiche Projekt möglichst überall durchgeführt werden kann. Es sorgt auch dafür, die Kollegin hat es eh angesprochen, dass wir wesentlich mehr Aufenthaltsqualität auf Schulgeländen haben, denn, ich glaube, ich brauche Ihnen nicht erklären, wenn man sich bei 38 Grad auf eine kahle Wiese stellt, ist es nicht angenehm, es braucht eine Beschattung und diese Beschattung geht nur über Bäume. Es geht natürlich auch um budgetäre Bedeckung, das wird natürlich auch eine Rolle spielen müssen, so wie bei allen Maßnahmen, die wir im Gemeinderat beschließen, kostet soweit etwas. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen, das ist das Wesen von unseren Beschlüssen hier, dass das meiste etwas kostet. Also ich glaube, bis auf die Petitionen muss man sich immer irgendwie auch budgetär der Sache widmen. Derzeit haben wir ein Patchwork der Regelung der Zuständigkeiten, dieses Patchwork sollten wir vereinheitlichen und in eine klare Regelung einbinden, und ich bitte um große Zustimmung zu diesem Antrag. Wir wollen die Aufenthaltsqualität für Kinder, für Jugendliche auf ihrem Schulgelände, wo sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringen, verbessern, und das Stadtklima ebenso. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

**8.5 Initiative FlagIncluded
(GRⁱⁿ Anna Slama, Grüne)**

GRⁱⁿ Slama:

Liebe alle eigentlich, auch liebe Zuseherinnen und Zuseher. Willkommen zu meinem zweiten Antrag. Es geht, wie man an meinem Outfit schon ein bisschen erkennen kann, um das Thema LGBTQI. Seit über 40 Jahren feiern wir im Juni den Pride Month, einen Monat, in dem es um die Sichtbarkeit der queeren Community und das Aufzeigen von bestehenden Missständen geht. Auch wenn wir uns als Gesellschaft schon um einiges weiterentwickelt haben in der Thematik, gehören leider Diskriminierungen für queere Personen immer noch zum Alltag. Vor allem in der Jugend können solche Erfahrungen schwerwiegende Folgen haben, denn obwohl meistens gehandelt wird, als wäre sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität ein Erwachsenenthema, so trifft es in Wirklichkeit doch sehr viel früher zu für queere Menschen. Die Mehrheit hat ihr Coming-Out zwischen 15 und 21, also schon in der Schulzeit ist das ein riesiges Thema und kann zu vielen Diskriminierungen führen, leider. Damit sind wir eigentlich schon bei einem Problem, das wir hier versuchen zu lösen. Und zwar die European LGBTQ-Studie hat ergeben, dass 2012 noch der queeren Jugendlichen in Österreich angegeben haben oder Geschlechtsidentität in der Schule durchgehend oder sehr oft zu verstecken. Auch 2020 gab jede und jeder fünfte queere Jugendliche an, innerhalb des letzten Jahres Diskriminierung in der Schule erfahren zu haben. Ein Grund dafür ist die starke Hetero- und Cis-Normativität. Das bedeutet, dass von vorneherein von einer heterosexuellen Orientierung und einer Cis-Identität, für all, die das nicht wissen, das heißt bei dem Zutreffen, dass vom bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht ausgegangen wird, und das nicht nur von den meisten Schüler:innen, sondern auch von Lehrkörpern. Damit spiegelt sich leider auch ein bisschen die Einstellung unserer Gesellschaft wider. Dass der Umgang mit dem Thema LGBTQI an den Schulen nicht wichtig genug genommen wird, leider, hängt mit der Unsichtbarkeit queerer Schüler:innen und Lehrkräfte im Alltag zusammen. Ein Umfeld, das queere Menschen einfach übersieht, erschwert die Akzeptanz der eigenen Identität und ein mögliches

Coming-Out. Es braucht Rückhalt und Offenheit der Schulen und das fängt bei einer klaren und sichtbaren Positionierung gegen Diskriminierung an. Die Initiative FlagIncluded hat sich genau dieses Problem als Thema gesetzt. Sie wurde von Schülerinnen und Schülern ins Leben gerufen und soll durch die Beflaggung von Schulen mit Regenbogenfahnen ein sichtbares Zeichen setzen, zusätzlich werden natürlich die teilnehmenden Einrichtungen mit Auslegematerial ausgestattet und über weiterführende Maßnahmen und Projekte, beispielsweise Schulworkshops und Weiterbildungen, informiert. Seit Beginn des Projektes 2020, also vor fast zwei Jahren, konnten schon 80 Schulen in und um Wien bunter gemacht werden. Anlässlich des kommenden Pride Month wird es höchste Zeit, auch an den Grazer Schulen ein sichtbares Zeichen zu setzen. Für nicht queere Menschen geht es hier vielleicht um eine Fahne, die halt vor einer Schule steht, aber für queere Schülerinnen und Schüler kann das wirklich ein Unterschied wie Tag und Nacht sein, die Regenbogenflagge steht seit 40 Jahren als Symbol für weltweite Gleichberechtigung und Akzeptanz von Menschen, die sich nicht mit den Normen rund um die traditionellen Rollen von Männern und Frauen identifizieren oder eine andere Sexualität leben als die Heterosexualität. Sie ist ein klares Bekenntnis der Institution zu Toleranz und Inklusion. Sie versichert den Betroffenen, dass die Schule auf ihrer Seite steht und dass sie Unterstützung finden werden. Denn erst, wenn sich die Schule als Verbündete präsentiert, gibt es Kindern und Jugendlichen die Sicherheit, sie selbst sein zu können und zu zeigen, wer sie wirklich sind.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG und angesichts des kommenden Pride-Months folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, ein Konzept zur Kooperation mit der Initiative FlagIncluded zu erstellen. Ziel soll sein, Schulen am Standort Graz Regenbogenfahnen für das Schulgelände zur Verfügung zu stellen. Das Konzept soll auch Formen der Bewerbung des Projektes beinhalten, um Grazer Schulen

bestmöglich zu erreichen. Im Zuge dieser Bewerbung sollen die Schulen auch über weiterführende Angebote, etwa die kostenlosen Schulworkshops, informiert werden.

- 2.) Das Konzept soll bis September 2022 dem Bildungsausschuss zur Information und Diskussion vorgelegt werden.

Ich bitte um rege Zustimmung (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit über 40 Jahren feiern wir im Juni den Pride Month, ein Monat, in dem es um die Sichtbarkeit der queeren Community und das Aufzeigen von bestehenden Missständen geht. Auch wenn wir uns als Gesellschaft schon um einiges weiterentwickelt haben, gehören Diskriminierungen für viele LGBTQI-Personen immer noch zum Alltag. Vor allem in der Jugend können solche Erfahrungen schwerwiegende Folgen haben. 2012 gaben 68 % der queeren Jugendlichen in Österreich an, ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität in der Schule oft oder durchgehend zu verstecken. (FRA, EU LGBT survey, 2012) 2020 gab jede:r fünfte offen queere Jugendlichen an, innerhalb des letzten Jahres Diskriminierung in der Schule erfahren zu haben. Mit ein Grund dafür ist die starke Hetero- und Cis-Normativität. Das bedeutet, dass von vornherein von einer heterosexuellen Orientierung und einer Cis-Identität, dem Zutreffen des bei Geburt zugeschriebenen Geschlechts, ausgegangen wird. Nicht nur von anderen Schüler:innen, sondern auch von vielen Lehrer:innen. Dass der Umgang mit dem Thema LGBTQI an den Schulen nicht wichtig genug genommen wird, hängt mit der „Unsichtbarkeit“ queerer Schüler:innen (und Lehrkräfte) im Schulalltag zusammen. Ein Umfeld, das queere Menschen einfach übersieht, erschwert die Akzeptanz der eigenen Identität und ein mögliches Coming-Out. Es braucht Rückhalt und Offenheit der Schulen und das fängt bei einer klaren Positionierung gegen Diskriminierung an. Die Initiative FlagIncluded (<https://flagincluded.at/>) setzt an diesem Punkt an. Von Schüler:innen ins

Leben gerufen, soll durch die Beflaggung von Schulen mit Regenbogenfahnen ein sichtbares Zeichen gesetzt werden. Zusätzlich werden die teilnehmenden Einrichtungen über weiterführende Maßnahmen und Projekte, etwa Schulworkshops, informiert und Info-Broschüren für Schüler:innen bereitgestellt. So konnten seit Beginn des Projektes 2020 schon knapp 80 Schulen in und um Wien bunter gemacht werden. Anlässlich des kommenden Pride Month wird es höchste Zeit, auch an den Grazer Schulen ein sichtbares Zeichen zu setzen. Queere Sichtbarkeit ist der beste Weg, um allen Schüler:innen kompromisslose Selbstakzeptanz zu vermitteln. – Auszug FlagIncluded Projektbeschreibung Die Regenbogenflagge steht seit mehr als 40 Jahren als Symbol für weltweite Gleichberechtigung und Akzeptanz von Menschen, die sich nicht mit den Normen rund um die traditionellen Rollen von Männern und Frauen identifizieren oder eine andere Sexualität leben als die Heterosexualität. Sie ist ein klares Bekenntnis der Institution zu Toleranz und Inklusion. Denn wenn sich die Schule als Verbündete präsentiert, gibt es Kindern und Jugendlichen die Sicherheit, sie selbst sein zu können und zu zeigen wer sie wirklich sind.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, ein Konzept zur Kooperation mit der Initiative FlagIncluded zu erstellen. Ziel soll sein, Schulen am Standort Graz Regenbogenfahnen für das Schulgelände zur Verfügung zu stellen. Das Konzept soll auch Formen der Bewerbung des Projektes beinhalten, um Grazer Schulen bestmöglich zu erreichen. Im Zuge dieser Bewerbung sollen die Schulen auch über weiterführende Angebote, etwa die kostenlosen Schulworkshops, informiert werden.*
- 2.) Das Konzept soll bis September 2022 dem Bildungsausschuss zur Information und Diskussion vorgelegt werden.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Kollegin Slama. Manchmal fragt man sich wirklich, in was für einer kruden ideologischen Blase Sie eigentlich leben. In dieser Blase kann es scheinbar nur um Regenbogenfahnen, Gendersternchen und irgendwelche Binnen-I-Varianten gehen, aber mit der großen Realität der meisten Menschen in dieser Stadt hat dieser Antrag einfach nichts zu tun.

Und diesen Antrag in Zeiten wie diesen, nämlich von Teuerung, von Inflation, von einem Krieg mitten in Europa als dringlich zu bezeichnen, ist einfach nur mehr eine Verhöhnung der großen Mehrheit der Bevölkerung, und auch deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen (*Appl.*).

Wir lehnen ihn aber auch aus inhaltlichen Gründen ab, diese permanente Tendenz von linken Ideologen, dass Private ...

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner:** Zur Dringlichkeit. Wir sind noch bei der Dringlichkeit.*

GR Mag. **Winter:**

... geh, bitte den Sprechdurchfall einstellen, Herr Kollege. Frau Vorsitzende, bitte, bremsen Sie ihn ein.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Er sagt eh nichts mehr.

GR Mag. **Winter:**

Ok, gut, versuchen wir es erneut. Vielleicht halten Sie es dann durch, Herr Kollege Pointner, aber einen Versuch ist es wert. Diese permanente Tendenz von linken Ideologen, dieses Private, nämlich die sexuelle Orientierung von Menschen, zu einem

öffentlichen Thema zu machen, und seien wir froh, dass wir in einem Land leben, wo eine vollumfängliche rechtliche Gleichstellung von den Menschen gegeben ist, unabhängig von der sexuellen Orientierung, und seien wir froh, dass wir alle ein Privatleben führen, wo sich der Staat nicht einmischt. Und genau diese Trennung zwischen Privatleben und öffentlichem Leben ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor, und Sie wollen mit solchen Anträgen genau das Gegenteil erreichen, nämlich dass das Privatleben permanent zu einem öffentlichen Thema erklärt wird, und bei diesem Antrag gehen wir auch deswegen nicht mit. Für uns steht natürlich im Zentrum die traditionelle Familie, ja, bestehend aus Mann und Frau. Und, keine Frage, ich unterstelle Ihnen hier auch, dass es Ihnen bei diesen Workshops, die Sie einführen wollen, gar nicht darum geht, die Diskriminierung dieser Queer-Angehörigen hier aufzuheben. Es geht Ihnen um etwas ganz, ganz anderes. Es geht Ihnen darum, die traditionelle Familie zu verunglimpfen, madig zu machen, und auch diesbezüglich lehnen wir den Antrag natürlich ab. Aber am Schluss meiner Ausführungen habe ich noch einen kleinen Tipp für die Kollegin Slama. Und das wäre ein Tipp, wie sie den morgigen Tag verbringen kann. Sie spricht ja in ihrem Antrag das Thema Hetero-Normativität an, und dass sie dieses Thema noch nicht intellektuell voll behirnt hat, beweist der Antrag an sich, und morgen ist ein ganz, ganz wichtiger Tag, nämlich der Weltbienentag, und vielleicht kann die Kollegin dann ein bisschen nachdenken über Bienen, über Blumen und über Bestäubung und kann sich dann vielleicht dem Thema etwas infantiler nähern und möglicherweise dann hier auch etwas Sinnvolles mitnehmen. Ich bedanke mich (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Herr Gemeinderat Winter, es ist Ihnen völlig unbenommen, Ihre Meinung zu äußern, das ist klar, jeder kann die Sicht so oder so haben. Abgesehen davon, dass die gesellschaftliche Gleichberechtigung auch nicht vom Himmel gefallen ist, sondern auch erkämpft wurde, aber um was ich Sie bitten würde, nicht irgendeiner Kollegin oder

einem Kollegen irgendwelche intellektuellen, also das ist einfach eine Unterstellung, wo ich Sie bitte, das zurückzunehmen, bitte. Das gilt für jeden.

GR Mag. Winter:

Werte Frau Bürgermeisterin, gemäß § 24 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung sind Sie berechtigt, mir einen Ordnungsruf zu erteilen, aber von einer Moralpredigt steht da relativ wenig drinnen. Also bitte, was soll das werden (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Das war ein Ordnungsruf, das würde ich auch machen, wenn Ihnen gegenüber jemand in der gleichen Weise argumentieren würde, und insofern ist das ein Ordnungsruf gewesen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte das jetzt mit keiner Wortspende kommentieren, das ist es nicht wert. Das ist immer wieder faszinierend, wie es der Herr Kollege Winter schafft, glaube ich, die Gesamtheit, bis auf ganz wenige, in einem Raum so zu einen (*Appl.*).

Ich möchte mich zu einem aus meiner Sicht sehr wichtigen und sehr sensiblen Thema zuallererst bei der Anna bedanken für den Antrag. Ich glaube, wir sind uns komplett einig, dass, wenn es um Sensibilisierung geht und um Sicherheit für die verschiedensten Communitys in unserer Stadt geht, der wichtigste Punkt auch Offenheit, Bildung und Aufklärung ist. Das sind nämlich die wesentlichen Punkte, und ich glaube, das eint uns auf alle Fälle. Und ich glaube auch, dass wir sehr, sehr stolz sein können, dass wir als Menschenrechtsstadt hier in Graz einen Vorsprung eigentlich österreichweit haben gerade im Bereich der Sensibilisierung, gerade in dem Know-how, das wir in Graz haben im Bereich der Sensibilisierung für die queere

Community und die Anliegen der Community. Ich glaube, wir können auch sehr, sehr stolz darauf sein, und da möchte ich mich auch beim Kurt Hohensinner bedanken, dass wir in Reaktion auf den islamistischen Anschlag auf die Synagoge und auch auf das Vereinslokal der RosaLila PanterInnen im vergangenen Jahr im April auch gleich das Budget aufgestockt haben, um die Schulworkshops, ich bin mir nicht sicher, ob du die angesprochen hast, über die Schulworkshops tatsächlich die Finanzierung auch zu sichern, sodass mehr davon angeboten werden können. Weil das ist aus unserer Sicht der wahre Schlüssel, wenn es um Sensibilisierung geht, dass wirklich auch im Diskurs in den Schulen und in den verschiedensten Bildungseinrichtungen auch da wirklich angesetzt werden kann. Wo wir uns nicht unbedingt einig sind, und das sagen auch unsere Expertinnen und Experten in Graz, ist, dass eine Flagge alleine vielleicht die Sichtbarkeit erhöht, und da bin ich auch voll bei dir, aber eine Flagge alleine auf gar keinen Fall die Akzeptanz oder das Sicherheitsgefühl für die Community tatsächlich auch irgendwo verbessert oder optimiert. Und deswegen sagen wir ganz klar, und das möchte ich noch einmal wiederholen, wir sind dafür, dass es eine ganz professionelle und auch von Professionisten betriebene Sensibilisierung gibt in den Schulen. Wieso ist uns das so wichtig? Weil wir auch ganz klar davon überzeugt sind, dass die adäquate Schulstufe, der taktische Zugang zu dieser Sensibilisierung, da sind wir keine Expertinnen und Experten, und ich glaube, da sind wir uns auch einig, und das gehört deswegen den Kolleginnen und Kollegen überlassen, die sich darin besser auskennen als wir beide. Die RosaLila PanterInnen haben in Österreich eine Vorreiterrolle und auf das können wir extrem stolz sein, weil sie das genau so angehen, und deswegen war es auch für uns selbstverständlich im vergangenen Jahr, dass wir hier die budgetären Mittel erhöhen, um mehr Schulen zu ermöglichen, diese Workshops für ihre Schülerinnen und Schüler bereitzustellen. Wir haben darüber hinaus auch versucht, Community mit migrantischem Hintergrund zu erreichen, was, glaube ich, auch ein wesentlicher Punkt ist, weil da natürlich Weltanschauungen dabei sind, die wahrscheinlich eher nicht mit der Mehrheit hier übereinstimmen, sondern wahrscheinlich eher auch wo angesiedelt sind, wo wie vorher schon eine wertvolle Wortmeldung gehört haben. Dennoch, und deswegen sind wir auch in der Dringlichkeit

hier nicht darüber, aber wir glaube, dass es dieses Angebot gibt und dass wir diese Expertinnen und Experten bereits in Graz haben. Darüber hinaus sind wir als Stadt Graz hauptsächlich Schulerhalter und das ist etwas, wo wir bei der Beflagung eine etwas problematische Situation sehen, weil das natürlich eigentlich nicht in der Zuständigkeit explizit der Bildungsabteilung ist. Aber, und da sind wir auch immer offen für Gespräche, wir informieren gerne über die Zuständigkeiten. Also, liebe Anna, bitte einfach entweder im Büro vom Kurt oder bei irgendeinem Mitarbeiter oder auch in der Abteilung nachfragen, damit wir auch wissen, wer eigentlich was bei uns machen darf. Aus diesem Grund, wie gesagt, ist es eigentlich nicht dringlich, weil wir ein sehr umfangreiches Angebot bei uns in Graz bereits haben, das auch intensiviert gefördert ist, und da, glaube ich, seid ihr als aktuelle Koalition sicher auch dahinter. Vielleicht zur Dringlichkeit, und da möchte ich die gedrückte Stimmung eigentlich noch ein bisschen aufbessern, vielleicht zur Chronologie auch ganz kurz noch. Mir ist schon klar, dass dieser Antrag jetzt vor dem Pride-Month extrem wichtig ist, mit der Timeline bis zum September ein entsprechendes Projektkonzept fertigzustellen und dann im September darüber zu reden, was wir im nächsten Jahr im Juni machen, das ist ein bisschen skurril. Das ist ein bisschen so, also würde der Pfarrverband in Ragnitz im Februar anfangen mit seiner Kinderkrippenfeier, also von der Timeline her würde ich tatsächlich noch einmal überlegen. Es ist auf alle Fälle eine wichtige Angelegenheit aus unserer Sicht, allerdings nicht dringlich, weil es das schon gibt. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollege, auch wenn es hier noch um das Beispiel mit dem Vorkindergarten oder irgendwie einem Krippenfest geht, das ich auch nicht ganz verstanden habe, aber nichtsdestotrotz, egal wann ein Pfarrkindergarten ein Fest feiert oder nicht, der Pride-Month ist jedes Jahr und ich habe bewusst ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Hopper: Ich erkläre dir das noch einmal.

GRⁱⁿ Robosch:

Ja bitte, ich bin sehr gespannt auf den Jahreskreis. Nichtsdestotrotz ist der Pride-Month jedes Jahr und er wurde auch schon sehr, sehr oft hier im Gemeinderat thematisiert, deswegen, danke liebe Anna, dass du dieses Thema auch dieses Jahr wieder aufgreifst und zum Thema mit einem Antrag machst. Ich habe bewusst jetzt gerade gewartet auf die Wortmeldung der ÖVP, weil ich sehr gespannt darüber war, was dieses Mal quasi die Argumentation sein wird. Und allem vorweg möchte ich auch dir, Anna, danken für die Distanzierung von einer gewissen Wortmeldung von der FPÖ. Ich glaube, diese Einheit gegen diese Wortmeldung ist wirklich berechtigt, und danke dafür für diese Distanzierung. Nichtsdestotrotz werden die Argumentationen, warum gewisse Sichtbarkeitsaktionen, symbolische Aktionen in Bezug auf LGBTIQ und ein Einbezug der Regenbogenfahne nicht dringlich seien, sie werden immer, immer origineller, finde ich. Du hast davon gesprochen, dass wir einen Vorsprung hätten in Österreich, was die LGBTI-Bewegung angeht, und dann vom Engagement der RosaLila PanterInnen oder anderen Vereinen gesprochen, und dem möchte ich mich natürlich anschließen. Wir haben eine großartige Community, wir haben großartige Vereine, die sich in der Community für die Sensibilisierungsarbeit engagieren. Nichtsdestotrotz haben diese Vereine und auch diese Community 19 Jahre lang ihre Arbeit verrichtet, während kein einziges Mal von der offiziellen Seite der Stadt Graz, von der offiziellen Seite dieser Menschenrechtsstadt kein einziges Mal ein sichtbares Zeichen gesetzt wurde für die Akzeptanz von LGBTI-Personen, kein einziges Mal. Alle Versuche in diese Richtung ein sichtbares Zeichen zu setzen mit einer Regenbogenfahne, mit einem Regenbogenbankerl, mit was auch immer, wurden in den letzten fünf Jahren, von denen ich sprechen kann, von mehreren Fraktionen hier schon gestellt, den Neos, der SPÖ, den Grünen. All diese Sichtbarkeitsaktionen, all diese Sensibilisierungsaktionen wurden vor allem von der ÖVP leider nicht angenommen und das ist schade, weil wir finden, dass es auch heute noch sehr, sehr notwendig wäre, nicht nur im Schulbereich, sondern generell als Stadt Graz ein Zeichen zu setzen dafür, dass die Stadt Graz sich bekennt. Und zu was soll sich die Stadt Graz bekennen? Zu nichts anderem als zu sagen: Wir akzeptieren euch so wie ihr seid, wir,

die Stadt Graz, lieben euch, egal wen ihr liebt. Und ich glaube, dieses Bekenntnis ist nicht zu viel verlangt. Ich glaube, dieses Bekenntnis wäre dringlich. Ich glaube, dass die Schulworkshops sehr wohl schon stattfinden, und das ist auch gut, aber um dieses Bekenntnis mit einer Regenbogenfahne sichtbar zu machen, wo die Stadt Graz in dieser Sache, wo die Menschenrechtsstadt in dieser Sache steht, das wäre dringlich (*Appl.*).

GRⁱⁿ Slama:

Nur ein paar Richtigstellungen, würde ich jetzt einmal sagen. Und zwar, Frau Hopper, ja, diese Schulworkshops, ganz genau. Außerdem natürlich Sichtbarkeit und Thematisierung macht einen sehr großen Unterschied. Und wie schon im Motiventext beschrieben, werden die Schulen ja auch von der Initiative dann weiterbegleitet zu weiterführenden Maßnahmen wie z.B. zu besagten Schulworkshops von den RosaLila PanterInnen. Und, Herr Winter, ich glaube, hätte Ihre Schule einen Regenbogen gehabt, wären Sie jetzt weniger ungut (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Die LGBTAQI-Community wurde jahrhundertlang und bis vor sehr kurzer Zeit massiv diskriminiert, auch bekämpft von politischer Seite. Es muss klar sein, dass wenn wir jetzt diesen Zeitenwechsel hinter uns bringen und durchführen, wo die LGBTIQ-Community akzeptiert ist, nicht diskriminiert wird und nicht politisch bekämpft wird von regierender Seite, dass wir ein Zeichen setzen, diese Akzeptanz auch offen zu zeigen. Nichts anderes haben sich diese Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt verdient, dass die Stadt Graz zeigt, dass sie sie akzeptiert, dass sie sie annimmt und dass sie Teil von ihr sind, denn das sind sie. Und ich möchte schon in aller Deutlichkeit eine Sache festhalten, Herr Kollege Winter, Sie sind jetzt in den

letzten Sitzungen jedes Mal durch persönliche extrem untergriffige Kommentare gegen Frauen, gegen Kolleginnen von uns aufgefallen, und ich fordere Sie in aller Deutlichkeit auf, stellen Sie diesen sexistischen Mist ein. Das ist nicht in Ordnung und hat in diesem Haus nichts verloren (*Appl.*).

Und da frage ich mich schon, was wird das nächste Mal daherkommen? Weil es wird jedes Mal ein bisschen grauslicher. Wie kommt man dazu, jemanden so persönlich untergriffig anzugehen, wenn wir uns in einem politischen Gremium, in einer politischen Debatte befinden? Ich meine, hallo, so nicht, ganz bestimmt nicht.

Nun wieder zurück zum Inhalt des Antrags. Es ist unendlich wichtig, dass Leute in ihrer Coming-Out-Phase, wenn sie zum ersten Mal merken, meine Sexualität ist so oder so gelagert, dass sie da klar vermittelt bekommen, dass sie akzeptiert sind. Weil das ist leider längst nicht überall so der Fall, wir haben es an Ihrer Wortmeldung gehört, Herr Kollege. Und das produziert extrem viel Druck für diese Personen, und es ist enorm wichtig, dass Strukturen wie die Schulen, aber auch die Politik hier die Initiative ergreifen, den Leuten das Coming-Out zu erleichtern, die Akzeptanz für sie zu erhöhen und ihnen zu zeigen, dass sie akzeptiert sind, dass sie gleichwertige Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in diesem Fall sind und dass sie zu uns gehören. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Wir haben schon gehört, das Thema ist sensibel. Es verlangt einen klugen, sensiblen Umgang, das haben wir auch schon gehört, und es ist selbstverständlich kein Thema für Aktionismus in welche Richtung auch immer. Es passiert aus meiner Sicht schon einiges. Es ist jetzt einige Male gefallen, dass es zu wenig ist oder gar nichts. Dem würde ich nicht beipflichten, weil ich glaube, dass doch ein gewisser Fortschritt im sensiblen Umgang mit diesem Thema bereits gegeben ist. Ich darf an den Zebrastrifen erinnern, der ja fast einstimmig beschlossen wurde auf Initiative von Gemeinderatskollegen und -kolleginnen. Ich möchte über einen ganz anderen Aspekt noch sprechen, nämlich eigentlich über einen strukturellen. Die Zuständigkeit in dieser Frage muss tatsächlich noch einmal gestellt werden, weil eigentlich die

Bildungsabteilung nicht der richtige Adressat dafür ist, es ist sozusagen der Antrag eventuell nicht ganz richtig platziert. Die Zuständigkeit für solche Sachen, nämlich für taktische und pädagogische Dinge, hat eigentlich die Bildungsdirektion. Und ich halte es auch für wichtig, dass wir ganz sensibel mit der Frage umgehen, wie viel Einfluss versuchen wir über ein politisches Gremium auf solche Dinge zu nehmen, die außerhalb unseres Wirkungsbereiches letztendlich sind. Das betrifft vor allem die Schulen, die, wie der Herr Stadtrat Hohensinner ja angesprochen hat in diesem Antrag, durch die Stadt verwaltet werden. Graz, das ist auch schon genannt worden, hat über die RosaLila PanterInnen und auch über andere Projekte wie „Liebe ist“ von der Katholischen Jugend eine Reihe an Angeboten, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Und ich möchte als letzten Punkt auch ganz dringend darauf hinweisen, wir sind einer gewissen Transparenz verpflichtet. Ich halte das eigentlich für keine gute Entwicklung, wenn im Gemeinderat quasi bereits mit einer ganz gezielten Institution, einem ganz gezielten Verein, den irgendjemand ausgesucht hat, Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Wir haben eigentlich für solche Dinge im Sinne der Transparenz und auch der Gerechtigkeit ganz klare Ausschreibungskriterien, und ich halte es für sehr fatal, wenn wir von diesem Weg abweichen. Abgesehen davon haben wir in Graz ja viel Angebot, aber diese Transparenzforderung, die eigentlich vorsieht, dass wir das Ganze die Besten machen lassen, ist aus meiner Sicht der erste Schritt, dem man sich widmen muss und dann können wir, glaube ich, weiter darüber reden, wo Fahnen gut platziert sind. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Annas, liebe Anna (*lacht*), danke für deinen Antrag, dem wir natürlich zustimmen werden. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn es die Zusammenarbeit mit FlagIncluded gäbe, denn die Steiermark ist bislang das einzige Bundesland, das noch nicht mitmacht, und queere Sichtbarkeit ist in der Tat sehr wichtig in der Schule. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Werte Frau Bürgermeisterin, ich habe mit dem Joe Niedermayer telefoniert im Vorfeld, weil das ist für mich der Fachmann, der mit der Community wirklich gut in Kontakt ist und auch eben ein offizieller Vertreter ist, und der hat mir erzählt, dass in den anderen Bundesländern an die Bildungsdirektionen herangetreten wurde. Und da frage ich mich, warum reden wir nicht miteinander? Wenn ihr zu mir kommt, ihr wisst, mir ist dieses Thema wichtig, dann würde ich einfach mit der Bildungsdirektion auch reden, und dann schauen wir, wie wir da umsetzen können. Dann schauen wir, ob wir das ausschreiben müssen, ob wir da einen Verein beauftragen können; dann könnten wir das auch ein bisschen entpolitisieren, weil ich habe irgendwie immer das Gefühl, dass dieses Thema absichtlich hier in den Gemeinderat hereingetragen wird, dass man hier wirklich Parteipolitik über dieses Thema macht, also ganz links und ganz rechts. Ich glaube, wir müssten gerade bei dem Thema so weit sein, dass das was Normales ist. Deswegen ist meine Einladung, reden wir darüber, gehen wir zur Bildungsdirektion und schauen wir, wie man sowas umsetzen kann. Und die Kollegin hat auch angesprochen, wir haben nie ein offizielles Zeichen in der Stadt Graz gezeigt. Ich weiß nicht, ob die Kollegin auch mitbekommen hat, wir haben den Regenbogenkongress in Graz im Mediacenter umgesetzt, das ist ein Kongress, das hat mir der Joe Niedermayer gesagt, der hat noch nie in einem Rathaus einer Landeshauptstadt stattgefunden. Also ich glaube, da haben wir ein wirklich offizielles Zeichen gesetzt, wir haben die Bridge of Unity gemeinsam auch kreiert im Norden von Graz und beim Angloamerikanischen Sportzentrum aufgestellt. Wir haben uns auch speziell um das Thema zugezogene Communitys angenommen, weil es dort auch noch ein Thema ist. Wir haben dort die Workshops angeboten, leider wurden diese Workshops dort kaum bis gar nicht angenommen, also da haben wir wirklich einen Bedarf. In den Schulen wurden die Workshops super angenommen. Der Joe hat dann zu mir gesagt, dieses Workshopangebot gibt es österreichweit kein zweites Mal in dieser Form. Also da sind wir in Graz, glaube ich, schon ganz gut unterwegs, da dürfen wir nicht immer sagen: Alles ist so schlecht in Graz und wir müssen das unbedingt jetzt im Rathaus diskutieren, es ist alles so böse oder es ist alles so gut. Also bitte tun wir das ein bisschen von der

Parteipolitik entkoppeln, dieses Thema soll normalisiert werden, und mein Angebot ist, auch wenn wir jetzt der Dringlichkeit nicht zustimmen, setzen wir uns zusammen und schauen wir, wie wir so ein Projekt dann auf Reise bringen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke vielmals, Herr Stadtrat. Und wir haben auch einen Regenbogenzebrastreifen. Die Antragstellerin bitte zum Schlusswort. Ach so, Gemeinderat Pointner möchte noch etwas sagen, Entschuldigung. Bitte.

GR Mag. **Pointner**:

Verzeihung, liebe Antragstellerin, dass ich Sie vom Pult wegscheuchen muss, aber wir unterstützen den Antrag sehr gerne, weil für uns ist Sichtbarkeit natürlich sehr wichtig. Kleiner Zusatzaspekt zum Herrn Stadtrat, wunderbar, ich finde das auch konsensual unglaublich wichtig. Ich weise darauf hin, dass wir das Koalitionsabkommen auch gut studiert haben und da gibt es auch das queere Jugendzentrum drinnen, und da haben wir schon zwei Anträge mittlerweile jetzt gemacht und es war eine schöne Sache in dem ganzen Thema, das queere Jugendzentrum jetzt auch einmal wirklich aktiv anzugehen. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Slama**:

Ok, jetzt aber wirklich mein Abschlusswort. Gut, auf die queere Jugendzentrumthematik werde ich jetzt nicht eingehen, aber natürlich, da sind wir alle dafür, wie man gemerkt hat am Koalitionsprogramm. Gut, gehen wir es einmal der Reihe nach durch. Erstens, danke für konstruktive Wortmeldungen in dieser Runde, war angenehm. Zweitens, und zwar wir reden von FlagIncluded nicht als Unternehmen, sondern das ist eine ehrenamtliche politisch unabhängige Initiative von Schülern und Schülerinnen. Also wenn es eine zweite Initiative österreichweit gibt, die das macht, dann können wir es gerne ausschreiben, aber ansonsten werden wir halt

niemanden finden, der das sonst macht. Dann wären wir bei der Zuständigkeit. Ich habe auch mit dem Joe telefoniert, da ist es leider zu einem Kommunikationsfehler gekommen, die Finanzierung geht nämlich nicht über die Bildungsdirektionen, das ist dieses Jahr einmalig, dass ein Teil der Kosten dieses Jahr in Wien übernommen werden von der Bildungsdirektion, aber nur im Zuge einer Kooperation bzw. eines Jubiläums, das sie feiern. Ansonsten wird das, zumindest in Wien, aus den Fördertöpfen der Stadt Wien bezahlt und wird auch von denen organisiert. Von der Stadt Wien wurde mir sehr direkt gesagt, ich habe mehrmals gefragt, die Bildungsdirektion hat nichts damit zu tun.

Zwischenruf StR Hohensinner: Vielleicht mit einem anderen Bundesland ist das eher vergleichbar.

GRⁱⁿ **Slama:**

Wie gesagt, das ist größtenteils in Wien passiert, dort kommt das über die Stadt und eben nicht aus der Bildungsdirektion und auch in den vergangenen Jahren war es noch nie über die Bildungsdirektion. Ich fände es aber auch sehr schön, und das liegt dann natürlich auch in Ihrer Zuständigkeit als Stadtrat, wenn da eine Kooperation z.B. gestartet wird mit der Bildungsdirektion auch. Was die Schulworkshops angeht, bin ich auch der Meinung, das ist ein supercooles Programm, das wir hier haben, es ist super, dass wir das haben, deswegen fordert dieser Antrag ja auch, dass die noch einmal neu beworben werden bei den Schulen, dass mehr Schulen mitmachen, dass mehr Schulen auch wieder erinnert werden, dass es dieses Angebot gibt, und das vor allem im Zuge dieser verbesserten Sichtbarkeit. Und dass ich das hier natürlich einbringe, das ist ein unglaublich wichtiges Thema, das es verdient hat, im höchsten Gremium dieser Stadt besprochen zu werden, meiner Meinung nach. Damit hätten wir es auch mit meinen Richtigstellungen und ich bitte nochmals zur Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

**8.6 Öffentlicher Verkehr: Grazer Bevölkerung befragen
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Kommen wir zu einem Thema, das wirklich uns alle berührt, wir alle haben da unsere Ideen und unsere Konzepte und es ist nun an der Zeit, dass wir die einbinden, die es auch betrifft, nämlich die Grazer Bevölkerung. In den vergangenen Jahren war es immer so, dass die Regierungen gekommen sind, die Bürgermeister sind gekommen, die Bürgermeister sind gegangen, und damit haben sich dann auch die Visionen geändert. Für uns steht da außer Frage, dass es jetzt endlich für die nächsten Jahre ein Konzept braucht, damit man auch, und da sage ich jetzt, die Verfehlungen der vergangenen Jahre wieder gutmacht, wobei es trifft die Verfehlungen der vergangenen Jahrzehnte. Das liegt alles nicht in unseren Verfehlungen. Ich sage, z.B. eine U-Bahn hätte man in den 80ern oder in den 90ern bereits beginnen müssen. Es ist jetzt so, es gibt verschiedenen Konzepte, allen sind sie noch nicht bekannt, an dieser Stelle darf ich auch die nun nicht mehr anwesende Verkehrsstadträtin Schwentner bitten, dass sie uns allen, uns allen, den Verantwortungsträgern aber auch der Bevölkerung, endlich diese Ergebnisse dieser Studie offenlegt, damit man auch weiß, was die Experten empfehlen, was die Experten anraten, aber grundsätzlich liegen die Konzepte auf dem Tisch. Jede Fraktion, jede Interessensvertretung hat ihre Ideen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den kommenden Jahren. Wir präferieren hier schon seit Jahren, oder zumindest präferiere ich schon seit Jahren, die Integration der S-Bahn in den städtischen Nahverkehr. Das halte ich für ein gangbares Modell, das wäre rasch umsetzbar, das wäre auch kostengünstig umsetzbar und man könnte eben in Etappen arbeiten. Ich habe das als junger Bezirkspolitiker in Gösting erlebt, wie lange das dauern kann, was eigentlich am Tisch liegt. Der S-Bahnknoten Gösting, der wird seit vielen, vielen Jahrzehnten immer wieder gefordert, immer wieder ins Treffen geführt und er scheitert auch immer wieder, woran auch immer. Das ist die Problematik, die man hat. Und da geht es jetzt darum, dass eben diese verschiedenen Modelle, sei es die S-Bahn, sei es der Ausbau

der Buslinien, sei es die U-Bahn oder sei es auch der bedingungslose Ausbau der Straßenbahn in jedem Bezirk, dass man diese Modelle einmal dann auch zur Abstimmung stellt und die Bevölkerung befragt. Unser Antrag geht daher in die Richtung, dass man auf Grundlage des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes die Bevölkerung befragt und die Bevölkerung diese wichtige Entscheidung treffen lässt. Ich darf auch gleich ein bisschen vorgreifen zur Qualität des Abänderungsantrages der ÖVP. Nicht zur inhaltlichen Qualität, das ist in Ordnung, was dort steht, aber zur rechtlichen Qualität. Aus meiner Sicht ist das kein Abänderungsantrag, sondern ein Zusatzantrag, weil ihr wollt ja eigentlich das Gleiche wie wir, nur ihr habt es ein bisschen anders ausformuliert und versucht, euch dann auf den passenderweise fahrenden Zug sozusagen draufzusetzen. Das kommt aber immer öfters vor bei der ÖVP, und aus meiner Sicht würde ich euch hier bitten, dass ihr fair bleibt, dass ihr eine gute Idee eine gute Idee sein lässt und bei unserem Antrag mitgeht. Nämlich, wir möchten einmal grundlegend heute beschließen, einen Grundsatzbeschluss fassen sozusagen, dass die Grazer Bevölkerung bei dieser großen Thematik befragt wird, dass es am Ende des Tages wirklich Konzepte gibt, die am Tisch liegen, die U-Bahn, die Straßenbahn, die S-Bahn oder was auch immer, und dass dann die Bevölkerung abstimmen kann. Das würde, glaube ich, viele, viele Diskussionen ersparen und es würde uns vor allem auch einen klaren Weg für die Zukunft geben. Weil wenn man in die Zukunft schaut, dann wechselt die Regierung vielleicht in drei, vier, fünf Jahren wieder und dann ist wieder alles neu, dann ist wieder alles vom Tisch, was bis dato begonnen wurde, und das kann es nicht sein. Ich denke, das sind wir vor allem den jungen Menschen schuldig, dass man jetzt eine Lösung findet, die dann auch für Generationen passt. Und deswegen stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bei den Plänen zum aktuellen Großprojekt, das den Aus- und Umbau des öffentlichen Verkehrs in Graz betrifft, sollen die Grazer Bürger gemäß § 155 des Steirischen Volksrechtegesetzes vom Grazer Gemeinderat zu den vorgeschlagenen Lösungen befragt werden. Ich bitte um Zustimmung und bedanke mich schon im Voraus (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bei einem milliardenschweren Großprojekt wie dem Ausbau des Öffentlichen Verkehrs in Graz ist es unerlässlich, auf den Rat der Experten zu hören und gleichzeitig auf die Wünsche der Grazer Bevölkerung einzugehen. Es steht außer Frage, dass die Zurverfügungstellung einer modernen und möglichst flächendeckenden Infrastruktur, die den Öffentlichen Verkehr betrifft, für die öffentliche Hand von höchster Priorität sein muss. Zumal diese zu einer enormen Entlastung des Individualverkehrs und damit auch der Umwelt beiträgt. Glaubt man Expertenmeinungen, dann wird dabei bzw. kann dabei das heimische S-Bahn-Netz, das von tausenden Pendlern tagtäglich genutzt wird, eine wesentliche Rolle spielen. Dazu gibt es noch viele weitere Ideen, die von Experten kolportiert werden, wie man die Herausforderung der Verkehrsplanung in Graz löst. Fakt ist, dass die meisten konstruktiven und effizienten Lösungsvorschläge immer auch mit einem empfindlichen Eingriff in das bestehende Grazer Stadtbild bzw. dem bestehenden Grazer Verkehrsnetz einhergehen. Die Frage, wie wir den Verkehr in unserer Heimatstadt zukünftig gestalten wollen, ist daher eine der wichtigsten aber auch schwierigsten, welche in den kommenden Jahren auf Graz zukommt. Auf Grund der Tragweite dieser Entscheidungen, die sich auf mehreren Ebenen auswirken und viele Menschen gleichzeitig betreffen, sollen auch so viele Menschen wie möglich in die Entscheidungsgrundlagen mit eingebunden werden. Hier soll aber der Grazer Bürger Letztentscheider sein. Diesen Spielraum bietet § 155 des Steirischen Volksrechtegesetzes, der hier zur Anwendung kommen soll.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bei den Plänen zum aktuellen Großprojekt, das den Aus- und Umbau des öffentlichen Verkehrs in Graz betrifft, sollen die Grazer Bürger gemäß § 155 des Steirischen Volksrechtesgesetzes vom Grazer Gemeinderat zu den vorgeschlagenen Lösungen befragt werden.

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Lieber Kollege Pascuttini, sehr geehrte Damen und Herren. Danke einmal jetzt für diese wichtige Frage eigentlich, also wie man da zu einer guten Entscheidung kommt. Weil das betrifft uns alle, das betrifft uns jetzt besonders in der Regierung, aber letzten Endes ist es wirklich ein Thema, das alle Menschen betrifft und deswegen sollen die auch eingebunden werden. Wer mich kennt, weiß auch, ich habe das in der Vergangenheit schon praktiziert, wir haben Bürger:innenkonvente organisiert, auch zu Verkehrsthemen, und da auch schon viele Erfahrungen gesammelt, wie die Dinge da funktionieren. Wir machen das jetzt auch sehr konsequent, seit wir in der Stadtregierung sind. Man braucht sich jetzt den Beteiligungsprozess beim Bischofsplatz nur anschauen, in der Zinzendorfgasse wird es jetzt einen größeren Beteiligungsprozess geben, da darf ich am Samstag einladen, da ist da Zinzengrinsen-Straßenfest, dort wird sozusagen mit diesem Beteiligungsprozess für dort begonnen. Es gibt jetzt auch dieses Thema mit dem Bebauungsplan, der zurück an den Start geht aufgrund von vielen Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger. Was diese Situation jetzt mit dem ÖV-Ausbau betrifft, sind wir jetzt an dem Punkt, dass es diesen Expertenbericht gibt. Der liegt aber leider eben noch nicht einmal uns vor jetzt im Gemeinderat, er wird nächste Woche ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Mag. Dr. **Kozina**:

... ich habe ihn noch nicht gesehen, die Frau Vizebürgermeisterin hat ihn diese Woche offenbar bekommen. Er wird nächste Woche präsentiert. Die Kleine Zeitung hat ihn schon vorher gehabt, warum auch immer. Auf jeden Fall wird das jetzt einmal der Öffentlichkeit präsentiert und dann müssen wir uns einmal anschauen, was das ist, dann braucht es eine breite öffentliche Debatte mit der Einbindung aller Betroffenen, und das sind ja wohl in dem Fall nicht nur die Grazerinnen und Grazer, sondern auch die Menschen im Umland, weil da geht es ja um Lösungen im Pendelverkehr und da wissen wir, da ist eigentlich fast die ganze südliche Steiermark betroffen. Es ist dann ja auch in weiterer Folge der SUMP geplant, der Sustainable Urban Mobility Plan, und dort sollen auch diese Mobilitätsziele erarbeitet werden. Weil wir gehen ja davon aus, jetzt irgendwie immer absurderweise, dass wir unbedingt einen ÖV-Anteil im Modal Split von 30 % brauchen; das ist zwar einmal eine ganz nette Annahme, aber das müssen wir in einem größeren Kontext stellen. Wir brauchen endlich Mobilitätsziele für die Stadt insgesamt, das ist ausgelaufen das letzte Mobilitätskonzept und brauchen wir jetzt entsprechend ein neues. Und dann gibt es dann eine Entscheidung, und auch da brauchen wir dann eben eine entsprechende Einbindung der Leute und da kann es eine gute Möglichkeit sein, diesen § 155 des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes anzuwenden. Es gibt da aber eben auch viele andere Möglichkeiten der Einbindung und das werden wir vorab auf jeden Fall machen. Was wir nicht wollen, ist so eine Ja/Nein-Volksabstimmung, wo es dann nur ein Entweder/oder gibt, wo man dann nur polarisiert und wo dann auch wieder entsprechend Populismus im Vordergrund steht, sondern wir wollen eine gute Entscheidung, eine langfristige Entscheidung für den öffentlichen Verkehr in Graz. Jetzt ist für diesen Antrag in diesem Kontext der falsche Zeitpunkt und deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen. Ich kann mich den Worten meines Vorredners nur anschließen und auch sagen, danke für diesen Antrag, denn er zeigt nämlich wirklich,

dass es bei Verkehrsprojekten ganz, ganz wichtig ist, die Bevölkerung einzubeziehen. Ich schließe mich aber eben auch der Meinung an, dringlich ist er jetzt eben nicht, denn es ist auch richtig im Motiventext des Antrages zu lesen, dass die Planung für solche Verkehrsprojekte man wirklich Expert:innen überlassen sollte, denn ich glaube, sonst würden wir den Prozess nur verzögern und einfach zu lange nicht in die Gänge kommen. Aber in die Gänge zu kommen, das ist in diesem Bereich wirklich überfällig, wie wir an den Studien, die wir im Ausschuss präsentiert bekommen haben zum Verkehrsverhalten der Grazer:innen, auch ablesen können. Leider gibt es eben diese Konzepte, wie Sie sie ansprechen, S-Bahn-Erweiterungen und Tunnellösungen, gibt es noch keine spruchreifen Projekte, die wir abfragen können. Aber wir versprechen, und da beziehe ich mich jetzt auch auf den Abänderungsantrag der ÖVP, wir versprechen, dass dann, wenn es soweit ist, wir eben auf diesen Vorschlag mit der Volksbefragung auch zurückgreifen werden. Mir ist es wichtig zu betonen, dass es für die bereits anberaumten Projekte, aber auch für bereits fertiggestellte Projekte, sehr wohl auch eine intensive Einbindung der Bevölkerung gab und geben wird. Die Abteilung Verkehrsplanung, die arbeitet bei allen Projekten in intensiver Einbindung der Bevölkerung, vor allen Dingen mit den Anrainer:innen, und Bürger:innenbeteiligung wird wirklich groß geschrieben in dieser Abteilung und ernst genommen, dafür möchte ich der Abteilung einen großen Dank aussprechen auf diesem Weg (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, lieber Antragsteller. Es war jetzt interessant zu hören, dass wir die U-Bahn schon in den 80er-Jahren bauen hätten können. Ich möchte vielleicht nur in Erinnerung rufen, dass der damalige Bürgermeister von Ihrer Partei war, von 1973 bis 1984; ich weiß nicht, ob er das verabsäumt hat, damals hat das halt nicht stattgefunden, aber wollen wir nicht so weit in die Vergangenheit zurückreisen. Es ist zwar nicht meine Aufgabe, hier jetzt für die Frau Vizebürgermeisterin Parteistellung einzunehmen und zu sagen, sie ist heute nicht da, sie ist nicht genau aus diesem Grund, aber aufgrund des öffentlichen

Verkehrs bei einem TV-Interview bei der Kleinen Zeitung und deswegen ist sie im Moment nicht da.

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Das gilt für unseren Klubobmann auch.

GR Lenartitsch:

Langsam, Herr Lohr, Sie können gerne herauskommen und sich zu Wort melden. Wir sind heute das erste Mal alle hier in diesem Saal und es ist eine leicht unruhige Stimmung auf einer Seite. Es ist natürlich ein wichtiges Thema, der Verkehr, und ein äußerst komplexes Themenfeld und ich kann mich den Vorrednern nur anschließen. Die Bürgerbeteiligung findet sehr wohl statt, vielleicht nicht so intensiv, wie man es sich in manchen Dingen wünscht oder wahrnimmt vielleicht, aber es ist natürlich auch immer eine subjektive Wahrnehmung, so wie es bei Bebauungsplänen ist. Wenn es mich betrifft, möchte ich es nicht, dann würde ich vielleicht mit Nein stimmen, wenn es den Nachbarn betrifft, dort kann man sowas vielleicht schon gerne bauen. So wie es eben auch, ich glaube, es war gegen Ende April von Ihnen hier, wo Sie das in irgendeinem Medium gesagt haben oder wo es schriftlich steht, zwecks der Enteignungen für Straßenbahnlinien in Gösting. Also wenn wir dann schon so weit kommen, glaube ich schon, und wir fragen die Leute auch, ob sie das wollen oder nicht, dann stoßen wir gegen eine breite Mehrheit. Der öffentliche Verkehr, so wie es der Kollege Kozina gesagt hat, der geht über die Stadtgrenzen hinaus, und wenn wir jetzt dann als Gemeinde Graz dann quasi abstimmen, wollen wir das, ja oder nein, dann würden wir vielleicht genau bis zur Stadtgrenze gehen. Und diese Anbindungen in die Umlandgemeinden, würden die dann abstimmen: Nein, das brauchen wir nicht oder das brauchen wir schon. In diesem Sinne können wir dem Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GR Dr. **Piffl-Percevic:**

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen daheim im Home-Office, offensichtlich haben Sie sich den bequemeren Platz ausgesucht, da oben sind sie jedenfalls nicht, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, lieber Antragsteller. Ja, unser Abänderungsantrag soll in erster Linie einmal darauf hinweisen, dass es sich um eine sehr sperrige Materie handelt, was Volksbefragungen betrifft. Wir sind alle gebrannte Kinder vom Sechser. Ich habe mir nur die Stellungnahme der Stadt Graz damals, im Jahr 2000, glaube ich, war das, an den Verfassungsgerichtshof angeschaut, also das ist auch für den Herrn Magistratsdirektor, Präsidialabteilung, eine wissenschaftliche Arbeit, hier sich zurechtzufinden. Was aber keine wissenschaftliche Arbeit gewesen wäre, ist von der Frau Verkehrsstadträtin, von der amtierenden, doch ein bisschen auch Struktur hineinzubringen. Sie hat im Ausschuss gestern verkündet, dass wir einen Sonderverkehrsausschuss haben am Dienstag, wo es auch noch Kollisionen gibt, Kollege Pointner, zeitlich mit dem Stadtrechnungshofarbeitskreis. Und heute bitte finden, ohne dass die Studie auch nur inhaltlich irgendwie, außer durch eine Vorausinformation der Kleinen Zeitung, aber wir können auch nicht prüfen, Vertrauen zum Journalismus, wie repräsentativ diese Vorausveröffentlichung ist, ob sie wirklich flächendeckend die Wahrheit quasi, die da drinnen ist, auch wiedergibt. Und heute sind alle unsere Vertreter eingeladen mit einem Informationsvorschuss der Verkehrsstadträtin, ich finde das ein bisschen unfair. Eigentlich hätte man sagen können, ich meine, das ist jetzt kein Zeigefinger, aber bitte reden wir nächste Woche sinnvollerweise darüber. Unstrukturiert ist die Vorgangsweise allemal, und wenn jetzt ohne einen Schluss nochmal zu ziehen auf die Volksbefragung, das ist derartige Herkulesaufgabe. Wir wollen, dass die Menschen mitreden können, aber Voraussetzung ist eine suffiziente Information, und ich glaube, und das ist auch bei uns wiedergegeben, die Herkulesaufgabe ist vorher noch auf Fachebene, die vielen Varianten so von ihren Widersprüchen einmal zu befreien, weil sie können auch nicht Teilaspekte von der einen mit der anderen, so sind sie sichern nicht kompatibel. Also in diesem Sinne würde ich bitten, die Informationspolitik auch von uns doch besser zu gestalten, vielleicht war diese Vorausveröffentlichung der Kleinen Zeit auch eine leise

Kritik an dieser zögerlichen Vorgangsweise. Ich behaupte ja nichts Böses, ich bitte nur und ersuche um eine offensivere Informationspolitik auch intern, und das war dann ein Schnellschuss. Wir schließen uns ganz sicher gern einem profunden Befragungsvorgang an. Das wollte ich sagen; da es keine Dringlichkeit geben wird, habe ich mich jetzt schon zu Wort gemeldet, sonst ist natürlich unser Verkehrssprecher Georg Topf auch gerne bereit, aber dazu wird es jetzt, glaube ich, nicht kommen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Pointner:

Ich rede selbstverständlich jetzt nur zur Dringlichkeit, ansonsten würde ich mich selbst köpfen, die ist für uns aus der vorangegangener Argumentation nicht gegeben. Warten wir den allseits ersehnten Bericht ab. Die Thematik ist hochkomplex, natürlich, und die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, diesen Bericht auch vollinhaltlich zu sehen und voll informiert zu werden, um dann eingebunden zu werden. Aber dann warne ich wirklich bei solchen Themen auch vor einer Vereinfachung, die durch eine Volksbefragung passieren kann. Das sind oftmals eben keine Ja-Nein-Fragen, wie auch der Kollege Piffel-Percevic gerade ausgeführt hat. Und polarisiert wird im Wahlkampf, aber nicht mehr dann jetzt bei so einer entscheidenden Sache, also da Gas raus, keine Dringlichkeit und dann große Einbindung aller Player. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. Pascuttini:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist natürlich ernüchternd, wenn man so ein Feedback bekommt. Aber das Gute ist ja daran, dass das Steiermärkische Volksrechtgesetz ja einige Option offenlässt und man diese Volksbefragung, das weiß ja auch die KPÖ, ja auch auf anderen Art und Weise bekommen kann, und das werden wir in diesem Thema sicher auch versuchen. Man muss aber auch eines sagen, Kollege Lenartitsch, es hat ja alles eine gewisse Stringenz, was ich mache. Seit vielen, vielen Jahren fordere ich das Gleiche, davor auf Bezirksebene und jetzt auf Gemeindeebene. Ich sage immer, der S-Bahnausbau ist, was schnell umsetzbar ist. Wie der Karl

Dreisiebner heute gesagt hat, schnell und billig etc. Das ist der schnelle Sprung, der gehen würde halt im Kleinen. Weil man könnte einmal dort einen Knoten machen, hier einen Knoten machen und da einen Knoten machen. Jetzt kommt, was ich befürchte von der linken Stadtregierung, halt wieder ein Projekt, das ideologisch vorangetrieben ist, der Straßenbahnausbau überallhinein. Und da, haben Sie den Bericht ja aufmerksam verfolgt, bin ich dagegen, weil ich sage, die Straßenbahn ist ein gutes Mittel für Innenstadtbezirke, aber sicher nicht für Außenbezirke, quer durch den Vorgarten und durch den Schrebergarten durch, das ist einfach nicht zielführend. Und deswegen sind wir dort natürlich dagegen. Aber unser Modell war immer das gleiche, oder mein Modell war immer das gleiche, das sich jetzt auch durchgesetzt hat, den S-Bahnausbau zu forcieren, den Busausbau zu forcieren, weil auch da haben wir eine schlechte Abdeckung. Wir haben heute über die Nightline gesprochen, naja gut, reden wir einmal über den regulären Busverkehr in die Raach z.B. Der ist, könnte man sagen, fast nicht vorhanden, das ist die Tatsache, das muss man so aussprechen und deswegen bin ich einfach dafür, dass man jetzt ein bisschen nicht das Gas rausnimmt, wie der Kollege Pointner sagt, sondern eigentlich einmal mit einem Volksentscheid auch droht, auch der Politik einmal klarmacht, es muss jetzt eine Entscheidung geben und es muss jetzt etwas passieren. Natürlich passieren Vereinfachungen, natürlich muss es zuerst Modelle geben, das ist ja alles klar. Wir haben ja nicht gefordert, dass wir jetzt in einer Woche am Sonntag abstimmen. Es geht grundsätzlich darum, dass wir, wenn diese Modelle, wenn diese Studie am Tisch liegt, wenn es dann verschiedene Positionierungen gibt, dass wir dann über diese verschiedenen Modelle auch abstimmen lassen. Dass man eben wirklich die Bevölkerung befragt, ob die U-Bahn die beste Idee ist, ob es der S-Bahnausbau mit gleichzeitigem Busausbau ist, ob es die Straßenbahn in jedem Schrebergarten und Vorgarten sein muss. Das können dann die Menschen entscheiden und danach gibt es dann viele, viele zufriedene Gesichter möglicherweise, weil sich etwas durchsetzen wird und das hat dann die Bevölkerung entschieden. Deswegen unser direktdemokratischer Ansatz, die Bevölkerung zu befragen. Ich bitte doch, noch einmal kurz in sich zu gehen und dann

vielleicht doch noch der Dringlichkeit und dem Inhalt zuzustimmen. Dankeschön
(Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

8.7 Volksbefragung über Öl- bzw. Gas-Embargo gegen Russland (GR Mag. Michael Winter, FPÖ)

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung, diesem Antrag so quasi vorausstellend möchte ich eines klarstellen, am 24.2.2022 hat ein Krieg von Seiten Russlands auf die Ukraine stattgefunden und begonnen und dieser Krieg stellt sicher einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel in Europa im 21. Jahrhundert dar. Und ja, ohne Zweifel ist das ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der auch eine Vielzahl, und das möchte ich zusätzlich betonen, eine Vielzahl von geopolitischen Hintergründen und Interessenlagen besitzt, aber der dennoch in keinsten Weise zu rechtfertigen und vollumfänglich hier auch zu verurteilen ist (Appl.).

Aber wie hat die EU auf diesen Angriffskrieg reagiert? Bisher mit fünf Sanktionspaketen, und diese fünf Sanktionspakete sind von unserer Bundesregierung auch vollinhaltlich übernommen und mitgetragen worden. Und einen gemeinsamen Faktor haben diese Sanktionspakete, sie schädigen nicht nur die Wirtschaft Russlands, sondern sie schädigen auch die heimische Wirtschaft, sie verteuern Energie und Lebensmittel und sie bringen immer mehr eigene Bürger, die sich bereits jetzt in finanziellen Schwierigkeiten befinden, immer mehr in eine schlechte Situation. Mit anderen Worten, die Bürger, auch in unserem Land, zahlen die Zeche dafür. Und man kann es auch umformulieren, diese schwarz-grüne Bundesregierung sitzt in Wien in ihrem Elfenbeinturm und ausbaden dürfen diesen Sanktionswahnsinn auch die eigenen Bürger, und für uns als FPÖ ist diesbezüglich klar, so kann es und so darf es

nicht weitergehen. Dieser ganze Wahnsinn findet aber insofern kein Ende, weil bereits das sechste Sanktionspaket auf dem Tisch liegt und dieses Sanktionspaket umfasst auch ein vollumfängliches Embargo hinsichtlich Erdöl. Die Dringlichkeit des Antrages ist insofern gegeben, weil Außenminister Schallenberg bereits angekündigt hat, dass dieses Paket in Kürze, in wenigen Tagen, in wenigen Wochen im Prinzip spruchreif ist. Was er nicht dazusagt ist, dass hier eine Kostenlawine entstehen wird, die ihresgleichen sucht. Die US-Investmentbank J.P. Morgan hat errechnet, dass in solch einem Fall von einem vollständigen Öl-Embargo wir in Europa mit einem Ölpreis von rund 185 Dollar pro Barrel rechnen müssen. Mit anderen Worten, ein Benzinpreis, ein Dieselpreis, der in die Nähe von 3 Euro pro Liter geht, ist damit in greifbarer Nähe und ist zu befürchten. Und auf der anderen Seite ist hier dieses Öl-Embargo möglicherweise nur der erste Schritt zu einem Gas-Embargo, was natürlich noch wesentlich härtere und wesentlich strikere Auswirkungen auch auf unsere eigene Wirtschaft mit sich bringen würde. Und hier wird auf die Interessen der eigenen Bürger völlig vergessen und man befindet sich von seitens der Bundesregierung hier auch auf einem Schädigungskurs gegenüber der eigenen Wirtschaft und gegenüber der eigenen Bevölkerung, und es wird Zeit, dass die Bevölkerung hier auch gefragt wird im Rahmen von einer Volksbefragung, ob sie diesen Kurs mittragen will, ja oder nein. Und erwähnenswert ist natürlich auch ein weiterer Effekt dieser Sanktionen, es ist nämlich eine Schädigung der Reputation Österreichs als Hort der Neutralität zu befürchten. Und eines möchte ich hier schon auch feststellen, ein Sanktionskrieg im Rahmen von Wirtschaftssanktionen ist mit einer Neutralität, wie wir sie in unserer Verfassung haben, so nicht vereinbar. Und ich glaube, dass Österreich als neutraler Staat eine ganz, ganz andere Rolle hätte, nämlich wir alle hoffen, dass es hier in wenigen Tagen, Wochen, wann auch immer, zu Friedensverhandlungen früher oder später kommen wird. Und ich bin der festen Überzeugung, dass Österreich einen wesentlich größeren Beitrag zu einem Frieden leisten könnte, wenn es sich hier, wenn Österreich sich hier als ehrlicher Vermittler präsentieren könnte und dementsprechend bisher diese Sanktionen nicht mitgetragen hätte. Und ich fasse zusammen und komme damit auch zum Schluss: Es gibt diese zwei großen Auswirkungen der Sanktionen, es gibt diese

Teuerung, es gibt diese Inflation auf der einen Seite und es gibt natürlich auch die Beschädigung der Neutralität, wie wir sie jetzt in unserer Verfassung haben. Und für uns als FPÖ steht daher fest, die Bürger müssen leider vielfach auch die Zeche für diese Sanktionen zahlen, und weil sie Zeche zu zahlen haben, haben sie auch das Recht, gefragt zu werden, ob sie diese Sanktionen in diese Form mittragen, ja oder nein. Und genau aus diesem Grund stellen wir als Gemeinderatsklub hier den

dringlichen Antrag

im Gemeinderat:

Die schwarz-grüne Bundesregierung wird im Rahmen des Petitionsweges vom Grazer Gemeinderat aufgefordert, eine bundesweite Volksbefragung bezüglich des auf EU-Ebene vorgesehenen sechsten Sanktionspakets betreffend eines Öl- bzw. eines potenziellen Gasembargos gegen Russland abzuhalten. Ich bedanke mich (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Ohne Zweifel stellte der am 24.2.2022 von Seiten Russlands begonnene Angriffskrieg gegen die Ukraine einen beispiellosen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel im 21. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent dar. Ohne Zweifel führt die russische Föderation seit dem 24.2.2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zwar eine Vielzahl von geopolitischen Hintergründen und Interessenlagen besitzt, aber dennoch durch nichts zu rechtfertigen und vollumfänglich zu verurteilen ist. Seit dem betreffenden Kriegsausbruch wurden von Seiten der EU mehrere Wirtschaftssanktionspakete gegen die russische Föderation beschlossen, die von der österreichischen Bundesregierung bislang vollumfänglich mitgetragen werden und einen gemeinsamen Faktor besitzen: Sie schädigen nicht nur die russische Wirtschaft, sondern auch den Wirtschaftsstandort Österreich und der EU und heizen die Inflation betreffend Energie und Lebensmittel massiv an. Mit anderen Worten: Die

Russland-Sanktionen sind maßgeblich auch Sanktionen gegen die eigenen Bürger, die die Zeche in Form von ungeahnten Teuerungswellen täglich zahlen müssen. Im nunmehr von Seiten der EU vorgesehenen sechsten Sanktionspakets gegen Russland ist ein vollumfängliches Öl-Embargo vorgesehen, dass die Preise von Energie bzw. Diesel und Benzin weiter steigern und die finanziellen Rahmenbedingungen des täglichen Lebens der Bürger in unserem Land weiter erschweren wird.

Laut Statistik Austria sind die Preise für Haushaltsenergie allein im März 2022 um 42 % gestiegen und bringen so viele unserer Mitbürger an ihre finanziellen Grenzen. Zu befürchten ist ebenso, dass ein Öl-Embargo nur der erste Schritt in Richtung eines Gas-Embargos ist. Österreich bezieht gegenwärtig rund 80 % seines Erdgases aus Russland und die Speicher sind derzeit nicht einmal zu einem Fünftel gefüllt.

Wenn die Bundesregierung daher auf EU-Ebene nicht sofort Widerstand leistet, wird Österreich von diesem Folgeschritt massiv überrollt werden. Die Regierung befindet sich mit den Embargomaßnahmen gegen Russland, bei denen sie mitmacht, ohne an die eigene Bevölkerung zu denken, auch auf einem Zerstörungskurs gegen die eigene Wirtschaft und die eigenen Bürger.

Die Bürger unseres Landes müssen daher weitreichend über die potenziellen Folgen eines derartigen Schrittes informiert und in die Entscheidungsfindung über ein Öl- bzw. Gasembargo gegen Russland in Form einer Volksbefragung eingebunden werden. Unabhängig von den negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Österreich leidet auch die internationale Reputation Österreichs als Hort der verfassungsmäßig verbrieften Neutralität massiv. Einseitige Parteinahme und ein Wirtschaftskrieg in Form von Wirtschaftssanktionen sind mit der verfassungsmäßigen Neutralität unseres Landes nicht vereinbar. Die Neutralität Österreichs gebietet es, beide Seiten eines Konfliktes zu betrachten. Ein neutrales Österreich, das den undurchdachten Sanktionen gegen Russland entsagt, könnte im Rahmen einer ehrlichen Vermittlerrolle zwischen beiden Kriegsparteien einen weit größeren Beitrag zum Frieden leisten, als ein Österreich, das einseitig Partei ergreift. Sanktionen alleine sind nicht geeignet, um die Waffen zum Schweigen zu bringen. Es braucht Initiativen eines wahrlich neutralen

Österreich für Gespräche, um eine Chance für Frieden zu schaffen. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Sanktionen gegen Russland bereits jetzt gravierend negative Auswirkungen auf den Alltag der Bürger unseres Landes haben. Inflation und Teuerungswellen spüren die Bürger tagtäglich auf bittere Art und Weise im Bereich der Lebensmittelpreise und der Energie- bzw. Treibstoffkosten. Zusätzlich wird die verfassungsmäßige Neutralität unseres Landes durch die Unterstützung der Wirtschaftssanktionen durch die schwarz-grüne Bundesregierung massiv untergraben. Die Auswirkungen dieser von der schwarz-grünen Bundesregierung mitgetragenen Eskalationsspirale sind zweifellos dramatisch. Die Bürger dieses Landes müssen daher direktdemokratisch in diese weitreichenden Entscheidungen für unser Land eingebunden werden. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die schwarz-grüne Bundesregierung wird im Rahmen des Petitionsweges vom Grazer Gemeinderat aufgefordert, eine bundesweite Volksbefragung bezüglich des auf EU-Ebene vorgesehenen sechsten Sanktionspakets betreffend eines Öl- bzw. eines potenziellen Gasembargos gegen Russland abzuhalten.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals. Offenbar gibt es keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Antragsteller bitte zum Schlusswort.

GR Mag. Winter:

Hoher Gemeinderat, es wundert mich, dass sich diesbezüglich hier niemand zu Wort meldet. Von der KPÖ bin ich eigentlich, und ich vermute, dass wenn hier eine

Ablehnung von Seiten der KPÖ kommen wird, durchaus enttäuschend ist, weil ich bin doch der Überzeugung, die KPÖ hat in gewissen außenpolitischen Themen sehr, sehr berechnete Sichtweisen. Und zweitens habe ich mir eigentlich erwartet, dass der Kollege Luttenberger, der ja sogar Russlandsprecher von der KPÖ ist, doch hier irgendwo das Wort ergreifen wird. Zu den Grünen, ich gehe auch davon aus, dass sie diesem Antrag nicht folgen werden, wenig verwunderlich, aber es ist auch insofern nicht verwunderlich, weil wenn man sich die Grünen jetzt europaweit so anschaut, dann gibt es da doch eine gewisse Entwicklung, nämlich von Grün mehr zu Panzer-Grün und dass man da ein Interesse hat, hier weiter zu eskalieren, ist auch wenig verwunderlich. Ich hoffe dennoch auf eine Zustimmung und bedanke mich (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

8.8 Modellversuch AHS-Standort Reininghaus (GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen im Livestream. Der Antrag, den ich heute einbringe, basiert ein bisschen darauf, dass ich nicht nur Gemeinderätin bin und einen Zweitberuf habe, sondern auch Mama bin. Meine Tochter hatte das Pech, vor zwei Jahren in die Volksschule zu kommen, Pech, weil sie quasi direkt in den Lockdown gestartet ist, ohne lesen und schreiben zu können. Das Glück war aber ein wunderbares Pädagog:innenteam, vor allem ihre Klassenlehrerin, weil die eines gemacht, und zwar die hat die bestmögliche Förderung geboten, und anhand von Mathematik lässt sich das relativ einfach erklären, wie das stattgefunden hat. Das Fach Mathematik hat sie gestaltet, indem dass sie am Anfang nach einer kurzen Begutachtungsphase die Kinder auf unterschiedlichen Ebenen unterrichtet hat. Es gab

die Spurensucher:innen, es gab die Entdecker:innen und die Forscher:innen. Was hat die drei Gruppen voneinander unterschieden? Unterschiedliche Levels, wo sie abgeholt wurden. Die eine Gruppe hat ein bisschen mehr gemacht in Mathe, die andere hat weniger, und während der letzten zwei Jahre konnten die Kinder in diesem System switchen, sie konnten sich von der Spurensucher:in zur Entdecker:in zur Forscher:in entwickeln, aber wenn es dann einmal wieder ein bisschen schwerer war, auch wieder einen Schritt zurückgehen und den aber nachher wieder aufholen. Und was bringt das? Naja, ich glaube, wir wissen alle, dass Kinder sich nicht linear und alle gleich entwickeln, sondern die haben unterschiedliche Entwicklungsstände, die sind manchmal, wenn es ganz arg klassifiziert, genau dort, wo die Wissenschaft sieht, dass man in dem Alter sein sollte. Manchmal vorne, manchmal haben sie noch mehr Potenziale zum Entwickeln, und genau dieses System hat ihnen aber ermöglicht, das Bestmögliche aus dieser Situation zu machen und aus sich herauszuholen. Weil es war Anreiz da, aber es war nie der Druck da zu versagen, und wenn ich die Leistungsstufe nicht schaffe, dann bin ich weg, dann muss ich vielleicht auch noch in andere Klasse. Was zeigt uns dieser mathematische Versuch? Im Kleinen war es das, was ein Modellversuch im Großen an einer Schule machen kann: Kinder dort abholen, wo sie sind, Kindern die Möglichkeit geben, sich in ihrem Tempo, in ihrer Entwicklungsstufe weiterzuentwickeln, voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu helfen und so eigentlich das Bestmögliche, was die Pädagogik betrifft, für sie bereitzustellen. Deswegen gibt es auch diesen dringlichen Antrag von mir, weil das Thema ist dringlich, nicht nur Corona hat uns gezeigt, dass es ganz viel Aufholbedarf gibt, den gibt es eh schon länger, und langsam wird es wirklich Zeit, dass wir das anpacken, dass wir neue pädagogische Konzepte zulassen, weil geben würde es sie schon, und deswegen werde ich heute auch erstens einmal für die Dringlichkeit meines Antrages um die Zustimmung bitten (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Auf den Reininghausgründen wächst ein neuer Stadtteil. Ein Stadtteil für das 21. Jahrhundert. Modern, ökologisch und inklusiv. Es werden in 10.000 Wohnungen Menschen aller gesellschaftlichen Schichten wohnen. Darunter viele Kinder mit unterschiedlichen Begabungen und Interessen. Manche davon auch mit körperlichen Einschränkungen, Entwicklungsverzögerungen. All diese Kinder werden gemeinsam die Volksschule besuchen. Das ist gut so, da diese Inklusivität den Stadtteil fördert und ihn so erst richtig lebenswert macht. Aber nach der Volksschule? Da ist Schluss mit gemeinsamer und lebenswerter Zukunft. Kinder, mit speziellen Bedürfnissen, werden in den Kleinbus gesetzt, um in eine Schule außerhalb des Stadtteils gekarrt zu werden. Kinder, deren Begabungen mit zehn Jahren weniger im kognitiven Bereich liegen, die sich aber mit Sicherheit noch entwickeln werden, müssen mit der Straßenbahn den Stadtteil verlassen und dürfen nicht in die schöne, neue, große Schule nebenan gehen. Grund dafür ist, dass die weiterführende Schule vom Bund gebaut wird und der Bund ist zuständig für AHS. Es entsteht daher dort eine AHS, für die es die sogenannte AHS-Reife als Voraussetzung für die Aufnahme gibt. Gibt es eine andere Möglichkeit, als Kinder aus dem Stadtteil zu verbannen? Ja. Die Bildungsdirektion müsste nur beim Ministerium beantragen, dass der Standort als Modellversuch geführt wird. Dann dürfte die schöne, neue Schule alle Kinder, deren Eltern das wollen, aufnehmen. Der Modellversuch, nach §7a SchOG, sieht vor, dass Schüler:innen, mit den Voraussetzungen für eine Mittelschule, eine allgemeinbildende höhere Schule (§21a bis c SchOG) besuchen dürfen. Die Schule hat dann die Möglichkeiten, Schüler:innen „...je nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit eine grundlegende Allgemeinbildung und eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und sie oder ihn für den Übertritt in mittlere oder in höhere Schulen zu befähigen sowie auf die Polytechnische Schule oder das Berufsleben vorzubereiten ...“ „Die Schüler können nach Schulstufen oder schulstufenübergreifend durch Maßnahmen der inneren und temporär der äußeren Differenzierung individuell gefördert werden“ (§7a. (3)). Umgesetzt wird dieses Modell bereits erfolgreich in der MS BG BRG Klusemannstraße.

Kein Kind müsste mit zehn Jahren gegen seinen Willen weggeschickt werden. Die Kinder dürften gemeinsam aufwachsen und ihre gegenseitigen Stärken kennenlernen. Der Schulstandort würde ohne räumliche Adaptierungsmaßnahmen einen Modellversuch ermöglichen. Damit alle Begabungen gefördert werden können, würde der Bund 12 Stunden pro Klasse zusätzlich zur Verfügung stellen. Die Schule bekommt damit alle Ressourcen zur individuellen Förderung in den Pflichtgegenständen und (zur Beachtung des Prinzips der inklusiven Pädagogik) es könnte auch pro Jahrgang eine Klasse geführt werden, in denen Schüler:innen mit besonderen Bedürfnissen die Schule besuchen und dadurch optimal gefördert Teil der Gemeinschaft sein können. Zusätzlich kann damit auch ein multilinguales Konzept umgesetzt werden, das neben seinem pädagogischen Wert auch zur Stärkung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Graz dienen kann, da es für Kinder von Techniker:innen aus dem Ausland, die oft quereinsteigen müssen und deren Leistungsniveau sehr unterschiedlich ist, offensteht und diese Kinder besser fördern kann als eine bilinguale AHS. Kinder stehen im Fokus der Stadt in allen Belangen. Stellen wir sie auch hier in den Fokus und kreieren das bestmögliche Bildungsangebot, welches kein Kind zurück lässt oder ausschließt. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner mögen mit dem Ersuchen an die steirische Bildungsdirektion herantreten, den zukünftigen AHS-Standort gemäß Motivenbericht als Modellversuch zu führen. Der Gemeinderat möge – als Zeichen des Bekenntnisses zu einer zukunftsorientierten Bildungslandschaft für alle Kinder dazu die Zustimmung geben.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, liebe Daniela, danke für den dringlichen Antrag. Was haben England, Dänemark, Spanien, Lettland, Schweden, Finnland,

Norwegen, Frankreich, Slowenien, die Slowakei und Estland, die Tschechei, Italien, Zypern und Litauen gemeinsam? Die gemeinsame Schule. Was haben Österreich, Deutschland und die Schweiz gemeinsam? Die differenzierte Schule. Das heißt, in Österreich, in Deutschland und auch in der Schweiz muss man mit 10 Jahren mehr oder weniger entscheiden, wie man seine Zukunft gestalten möchte. Das ist ein etwas vermintes Gelände in Österreich, die Debatte über die gemeinsame Schule, das ist ein Minenfeld, wie wir wissen, wird argumentiert mit, man will das Potenzial und die Vielfalt fördern. Nur muss ich da anmerken, dass die segregierte Vielfalt keine Vielfalt ist, sondern das sind trotzdem einzelne Bereiche, wo man Milieus trennt voneinander bzw. im Großen und Ganzen Milieus durch dieses System einfach nicht zu einer gemeinsamen Schule kommen. Die Pisa-Studien belegen das übrigens, dass gemeinsame Schule einfach einen besseren Erfolg liefert bzw. gewährleistet. Dass die Bildung für unsere Kinder unser Gesamtsystem, unseren Staat stärkt, das hat schon Maria Theresia gewusst, deswegen hat sie überhaupt die Schulpflicht eingeführt und seitdem sind knapp 350 Jahre vergangen. Es ist viel Wasser in die Mur, in die Donau geflossen, es hat sich aber immer wieder die Gesellschaft umgebildet, die Bildungsansprüche haben sich geändert. Und heute sind wir so, dass wir eigentlich in einer MS- und einer AHS-Situation sind, die eigentlich den Anspruch stellen, in der Unterstufe das gleiche Niveau bieten zu wollen. Warum macht man da so einen Unterschied? Die Möglichkeit, diesen Niveau-Nicht-Unterschied in einem Modellversuch einfach zu zeigen, dass in einem Modellversuch das möglich ist, dass man beide Systeme gar nicht trennen muss, sondern gemeinsam bis zu einem gewissen Alter die Kinder unterrichten kann, das wäre eine Möglichkeit in Graz mit dem Standort, was Daniela uns ausgeführt hat. Abschließend, als ich ins Gymnasium gewechselt bin mit 10 Jahren, da sind viele aus meiner Klasse in die Hauptschule gewechselt, damals war es noch die Hauptschule, und das war so interessant und auch traurig, weil die meisten sind gewechselt, weil sie gesagt haben, ich bin nicht gut genug für das Gymnasium, ich habe zu schlechte Noten und ich bin auch nicht schlau genug. Ich finde nicht, dass wir unseren Kindern in diesem Alter diese Entscheidung einfach

zumuten sollten und auch in Modellversuche auch wechseln sollten, daher unsere Zustimmung. Danke (*Appl.*).

GR Brandstätter:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, an alle Personen, die uns nach wie vor verfolgen. Gleich vorab, wir werden der Dringlichkeit Ihres Antrages zustimmen, sehr geehrte Frau Antragstellerin, allerdings einen Abänderungsantrag einbringen und hoffen dann darauf, dass Sie dem dann auch einiges abgewinnen können. Ich bin auch froh, dass jetzt auch gerade in der letzten Wortmeldung sehr klar hervorgekommen ist, was eigentlich die Intention von diesem Antrag ist, nämlich das Modell der Gesamtschule zu etablieren, und das ist natürlich ein ideologisches Modell. Da kann ich nur sagen, die Gesamtschule, da sind wir nicht dabei und da sind wir dagegen, eben weil es uns darum geht, dass jedes Kind die bestmögliche Möglichkeit dafür hat, individuell gefördert zu werden. Und wir glauben, dass das eben gerade durch ein differenziertes Schulsystem gewährleistet werden kann. Ganz unabhängig davon möchte ich zu Beginn aber über ein paar Irrtümer aufklären. Der erste Irrtum ist ein grundlegender, nämlich der Irrtum, dass ausschließlich eine akademische Ausbildung zu gut bezahlten Berufen führen kann. War dies sicherlich lange ein Gradmesser, so hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren massiv gedreht, und mittlerweile kann man das nicht nur beim Lebensverdienst, Stichwort Lehre, sehen, sondern auch schon im Stundenlohn ist diese Veränderung vielfach eingetreten. Der zweite große Irrtum ist, dass mit 10 Jahren eine Entscheidung fürs Leben getroffen wird. Einerseits kennt das österreichische Bildungssystem unzählige Wege, wie man zu einer Studienberechtigung kommen kann, beispielsweise den Wechsel von einer Mittelschule in eine BORG oder in eine BHS, eine Abendmatura, die Berufsreifeprüfung, die Studienberechtigungsprüfung oder der handwerkliche Meisterabschluss, der mittlerweile einem Bachelorabschluss gleichgestellt wurde. Andererseits ist die Berufsrealität inzwischen derartig, dass am lebenslangen Lernen kein Weg vorbeiführt. Das heißt, die Berufskarrieren, die viele

von Ihnen hier auch in diesem Raum gemacht haben, entsprechen schlichtweg nicht mehr der Realität. Der dritte Irrtum ist, dass es sich bei dem von Ihnen vorgestellten Konzept eben nicht um eine klassische Mittelschule im Sinne einer Pflichtschule handelt, sondern, wenn man ehrlich ist und nicht wie so oft versucht, mit Scheinrealitäten Politik zu machen, so muss man feststellen, dass das Konzept sicherlich ein gelungener Ansatz für eine zur Matura führende Schule ist, allerdings kein Ersatz für städtische Mittelschulen. Der Personenkreis, der das KLEX besucht, besteht zum Großteil nicht aus Schülerinnen und Schülern, die ansonsten in die Mittelschule Andrä oder in die Mittelschule Kepler oder in eine andere Mittelschule gegangen wären, sondern aus Schülerinnen und Schülern, die ein Gymnasium besucht hätten. Nur 20 % der Schüler:innen, so wurde es uns im Ausschuss auch bestätigt, sind tatsächlich Schülerinnen und Schüler, die nicht die AHS-Reife haben. Zusätzlich kann nicht sichergestellt werden, dass die Kinder tatsächlich auch aus Graz sind, unterliegt die KLEX ja nicht den Sprengelbestimmungen. Darüber hinaus hat die KLEX im Unterschied zu städtischen Pflichtschulen einerseits das Recht, Schüler abzulehnen, andererseits auch die Möglichkeit, Schüler im laufenden Betrieb der Schule zu verweisen, das kann eine städtische Pflichtschule nicht machen. Aus diesem Grund verfolgen wir in Graz, übrigens einstimmig in diesem Gremium beschlossen, das Konzept der Schwerpunktschule, um den Schülern, wie am Beispiel der Holzmittelschule in Straßgang zu sehen ist, Fertigkeiten und Expertisen frühzeitig beizubringen, die ihnen beim weiteren Berufsweg dienlich sein können. Aus Sicht der Volkspartei ist das Konzept der KLEX daher ein interessantes Beispiel für ein Gymnasium mit anderen pädagogischen Arbeitsweisen und Methoden abseits der Norm, allerdings ist es keine städtische Mittelschule. Es ist insofern absurd, als Alternative zu einer vermeintlichen Elitenschule in Reininghaus eine Mittelschule nach dem Beispiel der KLEX zu fordern, da diese vielleicht als Mittelschule bezeichnet wird, aber ganz sicher keine Mittelschule ist. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Sehr gerne sage ich hier etwas, auf den Kollegen muss ich einfach eingehen. Danke für die Auflistung der Irrtümer, das hat mir das Notieren ein bisschen leichter gemacht. Irrtum Nummer eins, nur mit AHS hat mein ein gutes Gehalt, bin ich absolut bei dir. Ich habe einen Bildungsweg, der unterschiedliche Varianten sieht; ich weiß, wie viel man wo verdient, steht aber witzigerweise gar nicht zur Diskussion in diesem Modellversuch. Also das ist jetzt ein Argument, das jetzt in dem Kontext sicher nice to have ist, aber nicht wirklich relevant. Irrtum Nummer zwei, mit 10 Jahren entscheiden. Ja, das tut man, man entscheidet mit 10 Jahren, wo der erste Weg hingeht. Ja, mir ist es auch bewusst, dass man bis zu einer Dissertation noch gehen kann, selbst wenn man z.B. in eine Mittelschule geht oder in eine Lehre. Kann ich ganz genau sagen, weil ich bin damals in eine Neue Mittelschule gegangen, ich habe eine Lehre gemacht, ich habe einen Ingenieur gemacht, ich habe berufsbegleitend die FH gemacht, ich habe berufsbegleitend den MBA noch nachgeholt. Also das braucht mir jetzt keiner erzählen, was möglich ist, ich stelle es jetzt aber einmal hier hin, ob das wirklich für jeden so geeignet ist, weil es war schon zach. Und das ist auch eine Geschichte, die man sich leisten muss, und das Glück haben auch nicht alle (*Appl.*).

Lebenslanges Lernen steht absolut außer Frage, nur hat wiederum gar nichts jetzt mit einer Modellschule zu tun. Und auch die Scheinrealitäten, in denen wir hier anscheinend leben, möchte ich jetzt schon ein bisschen hinterfragen. Weil die Realität, auf die diese Irrtümer basieren, ist ein bisschen scheinbar ganz weit weg. Ja, es sollen nur 20 % auch in anderen Schulformen schon nicht mit AHS-Reife dort sitzen, aber um das geht es um Himmels Willen, ich komme dann eh noch beim Inhalt dazu, was ihr alles nicht verstanden habt an dem Modell, aber genau um das geht es, dass man unterschiedliche Gruppen gemeinsam, eben wie in einer Gesamtschule, ebenso in dem Modellversuch in einer Klasse sitzen lässt, und nicht Klassenzug 1 ist AHS und Klassenzug 2 ist Mittelschule und Klassenzug 3 ist vielleicht Englischsprachige. Nein, genau um das geht es, das ist keine Scheinrealität, sondern das ist endlich ein Stück des Inhaltes, den man dafür wissen sollte. Und zu den Sprengleinteilungen, den nehmen wir einmal so und einmal so, einmal ist es gut, dass wir im Sprengel denken,

einmal eben nicht, sei es drum, die Diskussion hatten wir schon im Ausschuss. Ich bitte trotzdem einmal um die Zustimmung zur Dringlichkeit, weil ich glaube, nicht so viel ist so dringlich wie die Bildung unserer Kinder. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ Kreiner:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregerung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher. Wie mein Kollege, der Martin Brandstätter, schon bereits zur Dringlichkeit ausgeführt hat, wir sind nicht der Meinung, dass die KLEX eine städtische Mittelschule ist, sondern dass es sich hierbei um eine weiterführende Schule für die Matura handelt, die dazu noch im Eigentum des Bundes ist. Unbenommen ist jedoch, dass es sich bei der KLEX um ein interessantes Konzept handelt, das in der Vielfalt der städtischen Bildungslandschaft sicherlich auch seinen Platz hat. Für die Stadt in ihren klassischen Aufgaben ergibt sich jedoch tatsächlich keine Verbesserung im Bereich der Mittelschulen, allerdings gäbe es einen Mehrwert für die Stadt, wenn das bestehende KLEX-Projekt mit seinen Klassen nach Reininghaus wechselt. Derzeit mietet die Bildungsdirektion einen Schulstandort, nämlich die Marschallgasse, von der Stadt Graz an. Wenn das KLEX nun an den neuen Standort wechseln würde und die Stadt im Gegenzug das Gebäude der Marschallgasse zurückerhalten würde, könnten wir dort eine Schwerpunktmittelschule etablieren, und zwar um einen wesentlich geringeren Preis, als wenn wir ein Gebäude neu bauen müssten. Umgekehrt würden am Standort Reininghaus zwei pädagogische Konzepte existieren, wie man zu einer Matura kommt, das eine bilingual, das anderen nach dem bekannten Muster der KLEX, beides wären Bundesschulen mit interessanten Konzepten und könnten sicherlich am Standort nebeneinander existieren. Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit der Bildungsdirektion Steiermark aufzunehmen.

Ziel der Verhandlungen ist, dass die KLEX an den Standort Reininghaus übersiedelt und die Stadt Graz den Standort Marschallgasse zurückerhält, um dort eine städtische Mittelschule mit einem Schwerpunkt zu errichten. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit der Bildungsdirektion Steiermark aufzunehmen.

Ziel der Verhandlungen ist, dass die KLEX an den Standort Reininghaus übersiedelt und die Stadt Graz den Standort Marschallgasse zurückerhält, um dort eine städtische Mittelschule mit einem Schwerpunkt zu errichten.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen, die vielleicht zu später Stunde noch dabei sind, und liebe Dani. Vielen Dank für diesen sehr, sehr wichtigen Antrag. Wir haben bereits erklärt, warum wir der Dringlichkeit zustimmen und wir werden jedenfalls auch dem Inhalt zustimmen, weil das einfach auch ein Thema ist, das möchte ich jetzt persönlich auch sagen, dass das ein echtes Herzensanliegen von mir ist, was mich schon ganz lange bewegt. Nämlich, einfach mehr Bildungsgerechtigkeit in Österreich herzustellen, das ist ja irgendwie schon faszinierend, wie du, Kollege Brandstätter, dich hier rausstellst und so tust, als ob unser Bildungssystem eh total durchlässig wäre. Im formalen Sinn ist es das auch, natürlich, wie es die Dani gesagt hat, du hast es eh sehr zutreffend gesagt, natürlich

kann ich nach der Mittelschule an die Uni und dann bis zu einer Professur an einer Uni kommen. Nur für wie vielen Menschen ist das denn wirklich der Fall? Es gibt ja ganz viele Zahlen, die das eindrucksvoll belegen und über lange, lange Zeit belegen, dass Österreich im Vergleich mit anderen OECD-Staaten Bildung sehr, sehr stark vererbt. Das heißt, Kinder, die aus einem Elternhaus mit geringer Bildung kommen, haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, auch wieder eben z.B. nicht an einer Universität zu studieren, das ist das eine, und insgesamt Bildungsmobilität ist in Österreich sehr gering ausgeprägt. Da gibt es unzählige Daten dazu, deswegen finde ich es immer wieder überraschend, dass wir diese Debatte aufs Neue und wieder aufs Neue führen, wo doch bei dem Thema die Faktenlage völlig eindeutig ist. Ich habe eine beispielhafte Zahl herausgesucht aus dem Jahr 2020, die ich eindrucksvoll fand. Da ging es darum, wie viele Volksschulkinder eben je nach Bildungshintergrund der Eltern dann auf die AHS-Unterstufe wechseln, und da wurde gegenübergestellt quasi der Indikator Leseverständnis, und war quasi bei einem durchschnittlichen Leseverständnis. Also Kinder, die ein gleich gutes Leseverständnis hatten bei einem Elternhaus mit geringer Bildung, sind 25 % in die AHS gewechselt und bei einem Elternhaus mit hoher Bildung sind 70 % in die AHS gewechselt. Das ist eine eindrucksvolle Zahl, weil sie zeigt, dass diese Erzählung, die seit Jahren bedient wird, dass Gymnasium und Mittelschule irgendwas mit Leistung oder mit Intelligenz zu tun hat, einfach nicht stimmt. Da geht es einfach nur um eine Einzementierung von sozialer Ungleichheit und das ist durch Zahlen vielfach belegt (*Appl.*).

Es ist klar, dass wir dieses Thema nicht rein auf kommunalpolitischer Ebene lösen können, es ist in erster Linie die Verantwortung des Bundes, aber man kann im Kleinen einen Unterschied machen. Und ich finde es auch irgendwie überraschend, dass da die Grazer ÖVP so wenig progressiv ist, weil da gibt es auch andere ÖVP-Organisationen, die da deutlich fortschrittlicher unterwegs sind. Das gab es schon vor Jahren in Vorarlberg, z.B. das Ansinnen, ganz Vorarlberg zu einer Modellregion mit einer gemeinsamen Schule zu machen, ist maßgeblich von einer ÖVP-Landesrätin vorangetrieben worden. Und von Bundesseite haben wir die Möglichkeit, einen gewissen Prozentsatz der Schulen eben als Modellversuche zu führen, und dem würde

eigentlich auch nichts im Weg stehen, das zu tun. Inhaltlich habe ich überhaupt nicht verstanden, warum ihr jetzt auf einmal das KLEX nach Reininghaus übersiedeln wollt. Weil da gehen ja viele Kinder in die Schule, die in der Innenstadt wohnen, und das macht für mich jetzt überhaupt keinen Sinn, dass diese Familien jetzt auf einmal den Schulweg nach Reininghaus machen sollten. Das sind ja bestehende Klassen, wo die Kinder da irgendwie auch wohnortnah dort in die Schule gehen. Das ist das eine. Und inhaltlich habe ich auch nicht verstanden, warum man jetzt aus der KLEX einen Mittelschulstandort machen soll, weil mein Wissenstand aus der letzten Periode aus dem Bildungsausschuss eben der war, dass es teilweise sogar schon Probleme gibt, die Mittelschulen zu füllen und deswegen auch die Attraktivierung mit diesen Schwerpunktschulen vorangetrieben wurde. Also das macht für mich irgendwie überhaupt keinen Sinn. Und ich würde einfach noch einmal dazu einladen, dass wir wirklich gemeinsam als Gemeinderat bei dem Thema in Richtung Bildungsdirektion, in Richtung Land agieren, weil die müssen ja den Antrag auf die Modellschule letztendlich einbringen, und vielleicht kann man da wirklich Ideologie hintanstellen. Es liegt eigentlich alles glasklar auf der Hand seit Jahren und Jahrzehnten. Wir könnten in Österreich allen Kindern, unabhängig von der Bildung ihrer Eltern, unabhängig von dem Einkommen ihrer Eltern, viel, viel mehr Bildungschancen ermöglichen, wenn wir unser Schulsystem einmal ein paar Millimeter von irgendwelchen ideologischen Einschränkungen wegbewegen würden. Danke (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Ich möchte mich auch zu dem Bildungsthema ganz kurz zu Wort melden. Wir sind alle verschieden, und ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir in Graz für alle Kinder ein Angebot bereitstellen. Und mich hat vor 10 Tagen der Bernd Hecke angerufen und hat gesagt: „Die Regierung hat das vor, Kurt. Wie stehst du dazu? Im Westen gibt es zu wenig Mittelschulplätze.“ Und dann habe ich dem Bernd Hecke einmal aufgezählt, welche Mittelschulen wir im Westen haben, welche wir auch vorhaben, auszubauen und neu zu bauen. Also dass wir zu wenig Plätze haben, das ist nicht der Fall. Wir

haben in den letzten Perioden, angefangen seitdem ich Bildungsstadtrat bin seit 2014, 130 Mio. Euro in Volksschulen investiert. Also wir sind in Graz, und das muss man auch wissen für die neuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, für die Pflichtschulen zuständig, für die Volksschulen, für die Mittelschulen und für die Poly. Und wir haben jetzt mehr Kinder in der Stadt. Deswegen zuerst der Ausbau der Volksschulen, jetzt kommen die Mittelschulen dran, und in Reininghaus hat die Bildungsdirektion sich entschieden, eine Langform der AHS umzusetzen. Ich habe in dieser Zeit eigentlich keine Initiative von euch gehört, da jetzt ein Konzept irgendwie vorzutragen, da war eigentlich nie eine Diskussion. Und ihr habt in das Koalitionsabkommen eben dieses Projekt reingeschrieben und jetzt vor 14 Tagen kommt ihr drauf, ihr seht diese Initiative und deswegen hat mich der Bernd Hecke angerufen. Von dem her, der Bedarf ist jetzt nicht gegeben, es gibt nicht zu wenig Mittelschulplätze, aber wir haben in der Marschallgasse einen langjährigen Konflikt, dort ist die Ellen-Key-Schule integriert und eben die KLEX, und ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie dort um den Turnsaal gerittert wurde in der Vergangenheit. Also das war wirklich schwierig, die Situation. Und wir nehmen jetzt, ganz befreit von einer ideologischen Brille, diese Diskussion zum Anlass, dass wir vielleicht diese Problematik dort auflösen können, indem wir vielleicht den Herrn Tasch einladen, mit uns mit der Bildungsdirektion zu verhandeln, ob es nicht möglich wäre, diese Klasse natürlich mit allen Unterstützungsmaßnahmen dann in Reininghaus unterzubringen. Und dann hätten wir euren Vorschlag umgesetzt und auf der anderen Seite könnten wir in der Marschallgasse unsere Schulräume, die uns früher gehört haben, wieder für eine Mittelschule nutzen oder für eine Volksschule, je nachdem, wie der Bedarf gerade da ist. Also bitte nicht nur bei den Regenbogenfahnen, befreien wir uns von der Ideologie, schauen wir, dass wir für alle Kinder in Graz einen super Bildungsplatz bereitstellen. Und wir haben sozusagen jetzt mit dem Abänderungsantrag haben wir die goldene Rutsche gelegt, da hättet ihr uns mit im Boot, dass wir mit der Bildungsdirektion verhandeln. So habt ihr nicht einmal mit der Bildungsdirektion geredet, die haben sich gewundert, als ihr das medial gefordert habt, und das geht ins Leere. Das ist die goldene Rutsche, reden wir zusammen mit der Bildungsdirektion (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Ungeprüft würde ich mich, glaube ich, nicht auf die Rutsche setzen, das Wagnis werde ich heute und auch morgen nicht eingehen. Eigentlich wollte ich meine Redezeit nutzen, um euch allen noch einmal zu erzählen, was so ein Modellversuch ist, welche Vorteile er hat, wie einfach er wäre mit dem Team-Teaching, mit den zusätzlichen Stunden, dass man Räumlichkeiten anpassen kann, und, und, und. Sei es drum, lest es im Antrag. Ich nutze die Zeit jetzt für etwas anderes, weil als ich den Abänderer gelesen habe, bin ich ein bisschen in Schnappatmung verfallen, weil ich mir gedacht habe, verdammt, es ist wirklich nicht verstanden worden, worum es geht. Und die Idee, jetzt zu sagen, gut, dann tun wir es nur räumlich weiterselektieren, tun wir alles auseinander und wieder nur Mittelschule und wieder nur AHS, und tun wir das dorthin und das dahin. Das ist ja kein türkischer Bildungsbasar, wo ich sage, ich tausche den einen Schulort gegen einen anderen und dann werden sie schon in der goldenen Rutsche sitzen und eine Ruhe geben. Nein, dem ist nicht so. Kurt, leider war es im Ausschuss nicht möglich, die Diskussion zu führen; du hast einiges gesagt, dem ich zustimmen kann, wir sind alle verschieden und genau deswegen braucht es auch eine Gesamtschule, eben weil wir verschieden sind und weil das das beste pädagogische Konzept ist. Zu den Mittelschulplätzen, ich verwehre mir jetzt einmal, dass da nie eine Initiative der SPÖ gekommen ist. Ich war zwar noch nicht drinnen, aber man hat es relativ schnell ausforschen können. Es gab eine Initiative für einen Mittelschulstandort, und zwar gab es ein wunderbares Konzept, das zumindest drei Schulformen in Reininghaus vorgesehen hätte, sei es drum, kann man auch nachlesen am SharePoint. Ich glaube, heute werden einige nachträglich noch einige Anträge durchschmökern müssen (*Appl.*).

Zwischenruf StR Hohensinner: Falsche Adresse, da ist die Bildungsdirektion zuständig.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Ja, gut, zum Thema Bildungsdirektion komme ich auch noch. Das ist mir schon klar, dass das die falsche Adresse ist und dass du jetzt in dem Sinne keinen AHS-Standort machst, aber parteipolitisch bin ich absolut an der richtigen Adresse. Und, wie solle ich sagen, die Abfuhr der ganzen Idee, da bist du nicht der Erste von der ÖVP, der mir das hat ausrichten lassen, dass das so nicht funktionieren wird. Wird mich davon aber nicht abbringen, weil es einfach sinnvoll ist, weil es pädagogisch sinnvoll ist, weil es was Gutes für unsere Kinder ist und das ist es auch wert, dafür zu kämpfen, und ja, die Ideologie einmal wegzulassen, und auch wenn das ganze Konzept in Richtung Gesamtschule geht ...

*Zwischenruf StR **Hohensinner** unverständlich.*

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

... ich würde jetzt gerne ausreden. Diese Rutsche ist wunderbar, nur die Rutsche führt für mich ins Leere, deswegen, ganz nett, ich werde sie nicht nutzen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Hopper** unverständlich.*

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Wunderbar, an dieser Stelle würde aber gehen, meine Intention war ein Schulterchluss. Ich habe mir gedacht, vielleicht schaffen wir das.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Hopper** unverständlich.*

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Ich würde es jetzt auch noch in diese Richtung gerne fertigsagen. Vielleicht hätten wir es geschafft, dass wir gemeinsam zur Bildungsdirektion gehen, hätte natürlich politisch ein bisschen mehr Gewichtung gehabt, als wenn ich jetzt hingehe, um mir dort noch einmal die Rutsche in die falsche Richtung legen lasse. Der Weg wird sicher ein erfreulicher. Und auch zum Anruf, dass der Bernd Hecke sich bei dir gemeldet hat, finde ich großartig, weil dann hat er seiner journalistischen Sorgfaltspflicht eindeutig Sorge getragen. Und ja, es war uns leider nicht die Möglichkeit gegeben, im Vorfeld das eindeutig zu diskutieren. Ich glaube, es hätte jetzt auch nicht so viel an dem ganzen Szenario heute geändert. Fakt ist, ich werde jetzt weiter versuchen zu überzeugen, weil die Pädagogik ist auf meiner Seite, die Expertinnen und Experten sind auf meiner Seite, weil sie sagen, es ist eine reine politische Entscheidung, das hat nichts mit Pädagogik zu tun. Es ist ein Willen der Politik oder ein Nichtwillen. Ich hoffe noch immer auf den Willen, dafür werde ich kämpfen und hoffe zumindest auf möglichst breite Zustimmung, auch wenn sie vermutlich heute nicht einstimmig sein wird. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

8.9 E-Mobility Sharing als Lückenschluss im Verkehrssystem (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner:**

Werte Frau Bürgermeisterin, liebes Collegium communalis. Es geht wieder einmal um Verkehr, und zwar um einen Teilbereich des Verkehrs, der sehr interessant ist, nämlich

E-Mobility Sharing als Lückenschluss im Verkehrssystem. Da gehe ich von einer Mobilitätsstudie aus, die sagt, dass sage und schreibe ein Drittel der Wege, die mit Auto, Moped oder Motorrad zurückgelegt werden, also mit dem MIV, vor allem kurze Distanzen von weniger als 3,3 Kilometer sind, ein Drittel. Das ist zu viel. Deshalb gilt es, sich da innovative Verkehrskonzepte und smarte Lösungen auszudenken. Und es gibt, und Sie kennen das alle, viele europäische Städte, wo E-Mobility Sharing gang und gäbe ist. Ich komme da gerade wieder aus einem Land, wo E-Scooter, da diskutiert niemand mehr darüber, das gibt es, das wir geshared, das muss man sich nicht kaufen, man kann sich ein E-Bike ziehen, überhaupt kein Thema, sei es Karlsruhe, sei das sonst wo, gar kein Thema. Bietet eine super Lösung für die letzte Meile auf diesen Lückenschluss im Zentrum, und natürlich nachhaltig und weg vom Verbrennungsmotor. Und so könnten wir eben diese urbane Trendwende, die sich im Mobilitätsverhalten eh schon zeigt, durch so ein Konzept in Graz auch befördern und herstellen, anstatt das Fahrzeug zu kaufen, vorübergehende Nutzung, Graz kann davon nur profitieren. Und da braucht es klare Rahmenbedingungen für Unternehmen, die das anbieten sollen in Graz. So kann sich Graz profilieren als Innovationsstandort und kann auch vom Know-how der Anbieter profitieren. Und bevor ich den Antrag stelle und vorlese, möchte ich gleich allfälligen Einwendungen zuvorkommen und vielleicht die Debatte ein bisschen abkürzen sogar, die Dringlichkeit usw., dass das dann nur herumsteht und herumliegt das Zeug, und unsere schöne Stadt usw. Ja, dann muss man halt vor allfälligen Vertragsverhandlungen smart vorgehen und den Anbieter dazu verpflichten, dass er auch ein bisschen für Ordnung sorgt. Ich kenne das auch aus europäischen Städten, wo ich war, da fahren die privaten Anbieter, vertraglich verpflichtet, halt dann herum und sammeln ein- bis zweimal am Tag die Produkte an gewissen Sammelpunkten zusammen und stellen die dort hin. Also alles Verhandlungssache. Und jetzt komme ich auch schon zum

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Stellen werden ersucht, unter Einbeziehung von Expert:innen eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die Rahmenbedingungen für innovative E-Mobility-Sharing-Konzepte oder Angebote (laut Motiventext) in Graz ausarbeitet.
- Weiters werden die zuständigen Stellen ersucht, auf Grundlage dieser Rahmenbedingungen innovative Unternehmen aktiv dazu einzuladen, ihre E-Mobility Sharing Angebote in Graz umzusetzen.

Ich bitte um breitestmögliche Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz wächst und mit unserer Stadt auch das Verkehrsaufkommen sowie die dazugehörigen Problematiken wie Feinstaub und Staus. Umso wichtiger ist es für uns, Mobilität neu zu denken und auf mutige und innovative Verkehrskonzepte zu setzen. Die jüngste Mobilitätserhebung zeigt, dass ein Drittel der Wege, die mit dem Auto, Moped oder Motorrad zurückgelegt werden, vor allem kurze Distanzen von weniger als 3,3 Kilometer sind.¹

Um diesen Umstand sachlich und strukturell zu begegnen, braucht es innovative Verkehrskonzepte und smarte Lösungen, die zusammen gedacht werden müssen. In einigen europäischen Städten ist es bereits gelungen, durch E-Mobility Sharing Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu schaffen und eine optimale Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu gewährleisten. Der Einsatz von Elektrokleinstfahrzeugen wie E-Scooter, E-Mopeds und E-Bikes lohnt sich insbesondere für kurze Distanzen. Sie sind damit gut geeignet für die so genannte „Letzte Meile“ und den Lückenschluss im öffentlichen Nahverkehrssystem. Denn sie schaffen gänzlich neue

¹ <https://steiermark.orf.at/stories/3155637/>

Anbindungsmöglichkeiten und komfortablere Zugangspunkte im Öffi-Netz. Dabei lässt sich auch eine urbane Trendwende im Mobilitätsverhalten feststellen – anstatt ein Fahrzeug zu kaufen, wird lediglich auf die vorübergehende Nutzung Wert gelegt. Ein Trend, von dem auch Graz stark profitieren könnte. Damit diese Dienste auch in Graz angeboten werden können, braucht es klare Rahmenbedingungen für Unternehmen. Dadurch kann sich Graz als Innovationsstandort zusätzlich etablieren und vom Know-how der Anbieter profitieren.

Gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Stellen werden ersucht, unter Einbeziehung von Expert:innen eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die Rahmenbedingungen für innovative E-Mobility-Sharing-Konzepte/Angebote (laut Motiventext) in Graz ausarbeitet.*
- Weiters werden die zuständigen Stellen ersucht, auf Grundlage dieser Rahmenbedingungen innovative Unternehmen aktiv dazu einzuladen, ihre E-Mobility-Sharing-Angebote in Graz umzusetzen. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der Juli-Sitzung zu informieren.*

GR Lenartitsch:

Liebe Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller.

Dringlichkeit, ja. Es ist, glaube ich, höchst an der Zeit, über solche Dinge auch jetzt zu reden, aber wir tun es ja auch schon, wir machen es ja auch schon. Wir haben ja ein E-Car-Sharing bei uns in der Stadt, es gibt Lastenräder bei uns in der Stadt, die man sich ausborgen kann, es gibt mehrere Scooter-Verleiher in der Stadt, bei denen man sich ein Fahrzeug ausleihen kann, und wir dürfen bitte nicht vergessen, unsere

Mobilitätsknoten, die wir haben, wo genau das abgebildet ist. Wo man sagt, ok, man kann mit dem Fahrrad zu diesem Mobilitätsknoten und kann dort entweder mit einem Elektroauto, mit einem Elektrofahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehrsmittel weiterkommen. Wir haben sieben Standorte mit konventionellem Car-Sharing und einen Elektro-Car-Sharing-Standort. Bei uns in der Stadt sind 90 Fahrzeuge unterwegs unter dem Namen tim. Es gibt sehr viele andere wichtige Initiativen, z.B. Leasing von Diensträdern, das momentan sehr boomt, wenn man da vielleicht in Richtung LKH schaut, die das ihren Mitarbeitern anbieten. Sie haben angesprochen Verwendung kurze Wege. Also wie sich die Personen bewegen, da hat man gestern in unserem Ausschuss auch toll gesehen, dass vor allem Jugendliche sich weniger zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewegen, und deswegen habe ich es auch nicht verstanden, dass Sie einem Schulversuch vorhin nicht zustimmen, wo man sagt, ok, aber den Schüler lasse ich mit dem öffentlichen Verkehrsmittel aus Reininghaus auspendeln. Also das passt für mich nicht ganz zusammen. Aus diesem Grund kann ich Ihnen nur sagen, die Dringlichkeit ja, und zum Inhalt wird noch jemand anderes etwas sagen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Zum Antrag, Kollege Pointner, auch ich will Ihnen eine Freude machen und fange auch mit der Dringlichkeit an, für uns ist der Antrag nicht dringlich. Es ist einer dieser Anträge, die ein paarmal in jeder Gemeinderatsperiode kommen, er wird dann auch entsprechend immer beantwortet von den Ämtern. Der SPÖ-Kollege hat schon ausgeführt, für die etwas größeren E-Fahrzeuge gibt es die tim-Lösung, da gibt es ja auch diese kleinen VWs, also die zählen ja noch zu den Elektro-Kleinstfahrzeugen, den E-Scooter-Verleih und dergleichen sehen wir allerdings sehr kritisch. Sie haben das eh schon angesprochen, flächendeckend funktioniert das nicht, das kann man in Wien z.B. sehen, die stehen überall herum, schlecht für die Barrierefreiheit, es gibt Sehbehinderte oder auch Mütter und Väter mit Kinderwägen, wo dann diese Scooter im Weg stehen. Wenn Sie meinen, das wird mit einem Transporter dann eingeholt, das

wird nicht den ganzen Tag funktionieren und auch die greifen dann auf die billigste Lösung zurück und da fährt dann so ein Dieseltransporter durch die Gegend. Also ich glaube, das ist dann auch nicht sehr E-mobilitätsgerecht. Für uns gilt sowieso, kurze Wege am besten zu Fuß zu erledigen, das ist gut für die Gesundheit. Der Schlusspunkt ist dann auch der Radverleih, auch da hat es schon in der Vergangenheit Erhebungen gegeben von den Verkehrsstadträten, da gibt es in Graz wenig Bedarf. Die Besitzquote der Grazer ist hier sehr hoch, es haben viele ihr Fahrrad bereits im Keller stehen, daher werden wir den Antrag ablehnen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Besten Dank, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr zur Dringlichkeit sind, möchtest du ein Schlusswort, nachdem es eh angenommen wird?

GR Mag. **Pointner**:

Nein, eigentlich nicht, weil die Themenverfehlung mit tim, das kann ich dann nachher noch behandeln, oder?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Selbstverständlich, es scheint sich ja eine Mehrheit abzuzeichnen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR **Stücklschweiger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und auch geschätzte Zuseher:innen zuhause vor den Bildschirmen, falls wirklich noch jemand zuschaut. Ich halte mich ganz kurz und knackig. Ihr habt den

Antrag ja schon einmal eingebracht, er ist nahezu ident, das war 2018, den hat der Niko Swatek geschrieben.

Zwischenruf GR Mag. Pointner: Das ist Qualität.

GR Stücklschweiger:

Genau, die Qualität stimmt, das hat der Niko Swatek wirklich gut gemacht. Ich persönlich finde das ja auch wirklich gut. Ich bin selbst Scooter-Fahrer, habe einen E-Scooter zuhause, verwende den. Ich bin auch in Wien mit diesen ganzen Sharing-Modellen unterwegs, muss da auch dem widerspreche, was da vorhin von sich gegeben wurde, weil das funktioniert in Wien tatsächlich sehr gut. Man muss das ja mittlerweile abfotografieren und bekommen eine Strafe oder wird gesperrt, wenn man den Scooter nicht richtig abstellt. Also von daher passt es alles. Allerdings hat die ganze Sache, so wie ihr sie eingebracht habt, einen Haken. Ich habe auch zwei kleine Kinder, und wenn ich mit denen unterwegs bin und durch die Stadt spaziere und mir am Gehsteig diese ganzen Scooter entgegenkommen, vielleicht auch noch diese E-Chopper, die mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs sind und nicht wirklich gedrosselt sind, und uns beinahe niederfahren, dann muss ich sagen, dann hakt es tatsächlich. Und deswegen möchte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag

stellen:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, unter Einbeziehung von externen Expert:innen eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für innovative E-Mobility-Sharing-Konzepte in Graz erarbeitet, um damit bei potenzieller Implementierung solcher Mobilitätserweiterungen in der

Stadt speziell die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen, und da insbesondere jene der Fußgänger:innen, zu gewährleisten.

Danke im Übrigen auch, dass der Ansatz, Innovation nach Graz zu bringen, aus der letzten Gemeinderatssitzung nach meinem dringlichen Antrag so wunderbar aufgenommen worden ist (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, unter Einbeziehung von externen Expert:innen eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für innovative E-Mobility Sharing Konzepte in Graz erarbeitet, um damit bei potenzieller Implementierung solcher Mobilitätserweiterungen in der Stadt speziell die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen, und da insbesondere jene der Fußgänger:innen, zu gewährleisten.

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Lieber Kollege Pointner, sehr geehrte Damen und Herren. Danke auch für diesen Antrag, die Sharing-Angebote sind tatsächlich ein sehr wichtiger Baustein in einem nachhaltigen Verkehrssystem. Es geht darum, dass wir ein bisschen wegkommen von diesem individuellen Kfz-Besitz, dass wir weniger parkende Autos haben in der Stadt und eben mehr Platz für vieles andere, womit wir den Platz besser nutzen können und auch wollen. Meine Kollegin hat recherchiert, es gab diese Frage ja auch schon 2019 hier im Gemeinderat und dann auch einen Beschluss, dass es keine solchen Free-Floating-Systeme geben soll. Die Begründung so ungefähr war, Graz ist dafür zu klein, also das würde nicht funktionieren. Es gibt auch eine jüngere Stellungnahme der

Stadtbaudirektion, die die Nachteile des Bike-Sharing aufführt, vor allem das Problem, dass es nicht kostendeckend zu machen wäre für Graz. Da kann man natürlich sagen, man nimmt damit Geld in die Hand und subventioniert das Ganze. Dann ist aber die Frage, also man sieht, dass viele dieser Modelle, dieser Scooter-Modelle, in einer Art und Weise funktionieren, dass am Anfang die Stadt viel Geld reinbuttert und dann Private die Gewinne rausziehen und sich dann nicht mehr ausreichend darum kümmern, das war vor allem in den ersten Jahren der Fall, als diese Scooter-Systeme herausgekommen sind. Und der Kollege Lohr hat es auch schon angesprochen, es ist nicht immer unbedingt nachhaltig, also wenn ich Fuß- und Radwege jetzt ersetze durch Scooter-Fahrten oder durch E-Mobilität und das dann eben wieder mit dem Klein-Lkw zurückführe. Also die Nachhaltigkeitsbilanz ist nicht klar, wir haben uns das im Rahmen einer Lehrveranstaltung an der Uni Graz im vorletzten Sommersemester sehr genau auch angeschaut und sind dann zu dem Schluss gekommen, in Graz macht das an ausgewählten Stellen vielleicht Sinn, wie an Bahnhöfen, für ausgewählte Wege, nämlich für Tourist:innen z.B., die dann Graz mit dem Rad erkunden oder auch für manche Pendler:innen. Für alle anderen sehen wir aber eigentlich für die Alltagsmobilität ein eigenes Fahrrad, einen eigenen Scooter für deutlich sinnvoller. Und wo wir dann Leihfahrzeuge brauchen, das ist eben im Bereich der Transporte. Wir haben heute tim schon mehrfach gehört, dass man einmal ein Auto hat, wenn man größere Dinge transportieren will, oder eben ein Lastenrad oder auch einen Klein-Lkw, da ist natürlich der E-Antrieb sehr wünschenswert, und dieses tim soll ja auch weiter ausgebaut werden, das ist jetzt eh schon mehrfach gefallen. Also insofern, wir haben Verbesserungspotenzial. Was auch noch wichtig ist zu dem Thema, es gibt eine solche AG, es gibt die Mobility as a Service AG im steirischen Zentralraum unter der Leitung unserer Verkehrsplanung und eben der Holding Graz. Dort sind die Sharing-Lösungen ein Thema, da sind auch Vertreter:innen von tim mit dabei, aber der Herr Malik hat uns auch ausgerichtet, dass sie da auch immer sehr offen für Vorschläge sind, die da jetzt kommen und die werden gerne auch in dieser AG diskutiert. Und dieses Thema, speziell jetzt eben E-Mobility-Sharing, wird dort auch wirklich einmal im Rahmen einer Sitzung länger zu diskutieren sein. Das heißt, eine zusätzliche AG macht aus unserer

Sicht jetzt keinen Sinn, deswegen werden wir jetzt inhaltlich nicht zustimmen und auch dem Zusatzantrag inhaltlich nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte nur persönlich noch anmerken, das können ja viele nicht wissen, ich war ja Verkehrsstadträtin in der letzten Periode und wir haben genau diesen Wunsch nach einem stationsgebundenen Bike-Sharing-System als Stück eingebracht, weil wir das Free-Floating-System für nicht geeignet halten, und vor allem auch weil genau dem zugrunde gelegen ist eine ziemlich umfassende Prüfung unserer Verkehrsplanung, aber auch des Straßenamtes, die genau diese Variante empfohlen haben. Ich möchte aber nur in Erinnerung rufen, das ist damals abgelehnt worden im Ausschuss, das hat nicht einmal den Weg in den Gemeinderat gefunden. Die einzigen Grünen waren damals dafür, wenn ich das so sagen darf, der Kollege Niko Swatek von den Neos hat damals auch dagegen gestimmt, das ist nur als Erinnerung. Und wenn das jetzt in neue Wege geht, dann ist das für mich in Ordnung, aber ich möchte nur auch einmal die Dinge in Erinnerung rufen, wie sich oft die Zeiten ändern.

GR Mag. Pointner:

Zuerst eine merkwürdige Wahrnehmung, dass man bei der Rückführung von Bikes, da haben wir immer das Dieselbild, haben Sie schon gezeichnet, Herr Lohr, da haben wir den Diesel, aber sonst, der E-Transporter, den gibt es dann schon, der dann gefördert wird. Also das ist argumentativ für mich wirklich nicht nachzuvollziehen. Also geht jetzt E-Mobility im Transporterwesen? Weil dann kann ich nämlich die E-Bikes auch elektrifiziert zurückführen, also das muss nicht mit dem Diesel sein. Also das ist leicht zu entkräften. Hier jetzt tim anzuführen, ist ein bisschen eine Themenverfehlung, weil da geht es um Autos und mir geht es um die letzten Meilen, nämlich 3,3 Kilometer, wo wir eben keine Autos haben wollen, sondern einfach Bausteine, wie Sie es sagen, verschiedene Bausteine. Ich habe es schon einmal hier gesagt, wir müssen zu einem

Schwarmdenken kommen, nicht auf eines sich festlegen, für das und für das, sondern viele sinnvolle Möglichkeiten nutzen und anbieten. Und ich verstehe auch nicht, warum die E-Mobility und diese Sharing-Systeme alle nur von der Stadt angeboten werden sollen oder von der öffentlichen Hand oder der Holding. Warum nicht Privatinitiative zulassen? Die sollen ihr Geschäft machen und fertig und wir machen einen gescheiterten Vertrag mit denen. Und witzig auch, die Grünen waren 2018 eigentlich dabei bei dem Antrag. Ok, und dass noch zu vergleichen mit Schulsystemen und Mobilitätssystemen, die Argumentation verstehe ich auch nicht ganz von der SPÖ. Schade darum, wir werden dranbleiben (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt, also wird der Zusatzantrag nicht mehr abgestimmt.

Zwischenruf GR Mag. Pointner: Bei dem Zusatzantrag wären wir dafür gewesen, danke übrigens dafür, das habe ich vergessen zu sagen. Danke dafür.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Somit sind wir fertig mit den Dringlichen und kämen jetzt, ich sage es bewusst im Konjunktiv, zum nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung. Nachdem aber hier die Punkt, 1 und 2 schon en bloc einstimmig abgestimmt worden sind, sind wir mit der heutigen Sitzung im neuen Gemeinderatssaal fertig. Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Disziplin, ihr wart wirklich toll, ich habe das heute genau beobachtet bei der Redezeit, die ist kaum überschritten worden. Herzlichen Dank vor allem an den Herrn Ghasemi, das haben Sie großartig gemacht heute (*Appl.*).

Das gilt natürlich auch für das gesamte Team des Präsidialamtes und den Herrn Ledl. Liebe Zuseher, sollten Sie noch dabei sein, einen schönen Abend von der gesamten Stadtregierung und dem Gemeinderat, danke fürs Zusehen und Zuhören (*Appl.*).